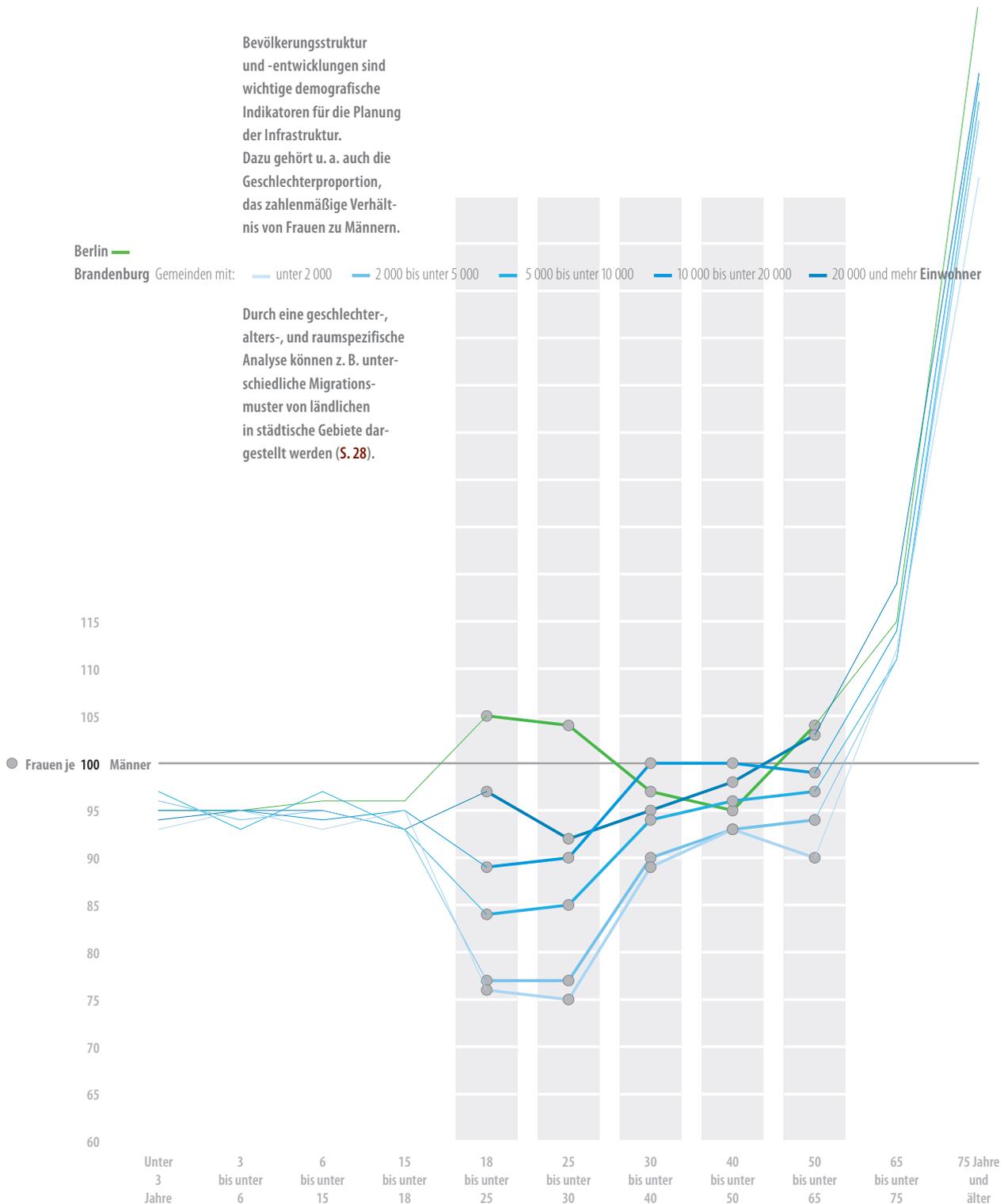


Bevölkerungsstruktur und -entwicklungen sind wichtige demografische Indikatoren für die Planung der Infrastruktur. Dazu gehört u. a. auch die Geschlechterproportion, das zahlenmäßige Verhältnis von Frauen zu Männern.

Berlin —
 Brandenburg —
 Gemeinden mit: — unter 2 000 — 2 000 bis unter 5 000 — 5 000 bis unter 10 000 — 10 000 bis unter 20 000 — 20 000 und mehr Einwohner

Durch eine geschlechter-, alters-, und raumspezifische Analyse können z. B. unterschiedliche Migrationsmuster von ländlichen in städtische Gebiete dargestellt werden (S. 28).



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**
8. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Verantwortlicher Redakteur i. S. d. BbgPG
Hartmut Bömermann
Redaktion
Nicole Dombrowski, Steffi Kuß,
Dr. Holger Leerhoff,
Anja Malchin, Dr. Thomas Troegel,
Ramona Voshage (Leitung)

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck
TASTOMAT GmbH,
15345 Petershagen/Eggersdorf

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2014
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
hat seinen Sitz in Potsdam und weitere
Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder
geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil
Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe
können sich durch Schätzungen
ergeben

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg beschäftigt sich mit den Themen Teuerung, Zensus, Verkehrsunfallgeschehen und Europawahl. Neben der Ergebnisdarstellung kommen methodische Betrachtungen nicht zu kurz.

Im ersten Beitrag des Heftes berichtet Elke Zimmer über die **Entwicklung der Baupreise**. Die erfreuliche Entwicklung der Baukonjunktur wirkt sich steigernd auf die Preisentwicklung in Berlin und Brandenburg aus. Allerdings schwächte sich die Steigerung 2013 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich ab. Im Beitrag wird den methodischen Grundlagen der Preisberechnung und des Vergleichs ein breiter Raum gewährt, um den

Leserinnen und Lesern verständlich zu machen, wie eine preisliche Vergleichbarkeit für die sehr individualisierten und komplexen Bauwerke in der Statistik bewerkstelligt wird.

Von der **Entwicklung der Verbraucherpreise** ist jede Konsumentin und jeder Konsument betroffen. Der Verbraucherpreisindex verdichtet das Preisgeschehen auf eine einzige Messzahl, die von der Öffentlichkeit aufmerksam wahrgenommen wird.



Kurzberichte

- ▮ 23. Wissenschaftliches Kolloquium „Kleinräumige Daten“ am 20. und 21. November 2014 im Statistischen Bundesamt Wiesbaden **3**

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

- ▮ Mikrodaten der amtlichen Statistik auch von der Wissenschaft im Ausland nutzbar **4**
- ▮ Einsatz des elektronischen Kodiersystems – IRIS – in der Berliner Todesursachenstatistik geplant **6**

Statistik erklärt

- ▮ Preisindex **7**

Neuerscheinungen

- ▮ Gender Datenreport Berlin 2013 **27**
- ▮ Statistische Jahrbücher 2014 **65**

Historisches

- ▮ Die Volkszählung am 1. Dezember 1905 **66**

Fachbeiträge

Preise

- ▮ **Entwicklung der Baupreise 2013 in Berlin und Brandenburg** **8**
Elke Zimmer
- ▮ **Entwicklung der Verbraucherpreise 2013 in Berlin und Brandenburg** **12**
Elke Zimmer

Verkehr

- ▮ **Verkehrsunfallgeschehen 2013 in Berlin und im Land Brandenburg** **18**
Marion Kresse, Jürgen Keiser

Zensus

- ▮ **Unausgewogene Verteilung der Geschlechter in Berlin und Brandenburg**
Eine Analyse auf Grundlage der Ergebnisse des Zensus 2011 **28**
Verena Kutzki
- ▮ **Abweichungen der neuen Einwohnerzahlen des Zensus 2011 von der Bevölkerungsfortschreibung** **36**
Stefan Möller

Wahlen

- ▮ **Wählerverhalten und soziales Umfeld bei der Europawahl in Berlin am 25. Mai 2014 – eine Aggregatdatenanalyse** **40**
Anja Hlawatsch, Stefan Möller
- ▮ **Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Europawahl 2014 in Berlin am 25. Mai 2014** **46**
Geert Baasen

Fachgespräch mit Ulrike Rockmann **54**

- ▮ **Wählerverhalten und soziales Umfeld bei der Europawahl in Brandenburg am 25. Mai 2014 – eine Aggregatdatenanalyse** **55**
Jörg Feilbach, Ricarda Nauenburg
- ▮ **Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Europawahl 2014 in Brandenburg** **58**
Thomas Lehmann

Abweichungen von der persönlich wahrgenommenen Betroffenheit durch Preissteigerungen erklären sich u. a. aus der Zusammenstellung des individuellen „Warenkorbs“ der Waren und Leistungen im Vergleich zum repräsentativen der Statistik. Die Erhebungs- und Messmethode sowie die Gesamtentwicklung werden ebenfalls von Elke Zimmer detailliert vorgestellt.

Einen Überblick über das **Verkehrsunfallgeschehen in Berlin und Brandenburg** liefern sodann Marion Kresse und Jürgen Keiser. Die Statistik ermöglicht die Darstellung nach Wochentagen und Tageszeit, Altersgruppen, Unfallursachen sowie Regional- bzw. Ortsmerkmalen. Dadurch werden das Unfallgeschehen und die ursächlichen Zusammenhänge aufgehehlt.

Mit dem Zensus 2011 beschäftigen sich zwei weitere Beiträge. Verena Kutzki untersucht das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter in den Gemeinden Brandenburgs und den Bezirken von Berlin auf der Basis des neuen Ausgangsbestandes für die Bevölkerungsfortschreibung. Betrachtet werden verschiedene Einflussfaktoren und die Wirkung, die eine disproportionale **Verteilung der Geschlechter** auf künftige Entwicklungen haben könnte.

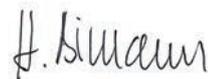
Stefan Möller untersucht **die Abweichungen der neuen Einwohnerzahl des Zensus 2011 von der „alten“ Bevölkerungsfortschreibung**. Die Berliner Einwohnerzahl musste bekanntlich um –5,2 % nach unten korrigiert werden, wobei die Differenz bei den Ausländerinnen und Ausländern besonders gravierend war. Im Land Brandenburg war der Korrekturbedarf deutlich geringer.

Im Mai 2014 wurde das Europaparlament neu gewählt. In ihrem Beitrag zu **Wählerverhalten und sozialem Umfeld** stellen Ricarda Nauenburg und Jörg Feilbach die Ergebnisse einer Aggregatdatenanalyse für Brandenburg vor, den gleichen Ansatz verfolgen Anja Hlawatsch und Stefan Möller für Berlin. Berechnet werden

sogenannte ökologische Korrelationen zwischen Sozialindikatoren und Parteianteilen, um deren Wirkungen beurteilen zu können.

In den Ländern Berlin und Brandenburg wurden aber auch **repräsentative Wahlstatistiken** durchgeführt. Im Unterschied zu den Befragungsergebnissen von Meinungsforschungsinstituten basieren die Ergebnisse dieser Statistik auf der Auszählung der Wählerverzeichnisse und der Stimmzettel, die in ausgewählten Wahllokalen und Briefwahlbezirken abgegeben wurden. Sie sind daher erheblich genauer als die der Umfrageforschung. Thomas Lehmann stellt die Ergebnisse für das Land Brandenburg und Geert Baasen die Auswertung für Berlin vor.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Hartmut Böermann
verantwortlicher Redakteur

Kurzbericht

23. Wissenschaftliches Kolloquium „Kleinräumige Daten“ am 20. und 21. November 2014 im Statistischen Bundesamt Wiesbaden

Der Bedarf an räumlich tief gegliederten statistischen Ergebnissen ist in der planenden Verwaltung, in Wirtschaftsunternehmen und in der Wissenschaft schon länger sehr groß. Dies wurde auch auf dem 23. Wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema „Kleinräumige Daten – Ausgewählte Fragestellungen“ deutlich, das das Statistische Bundesamt gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 20. und 21. November 2014 in Wiesbaden durchführte.

In den Beiträgen der Referentinnen und Referenten wurde darauf hingewiesen, dass die Anforderung an die Tiefe der räumlichen Gliederung sehr unterschiedlich sein kann: Bei der Verkehrsplanung beispielsweise können Daten auf der Ebene von Wohnquartieren ausreichend sein, bei bestimmten Fragen der Breitbandversorgung oder der Lärmbetroffenheit werden hingegen möglichst gebäude-scharfe Daten benötigt.

Zwar hätte die amtliche Statistik in der Vergangenheit hinsichtlich kleinräumig differenzierter Daten Fortschritte gemacht, aber dennoch wäre das Angebot noch nicht ausreichend. So würde man deshalb häufiger auf das kleinräumige Datenangebot privater Anbieter ausweichen müssen.

Aus Sicht der Europäischen Statistik spielen kleinräumig statistische Informationen ebenfalls eine immer größere Rolle. Neben dem Hauptkriterium des Pro-Kopf-Inlandsproduktes in Kaufkraftstandard, mit dem NUTS 2-Regionen¹ Förderungsklassen zugeordnet werden, gibt es mittlerweile weitere statistische Indikatoren. Ein Teil dieser Indikatoren ist sogar auf NUTS 3-Ebene verfügbar. Weitere Hilfsmittel für die räumliche Analyse sind in den letzten Jahren hinzugekommen. Das Europäische Statistische Amt (Eurostat) arbeitet etwa mit den Mitgliedsländern an einer einheitlichen Methodik für ein rasterbasiertes Bevölkerungsgitter.

In einem Beitrag der Wissenschaft wurde auf das Problem eingegangen, das sich bei der Auswertung von Stichprobenerhebungen auf regionaler Ebene ergibt. Werden die verfügbaren Informationen aus der Stichprobe räumlich disaggregiert, so resultieren sehr kleine Teilstichprobenumfänge für die betrachteten Regionen. Mit klassischen statistischen Verfahren ermittelte Schätzwerte weisen dann hohe Standardfehler auf und sind somit wenig verlässlich. Je stärker man regional gliedert, desto gravierender wird dieses Problem. Verfahren der Small Area-Statistik können hier Abhilfe schaffen. Es handelt sich um Schätzverfahren, die speziell darauf ausgerichtet sind, auch für regionale Einheiten, für die nur wenige Beobachtungen vorliegen – sogenannte Small Areas –, verlässliche Statistiken anzugeben. Häufig werden dazu gemischte Modelle verwendet, die über alle Regionen gültige Zusammenhänge zwischen Kovariablen und zu schätzender Variable modellieren und regionale Unterschiedlichkeit gleichzeitig in einem zufälligen Effekt erfassen. Das Modell wird dann verwendet, um die Schätzung auf regionaler Ebene zu stabilisieren. Diese Methoden ermöglichen also die Schätzung von regionalen Phänomenen auch dann, wenn nach Aufteilung der Stichprobe auf die Regionen jeweils nur noch wenige Informationen vorliegen.



Fotorechte:
Statistisches Bundesamt

Das Foto zeigt einen Blick ins Auditorium.

¹ Im Amtsblatt der Europäischen Union L 13/4 vom 18. 1. 2011 wurde die Verordnung (EU) Nummer 31/2011 der Kommission vom 17. Januar 2011 zur Änderung der Anhänge der Verordnung (EG) Nummer 1059/2003

des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) veröffentlicht. In Deutschland sind die drei NUTS-Ebenen wie folgt

belegt: NUTS-1-Ebene = Bundesländer, NUTS-2-Ebene = 38 kleinere Regionen (Regierungsbezirke und einige Bundesländer), NUTS-3-Ebene = Kreisebene.

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

▣ Mikrodaten der amtlichen Statistik auch von der Wissenschaft im Ausland nutzbar

von Anja Malchin

Das Daten- und Leistungsangebot der beiden Forschungsdatenzentren (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder konnte von wissenschaftlichen Einrichtungen im Ausland bisher nur gegen ein individuell ermitteltes, aufwandsabhängiges Entgelt genutzt werden. Seit der Verabschiedung des Konzepts zur Bedienung der Nutzergruppe „Ausländische Wissenschaft“ können nun auch Hochschulen mit Sitz im Ausland die Mikrodaten der amtlichen Statistik zu den gleichen Konditionen wie inländische FDZ-Forscher nutzen. Die genannte Nutzergruppe umfasst alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung mit Sitz im Ausland. Die Staatsangehörigkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler spielt dabei keine Rolle, d. h. auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die an einer Einrichtung mit Sitz im Ausland beschäftigt sind, gehören zu der Gruppe.

Um Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung mit Sitz im Ausland den Zugang zu deutschen Mikrodaten der FDZ zu ermöglichen, müssen diese zunächst auf ihre Zugangsberechtigung geprüft werden.¹ Aufgrund der hochgradig ausdifferenzierten Hochschulsysteme im Ausland ist diese Prüfung momentan auf Hochschulen mit Sitz im Ausland, deren Abschlüsse in Deutschland anerkannt werden, beschränkt.

Das von der Kultusministerkonferenz (Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen) herausgegebene Informationsportal zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse „anabin“² weist den Anerkennungsstatus für ausländische Institutionen aus und stellt für Behörden eine umfangreiche Dokumentation von Einzelfallgutachten bereit.

Die Datenbank enthält – geordnet nach Ländern – Details zur Bewertung von ausländischen Hochschulabschlüssen, Hochschulzugangsklassifikationen, mittleren Bildungsabschlüssen und Abschlüssen aus dem beruflichen Bereich. Am aufgeführten Status der Institution lässt sich feststellen, ob es sich bei einer Einrichtung um eine Hochschuleinrichtung handelt oder nicht. Ausländische Hochschulabschlüsse werden in Deutschland in der Regel nur dann anerkannt, wenn sie an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Institution erworben wurden. Diese Hochschulen sind in der Datenbank „anabin“ mit dem Status H+ gekennzeichnet.

Sofern eine ausländische Hochschule Zugang zu den nationalen Mikrodaten der FDZ beantragt, die sich nicht in der Datenbank „anabin“ befindet, muss eine Einzelfallprüfung erfolgen.

Den ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern steht prinzipiell das gesamte Datenangebot an allen Standorten der FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung. Zusätzlich zur schon bisher möglichen

a | anabin-Informationsportal

The screenshot shows the homepage of the 'anabin' portal. At the top, there is a green header with the title 'Informationsportal zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse'. Below the header, there is a navigation bar with links for 'anabin Datenbank', 'News', 'FAQ', 'Glossar', 'Bildungswesen', and 'Datenbanken'. The main content area is divided into two columns. The left column contains a list of navigation links: 'Hochschulabschlüsse', 'Institutionen', 'Schulabschlüsse mit Hochschulzugang', and 'Anerkennungs- und Beratungsstellen in Deutschland'. The right column contains a 'Willkommen in der Datenbank anabin' section with a short introduction and a 'Schnelleinstieg' section with four frequently asked questions. The footer includes the logo of the Kultusministerkonferenz and the Statistisches Amt Berlin Brandenburg, along with copyright information for 2014-2015.

¹ Grundlage ist § 16 Abs. 6 des Bundesstatistikgesetzes (BstatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist.

² „anabin“ ist das Akronym für „Anerkennung und Bewertung ausländischer Bildungsnachweise“.

Nutzung der absolut anonymen Public-Use-Files und Campus-Files im Ausland ist nun auch die On-Site-Nutzung über die kontrollierte Datenfernverarbeitung (KDFV) oder an Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen (GWAP) für die Wissenschaft im Ausland möglich. Nach momentaner Rechtslage dürfen Scientific-Use-Files (SUF) als standardisierte Datenfiles auf CD/DVD allerdings nicht ins Ausland übermittelt werden. Hintergrund ist, dass die Verpflichtung eines sich nicht in Deutschland aufhaltenden Datennutzers nach § 16 Abs. 7 BStatG nicht geboten ist. Würde die Verpflichtung in Deutschland vorgenommen, liefe eine strafrechtliche Verfolgung bei einem im Ausland vorgenommenen Datenschutzverstoß

Zugang	Einrichtung	Nutzer	Erlaubt	aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen ins Leere. Bei der Nutzung des GWAP an einem FDZ-Standort würde sich die betreffende Wissenschaftlerin oder der Wissenschaftler dagegen in Deutschland aufhalten und bei einem Datenschutzverstoß wäre
PUF	N	A	ja	
PUF	A	A	ja	
PUF	A	N	ja	
SUF	N	A	ja	
SUF	A	A	nein	
SUF	A	N	nein	
GWAP ..	N	A	ja	
GWAP ..	A	A	ja	
GWAP ..	A	N	ja	
KDFV	N	A	ja	
KDFV	A	A	ja	
KDFV	A	N	ja	

PUF – Public-Use-Files
 SUF – Scientific-Use-Files
 GWAP – Gastwissenschaftlerarbeitsplatz
 KDFV – kontrollierte Datenfernverarbeitung
 N – National, A – Ausland

eine Strafverfolgung möglich. Bei der Nutzung der KDFV verbleiben die Mikrodaten im geschützten Bereich der amtlichen Statistik. Die Forscherinnen und Forscher senden lediglich Auswertungsprogramme, deren Ergebnisse im FDZ vor der Übermittlung einer Geheimhaltungsprüfung unterzogen werden, um den Datenschutz zu wahren. Da also im juristischen Sinne keine Datenübermittlung stattfindet, ist eine Verpflichtung von Nutzerinnen und Nutzern nach § 16 Abs. 7 BStatG für die KDFV nicht erforderlich. Die nebenstehend mit einem „ja“ versehenen Zugangsmöglichkeiten stehen der Nutzergruppe „Ausländische Wissenschaft“ durch die FDZ zur Verfügung, falls die zugehörige Einrichtung zugelassen ist.

Neben der Amtssprache Deutsch wird zur Kommunikation auch Englisch als Verkehrssprache möglich sein. Die Aufbereitung des Datenangebots für die Wissenschaft im Ausland wird schrittweise vollzogen. In einem ersten Schritt werden die Daten und Metadaten für die jüngeren Erhebungsjahre des Mikrozensus, der Fallpauschalbezogenen Krankenhausstatistik (DRG), der Verdienststrukturerhebung und des AfID-Panels Industriebetriebe ins Englische übersetzt. Weitere Statistiken werden in Abhängigkeit von der Nachfrage der ausländischen Wissenschaft aufbereitet.

Für eine bessere Erreichbarkeit der ausländischen Wissenschaft wurden die englischsprachigen Internetseiten in Abstimmung mit den FDZ-Kolleginnen und -Kollegen des Statistischen Bundesamtes neu erstellt:

<http://www.forschungsdatenzentrum.de/en/index.asp>.

Die wichtigsten Dokumente (Nutzungsantrag, Nutzungsbedingungen, Erläuterungen zum Vertrag) werden ebenfalls bereits in englischer Sprache bereitgestellt.

Ein Einsatz des elektronischen Kodiersystems – IRIS – in der Berliner Todesursachenstatistik geplant

VON **Jürgen Paffhausen**

Jede verstorbene Person ist nach § 3 des geltenden Bestattungsgesetzes [1] zur Feststellung des Todes, des Todeszeitpunkts, der Todesart und der Todesursache von einem Arzt zu untersuchen (Leichenschau). Die zur Dokumentation verwendeten Leichenschau-scheine sind auch die Grundlage der von den statistischen Ämtern laufend durchgeführten Todesursachenstatistik. Diese liefert wichtige Daten zur Sterblichkeit und ist eine zentrale Basis für die medizinische und epidemiologische Forschung, die Gesundheitsberichterstattung des Bundes und der Länder sowie die gesundheitspolitische Planung.

Das Formular des Leichenschau-scheines enthält mehrere Durchschläge und wird vom Arzt, der die Leichenschau vollführt hat, an das Gesundheitsamt übersandt. Das Gesundheitsamt wiederum sendet den für die Statistik vorgesehenen Teil der Todesbescheinigung an das statistische Amt. Dort wird aus den Angaben der Bescheinigung das Grundleiden auf Basis des Regelwerks „Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision (ICD–10)“ ermittelt, das die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geschaffen hat.

Die Ermittlung des Grundleidens im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) erfolgt durch Signiererinnen und Signierer, die keine medizinische Ausbildung haben. Sie erwerben das nötige umfangreiche Wissen in der praktischen Arbeit und werden in speziellen Schulungen jährlich fortgebildet. Dennoch sind Fehlinterpretationen des komplexen Regelwerkes und damit einhergehende falsche Kodierungen nicht ausgeschlossen.

Der subjektive Einfluss bei der Kodierung wird minimiert, wenn die Informationen der Leichenschau-scheine elektronisch erfasst und verarbeitet werden. Für die elektronische Selektion des Grundleidens wurde bereits ein elektronisches Kodiersystem – IRIS – im Rahmen einer internationalen Kooperation mit Fachleuten aus Schweden, Frankreich, Ungarn, Italien und Deutschland entwickelt. In Deutschland ist das Statistische Bundesamt für die technische Konzeption und Softwareentwicklung zuständig. Das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) pflegt und implementiert die klassifikatorischen und medizinischen Inhalte bei der Entwicklung von IRIS.

Die Einführung von IRIS verbessert die Qualität der Todesursachenstatistik durch die strikte Anwendung international abgestimmter Verfahren zur Ermittlung des Grundleidens sowie einer standardisierten Aufbereitung aller Diagnosen auf dem Lei-

chenschau-schein, wodurch auch eine multikausale Auswertung ermöglicht wird. Einige Statistische Landesämter kodieren bereits ihre Leichenschau-scheine vollständig mit IRIS. Bei der elektronischen Verarbeitung werden etwa 80 % aller Diagnosen von IRIS erkannt.

Im AfS wird IRIS gegenwärtig nur in Ausnahmefällen eingesetzt. Denn um die Vorteile von IRIS nutzen zu können, müssen alle Angaben des Leichenschau-scheines manuell erfasst werden. Erst dann kann die elektronische Kodierung einsetzen. Die manuelle Erfassung von mehreren zehntausend Leichenschau-scheinen auf elektronischen Datenträgern ist aufwändig und kann mit den vorhandenen Personalkapazitäten nicht geleistet werden.

Im Herbst des Jahres 2014 wurde die Bestattungsverordnung für Berlin geändert [2]. Sie eröffnet nun perspektivisch die Möglichkeit, dass die Daten durch die Gesundheitsämter auf elektronischem Wege erfasst und an das AfS übermittelt werden. Noch im letzten Quartal des Jahres 2014 hat die zuständige Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales dazu eine verwaltungsübergreifende Projektgruppe eingerichtet. Ziel dieses Projektes ist die Konzeption, Umsetzung und Implementierung eines geeigneten Fachverfahrens für die IT-gestützte (elektronische) Erfassung von Daten aus den Leichenschau-scheinen. Zugleich soll auch eine datenschutzkonforme Lösung des elektronischen Datentransfers zwischen den beteiligten Ämtern geschaffen werden. Der Projektzeitplan sieht vor, dass das Verfahren im vierten Quartal 2015 in den Regelbetrieb überführt wird. Damit kann dann das AfS zur Vermeidung von Fehlinterpretationen des komplexen ICD–10 Regelwerkes der Todesursachenstatistik ohne größeren eigenen Erfassungsaufwand das elektronische Kodiersystem IRIS nutzen.

Quellennachweis:

- [1] Gesetz über das Leichen- und Bestattungswesen (Bestattungsgesetz) vom 2. November 1973 (GVBl. S. 1830), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Mai 2004 (GVBl. S. 215).
- [2] Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bestattungsgesetzes und der Gesundheitsdienst-Zuständigkeitsverordnung vom 29. Juli 2014 (GVBl. S. 294).

Statistik erklärt

▣ Preisindex

Ein Preisindex ist ein Maßstab für Preisänderungen im Zeitverlauf hinsichtlich eines volkswirtschaftlichen Bereichs und stellt somit eine Kennzahl für die Entwicklung ausgewählter Preise von Waren oder Dienstleistungen (Güter) des sogenannten Warenkorb dar. Die hinreichende Genauigkeit der Preisindizes wird durch die „Repräsentativität“ der erfassten Waren und Dienstleistungen sowie der Berücksichtigung einer möglichst aktuellen Ausgaben- und Verbrauchsstruktur zur Gewichtung der einzelnen Güter gewährleistet. Die Preisveränderungen werden als Indexzahl, bezogen auf ein Basisjahr (Preisindex = 100), berechnet. In der Praxis finden vor allem der Laspeyres-Index und deutlich seltener der Paasche-Index Anwendung. Weitere bekannte Indizes sind der Fisher- und der Kettenpreisindex.

Laspeyres-Index

Dieser Preisindex geht auf den deutschen Nationalökonom Etienne Laspeyres zurück. In der amtlichen Statistik bildet der Laspeyres-Index die Grundlage zur Berechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung. Mit diesem Index werden die Preise der Güter eines Warenkorb auf der Grundlage konstanter Konsummengen verglichen. Somit wird analysiert, was zum einen der Warenkorb des Basisjahres (Verbrauchsmengen) im jeweiligen Berichtsjahr kosten würde (Preise des Berichtsjahres) und was zum anderen für diesen Warenkorb im Basisjahr zu bezahlen war (Preise und Mengen des Basisjahres). Um für die so berechneten Indizes eine hohe Repräsentativität zu gewährleisten, erfolgt derzeit alle fünf Jahre die Aktualisierung der verwendeten Gewichte und der Zusammensetzung des Warenkorb. Der Laspeyres-Index ist ein mit den Ausgabenanteilen des Basisjahres gewogenes arithmetisches Mittel der entsprechenden Preismesszahlen.¹

Paasche-Index

Der Paasche-Index ist auf den deutschen Nationalökonom und Politiker Hermann Paasche zurückzuführen. Dieser Index berücksichtigt die durchschnittliche relative Veränderung der Preise unter Nutzung der jeweiligen Gewichtsgrößen (hier Preise) des Berichtszeitraums. Damit wird analysiert, was für den Warenkorb im Berichtsjahr zu bezahlen ist und was für diesen im Basisjahr zu entrichten gewesen wäre. Da mit diesem Index aktuelle Preisentwicklungen zu berücksichtigen sind, ist aus statistischer Sicht ein erheblicher Erfassungsaufwand erforderlich. Gleichzeitig schränken die oft wechselnden Gewichte die Vergleichbarkeit ein. So gab es vor Jahren Produkte noch gar nicht, die aber heute eine große Bedeutung besitzen (z. B. Mobiltelefone). Der Erfassungsaufwand und die wechselnden Gewichte sind wesentliche Gründe für die eher seltene Anwendung des Paasche-Index in der amtlichen Statistik. Hier erweist sich der Laspeyres-Index, der auf der Grundlage von Gewichten, die nur für das Basisjahr zu ermitteln sind und dann als konstant angesehen werden, als praktikabler. Der Paasche-Index ist ein mit den Ausgabenanteilen des Berichtsjahres gewogenes harmonisches Mittel der Preismesszahlen.¹

Fisher-Index

Mit dem Fisher-Index, benannt nach dem US-amerikanischen Ökonomen Irving Fisher, wird das geometrische Mittel aus den Preisindizes nach Paasche und Laspeyres gebildet. Aufgrund dieses Herangehens weist der Fisher-Index die Preisentwicklung mit einer sehr hohen Genauigkeit nach. Allerdings hat sich dessen Einsatz der Statistik kaum durchsetzen können, da er schwer verständlich ist und sich nicht leicht vermitteln lässt.

Kettenpreisindex

Mittels sogenannter Kettenpreisindizes wird ermittelt, was die im Vorjahr gekauften Waren im aktuellen Jahr kosten (Laspeyres) oder was die im aktuellen Jahr gekauften Waren im Vorjahr gekostet haben (Paasche). Vereinfacht bedeutet es, dass der Warenkorbwert des Vorjahres bzw. auch des Folgejahres festgestellt wird. Um die aktuellen Konsumgewohnheiten zu berücksichtigen, wird der jeweilige Warenkorb ebenfalls jedes Jahr aktualisiert. Somit verändert sich der Warenkorb bzw. dessen Gewichtung jährlich. Das bedeutet, dass die Ergebnisse nicht von Jahr zu Jahr direkt vergleichbar sind. Längerfristige Betrachtungen können nur durch die Verkettung der Jahresergebnisse erfolgen.

¹ Vgl. Eckstein, Peter P.: Repetitorium Statistik, Gabler Springer, Wiesbaden 2013, 7. Auflage, S. 138 ff.

Zusammenfassend gilt, dass jeder Index über bestimmte Parameter Auskunft gibt und so durchaus für bestimmte Situationen benötigt wird. Dabei ergänzen sich die Preisindizes untereinander und sind eine wesentliche Grundlage für eine detaillierte Beschreibung der wirtschaftlichen Lage einer Volkswirtschaft.

Preise

Entwicklung der Baupreise 2013 in Berlin und Brandenburg

von Elke Zimmer

Wer sich 2013 für den Neubau eines Wohngebäudes entschieden hatte und diesen in Auftrag gab, musste dafür tiefer in die Tasche greifen als im Jahr davor. Die günstige Entwicklung der Baukonjunktur hat sich auch 2013 auf die Entwicklung der Baupreise in Berlin und Brandenburg ausgewirkt. Allerdings hat sich der in den letzten Jahren zu beobachtende Trend der steigenden Baupreise abgeschwächt, sodass die durchschnittliche jährliche Preissteigerung im Vergleich zu den Vorjahren 2013 deutlich geringer ausfiel. So stiegen die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude 2013 gegenüber 2012 in Berlin um 2,2 % und im Land Brandenburg um 2,9 % (2010 \triangleq 100), wohingegen sie sich 2012 gegenüber 2011 in Berlin noch um 2,7 % und im Land Brandenburg um 3,9 % erhöhten. Während hierbei in Berlin die durchschnittliche Preissteigerung für Ausbauarbeiten (+2,4 %) über der für Rohbauarbeiten lag (+2,0 %), war dies im Land Brandenburg genau umgekehrt. Hier betrug der Preisanstieg für Rohbauarbeiten +3,4 % und der für Ausbauarbeiten +2,5 %. Im folgenden Beitrag wird die in Berlin und Brandenburg im Jahr 2013 ermittelte Entwicklung der Baupreise näher dargestellt.

Vorbemerkungen

Baupreise werden im Rahmen der Statistik für Bauleistungspreise erhoben. Mit den bei dieser Statistik ermittelten Preisen werden Baupreisindizes einschließlich Umsatzsteuer berechnet, die die durchschnittliche Entwicklung der von den Bauherren tatsächlich gezahlten Preise messen. Honorare für Architektinnen und Architekten sowie der Preis für das Baugrundstück sind allerdings nicht Bestandteil der Baupreisindizes. Berechnet werden Baupreisindizes für den konventionellen Neubau ausgewählter Bauwerksarten des Hoch- und Tiefbaus (Wohn-, Büro- und gewerbliche Betriebsgebäude, Straßen, Brücken, Ortskanäle) sowie für Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden (Mehrfamiliengebäude). Diese Indizes dienen zum einen der Konjunkturbeobachtung im Baugewerbe. Zum anderen werden Baupreisindizes häufig auch bei der Schätzung aktueller oder historischer Verkehrswerte bzw. Anschaffungs-/Wiederbeschaffungswerte sowie zur Anpassung vertraglich vereinbarter Zahlungen genutzt (Wertsicherungsklauseln). Außerdem werden sie zur Deflationierung anderer wirtschaftlicher Größen wie z. B. der Auftragseingänge und -bestände im Baugewerbe herangezogen.

Da in der Regel sehr individuell gebaut wird, lassen sich die Preise von Bauwerken direkt kaum vergleichen. Daher werden für die Ermittlung von Baupreisindizes die Preise für sogenannte Bauleistungen, die für die Errichtung der Bauwerke erforderlich sind, erhoben. Dabei handelt es sich um Preise ohne Umsatzsteuer, die aus Vertragsabschlüssen zwischen Bauherren und Bauunternehmen im Berichtsmonat stammen, und nicht um sich möglicherweise noch ändernde Angebotspreise.

Die Baupreise werden vierteljährlich in den Monaten Februar, Mai, August und November beobachtet. Aktuell werden für 177 bundeseinheitlich ausgewählte Bauleistungen rund 1100 Baupreise in 270 Berliner und rund 1400 Baupreise in 350 Brandenburgischen Unternehmen erfragt. Aus den in diesen Monaten gemeldeten Preisen wird dann die durchschnittliche Preisentwicklung für die jeweilige Bauleistung berechnet (Landesmesszahlen). Aus den so ermittelten Landesmesszahlen werden schließlich die Preisindizes für die einzelnen Bauwerksarten berechnet, indem aus den Landesmesszahlen, gewichtet mit dem Wägungsanteil aus dem jeweiligen für die Bauwerksart vorliegenden Gewichtungsschema, ein gewogener Mittelwert gebildet wird. Jahresergebnisse werden als einfacher Durchschnitt aus den Ergebnissen der vier Erhebungsmonate berechnet.

Baupreisindizes werden als Laspeyres-Index¹ berechnet, d. h. die Indexwerte beziehen sich auf die Bauverhältnisse des Jahres, das als Basisjahr festgelegt wurde. Dabei bleiben die aus dem Basisjahr stammenden bundeseinheitlichen Wägungsanteile bis zur Umstellung auf ein neues Basisjahr – in der Regel alle fünf Jahre – unverändert. Mit dem Berichtsmonat August 2013 erfolgte die Umstellung der Baupreisindizes auf das neue Basisjahr 2010 \triangleq 100, d. h., dass das bundeseinheitliche Wägungsschema den Bauverhältnissen des Jahres 2010 angepasst und methodische Änderungen vorgenommen wurden. Bis dahin lagen der Indexberechnung die Wägungsanteile aus dem Jahr 2005 zugrunde.

¹ Einen Überblick über Preisindizes bietet die Rubrik „Statistik erklärt“ auf Seite 7.

Gesamtentwicklung

Die überall zu beobachtende gestiegene Nachfrage nach Bauleistungen hat sich in Berlin und im Land Brandenburg im Jahr 2013 auch auf die Preisentwicklung für neu erstellte, konventionell gebaute Wohngebäude ausgewirkt. Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart (Bauleistungen am Bauwerk) sind 2013 gegenüber 2012 im Jahresdurchschnitt in Berlin auf einen Indexstand (2010 ± 100) von 107,9 und im Land Brandenburg von 109,7 gestiegen. Damit schwächte sich der in den letzten Jahren beobachtete Trend der Verteuerung der Baupreise 2013 ab, wobei der Rückgang in Brandenburg stärker ausfiel (-1,0 Prozentpunkte) als in Berlin (-0,5 Prozentpunkte). So betrug die durchschnittliche jährliche Teuerung 2013 gegenüber 2012 in Berlin +2,2% und im Land Brandenburg +2,9%. Im Jahr 2012 erreichte sie in Berlin noch +2,7% und in Brandenburg noch +3,9% (Abbildungen a und b).

In allen vier Berichtsmonaten des Jahres 2013 fiel die Erhöhung der Baupreise gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Land Brandenburg deutlich höher aus als in Berlin. Während sie in Berlin nur Werte zwischen +2,5% (Februar) und +1,9% (November) erreichte, lag sie in Brandenburg zwischen +3,4% (Februar) und +2,6% (August und November). In Berlin nahm das Niveau der jährlichen Preiserhöhung somit im Verlaufe des Jahres 2013 bis auf einen leichten Anstieg im August 2013 stetig ab. Im Land Brandenburg war bis August 2013 ebenfalls eine kontinuierliche Abnahme des Niveaus der jährlichen Teuerung zu beobachten, die dann aber im November 2013 auf dem Niveau von August verharrte (Tabelle 1).

Entwicklung der Preise im Roh- und Ausbau

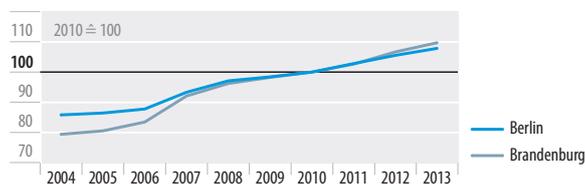
Geprägt wurde die Entwicklung der Baupreise im Jahr 2013 in Berlin und Brandenburg sowohl durch den Anstieg der Preise für Roh- als auch für Ausbauarbeiten an konventionell erstellten Wohngebäuden.

Während in Berlin aber der Preisanstieg für Ausbauarbeiten die Gesamtentwicklung stärker beeinflusste, als es der für Rohbauarbeiten tat, waren im Land Brandenburg vordergründig Preiserhöhungen im Rohbau für die Gesamtentwicklung bestimmend.

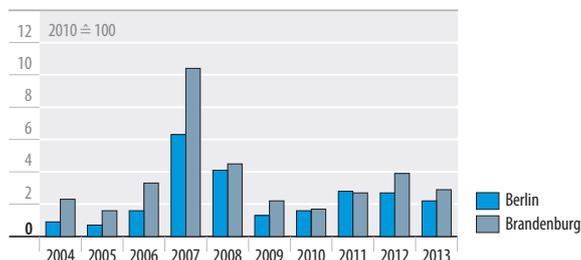
Die durchschnittliche jährliche Preissteigerung für Ausbauarbeiten betrug 2013 gegenüber 2012 in Berlin +2,4% (2012: +2,8%) und im Land Brandenburg +2,5% (2012: +3,7%). Die Preise für Rohbauarbeiten stiegen gegenüber dem Vorjahr in Berlin im Schnitt um 2,0% (2012: +2,5%) und in Brandenburg um 3,4% (2012: +4,2%). Damit lag auch das Niveau der durchschnittlichen jährlichen Teuerung für Roh- und Ausbauarbeiten sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg 2013 deutlich unter dem im Jahr 2012. Trotzdem fiel in Brandenburg 2013 der jährliche Preisanstieg für Rohbauarbeiten höher aus als in Berlin und übertraf erneut auch deutlich den für Ausbauarbeiten. In Berlin dagegen lag die Preisentwicklung für Rohbauarbeiten im Jahr 2013 wie auch schon im Vorjahr unter der für Ausbauarbeiten (Tabelle 2).

Den größten Anteil an den Rohbauarbeiten, aber auch am Gesamtindex für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart, hatten Mauer- und Betonarbeiten. Die Preise hierfür stiegen im Jahresdurchschnitt 2013 gegenüber dem Vorjahr in Berlin nur halb so stark wie im Land Brandenburg. Dabei ging in Brandenburg 2013 jedoch die Preissteigerung für Betonarbeiten gegenüber den Vorjahren mit +2,9% deutlich zurück (2012: +4,4%; 2011: +4,3%), während die für Mauerarbeiten mit +3,4% wesentlich höher ausfiel als 2012 (+1,6%) und 2011 (+1,3%). In Berlin dagegen lag 2013 die Preissteigerung für Mauerarbeiten mit +1,6% deutlich unter der von 2012 (+3,1%) und 2011 (+4,7%), wohingegen für Betonarbeiten in Berlin mit +1,3% zwar eine wesentlich höhere durchschnittliche jährliche Veränderung als für 2012 ermittelt wurde (+0,6%), die allerdings, wie in Brandenburg, deutlich unter der für 2011 (+2,1%) lag.

a | Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden insgesamt in Berlin und Brandenburg 2004 bis 2013



b | Entwicklung des Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden insgesamt in Berlin und Brandenburg 2004 bis 2013



1 | Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden¹ in Berlin und Brandenburg 2012 und 2013

Monat	Berlin		Brandenburg	
	2012	2013	2012	2013
2010 ± 100				
Jahres-	105,6	107,9	106,7	109,7
Februar.....	104,7	107,3	105,6	109,2
Mai.....	105,3	107,6	106,4	109,5
August.....	105,9	108,3	107,1	109,9
November.....	106,3	108,3	107,5	110,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Jahres-	2,7	2,2	3,9	2,9
Februar.....	2,7	2,5	3,5	3,4
Mai.....	2,9	2,2	4,0	2,9
August.....	2,3	2,3	4,3	2,6
November.....	2,7	1,9	3,8	2,6

¹ einschließlich Umsatzsteuer

2 | Preisindex für Roh- und Ausbauarbeiten¹ in Berlin und Brandenburg 2012 und 2013

Art der Leistung	Berlin		Brandenburg	
	2012	2013	2012	2013
2010 ± 100				
Wohngebäude	105,6	107,9	106,7	109,7
insgesamt.....	105,6	107,9	106,7	109,7
Rohbauarbeiten	105,9	108,0	107,3	110,9
Ausbauarbeiten	105,3	107,8	106,1	108,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Wohngebäude	2,7	2,2	3,9	2,9
insgesamt.....	2,7	2,2	3,9	2,9
Rohbauarbeiten	2,5	2,0	4,2	3,4
Ausbauarbeiten	2,8	2,4	3,7	2,5

¹ einschließlich Umsatzsteuer

Die Preisentwicklung für Ausbaurbeiten wird in erster Linie durch Tischlerarbeiten sowie Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen bestimmt. Nach den Mauer- und Betonarbeiten haben diese den dritt- bzw. viertgrößten Anteil am Gesamtindex für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart (Tabelle 3). In Berlin sind 2013 die Preise für Tischlerarbeiten und Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen im Jahresdurchschnitt um 2,8 % bzw. 4,6 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

3 | Wägungsschema zum Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden insgesamt

Bauarbeit	Wägungsanteil in ‰
	2010 ± 100
Bauarbeiten am Bauwerk insgesamt.....	1000
Rohbauarbeiten.....	455,32
Erdarbeiten.....	37,81
Verbauarbeiten.....	0,54
Entwässerungskanalarbeiten..	10,81
Mauerarbeiten.....	110,41
Betonarbeiten.....	156,88
Zimmer- und Holzbauarbeiten.....	45,67
Stahlbauarbeiten.....	7,38
Abdichtungsarbeiten.....	11,88
Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten....	48,33
Klempnerarbeiten.....	16,24
Gerüstarbeiten.....	9,37
Ausbauarbeiten.....	544,68
Naturwerksteinarbeiten.....	8,69
Betonwerksteinarbeiten.....	0,46
Putz- und Stuckarbeiten.....	41,31
Wärmedämm-Verbundsysteme.....	32,34
Trockenbauarbeiten.....	25,29
Vorgehängte hinterlüftete Fassaden.....	0,74
Fliesen- und Plattenarbeiten...	28,77
Estricharbeiten.....	18,36
Tischlerarbeiten.....	96,33
Parkettarbeiten.....	25,09
Rollladenarbeiten.....	17,27
Metallbauarbeiten.....	35,49
Verglasungsarbeiten.....	10,44
Maler- und Lackierarbeiten – Beschichtungen.....	16,78
Bodenbelagarbeiten.....	5,40
Tapezierarbeiten.....	7,71
Raumlufttechnische Anlagen..	6,90
Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen..	70,38
Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen innerhalb von Gebäuden.....	46,43
Nieder- und Mittelspannungsanlagen bis 36 kV.	40,31
Gebäudeautomation.....	1,07
Blitzschutzanlagen.....	1,70
Dämm- und Brandschutzarbeiten an technischen Anlagen.....	3,65
Förder- und Aufzugsanlagen, Fahrtreppen und -steige.....	3,77

Damit wiesen beide Bauarbeiten im Vergleich zu 2012 in Berlin eine geringere (+3,3 % bzw. +5,1 %) und im Vergleich zu 2011 (+2,3 % bzw. +3,9 %) eine höhere Preissteigerung aus. Im Land Brandenburg sind die Preise für Tischlerarbeiten sowie Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen 2013 gegenüber 2012 um durchschnittlich 2,1 % bzw. 3,1 % gestiegen. Während damit in Brandenburg die Teuerung für Tischlerarbeiten 2013 sowohl deutlich über der von 2012 (+1,5 %) und 2011 (+0,4 %) lag, sind die Preise für Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen 2013 nicht so stark wie in den Jahren 2012 (+4,4 %) und 2011 (+3,4 %) gestiegen.

Die im Vorjahresvergleich im Schnitt höchste Preissteigerung unter den insgesamt 37 im Preisindex für konventionell errichtete Wohngebäude nachgewiesenen Bauarbeiten in Berlin wurden 2013 für Gebäudeautomation (+7,9 %), gefolgt von Abdichtungsarbeiten (+5,1 %), die zuvor genannten Heiz- und zentralen Wassererwärmungsanlagen (+4,6 %) sowie für Dämm- und Brandschutzarbeiten an technischen Anlagen (+4,4 %) ermittelt. Die geringsten durchschnittlichen Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr in Berlin wurden 2013 für Parkettarbeiten (+0,2 %) und Wärmedämm-Verbundsysteme (+0,3 %) nachgewiesen. Unverändert gegenüber dem Vorjahr blieben die Preise für Stahlbauarbeiten und vorgehängte

hinterlüftete Fassaden. Preisrückgänge im Vergleich zu 2012 wurden 2013 in Berlin nicht festgestellt (Abbildung c).

Die im Jahresdurchschnitt höchste Preissteigerung 2013 gegenüber 2012 im Land Brandenburg wurde erzielt für Entwässerungskanalarbeiten (+6,1 %), gefolgt von Fliesen- und Plattenarbeiten (+5,5 %), Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten sowie Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen (jeweils +5,3 %). Die im Schnitt geringsten Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr traten 2013 für Rollladenarbeiten (+0,2 %), Wärmedämm-Verbundsysteme (+0,4 %) und Parkettarbeiten (+0,8 %) auf. Unverändert gegenüber dem Vorjahr blieben die Preise für Stahlbau- und Betonwerksteinarbeiten. Im Unterschied zu Berlin wurden im Land Brandenburg 2013 auch Preisrückgänge gegenüber 2012 festgestellt. Den stärksten Rückgang hatten dabei die Preise für Verbauarbeiten (-5,7 %) zu verzeichnen. Ebenfalls rückläufig war im Vorjahresvergleich die Preisentwicklung für Maler- und Lackierarbeiten (-0,6 %), (Abbildung d).

Preisentwicklung für Nichtwohngebäude, Ingenieurbau und Instandhaltung

Die Betrachtung der Preisentwicklung für den Neubau von Nichtwohngebäuden, den Ingenieurbau und die Instandhaltung ergab ein ähnliches Bild wie die für den Neubau von Wohngebäuden. Auch bei diesen Bauwerksarten sind im Jahr 2013 sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg die Preise für

c | Preisentwicklung für ausgewählte Bauarbeiten für den Neubau von Wohngebäuden insgesamt in Berlin 2013



deren Neubau gegenüber dem Vorjahr gestiegen, wobei die Steigerung im Land Brandenburg etwas höher ausfiel als in Berlin. Dabei bewegten sich die Preiserhöhungen jedoch in beiden Ländern in einer ähnlichen Größenordnung wie die für den Neubau von Wohngebäuden.

Die Preise für den Neubau von Büro- und gewerblichen Betriebsgebäuden stiegen im Jahr 2013 im Schnitt in Berlin um 2,2% bzw. 1,9% und in Brandenburg um 2,8% bzw. 3,0%. Innerhalb der betrachteten Ingenieurbauwerke gab es im Land Brandenburg die größte durchschnittliche Preissteigerung mit +4,0% im Straßenbau (Berlin: +2,1%), während in Berlin mit +2,3% die Preise für den Neubau von Ortskanälen im Durchschnitt am stärksten stiegen (Brandenburg: +3,0%). Am niedrigsten innerhalb des Ingenieurbaus fiel in beiden Ländern die durchschnittliche Preiserhöhung für den Neubau von Brücken im Straßenbau aus (Berlin und Brandenburg jeweils +1,2%). Damit ging 2013, wie beim Neubau von Wohngebäuden, im Vergleich zum Vorjahr sowohl in Berlin als auch in Brandenburg das Niveau der durchschnittlichen jährlichen Teuerung bei den anderen Bauwerksarten zurück. Lediglich für die Schönheitsreparaturen wurde in beiden Ländern 2013 ein höherer durchschnittlicher Preisanstieg als 2012 nachgewiesen (Berlin: +2,3%; Brandenburg: +7,2%), wobei dieser, wie schon in den Vorjahren, in Brandenburg (2012: +6,9%; 2011: +2,6%) deutlich über dem von Berlin lag (2012: +2,1%; 2011: +1,8%), (Tabelle 4).

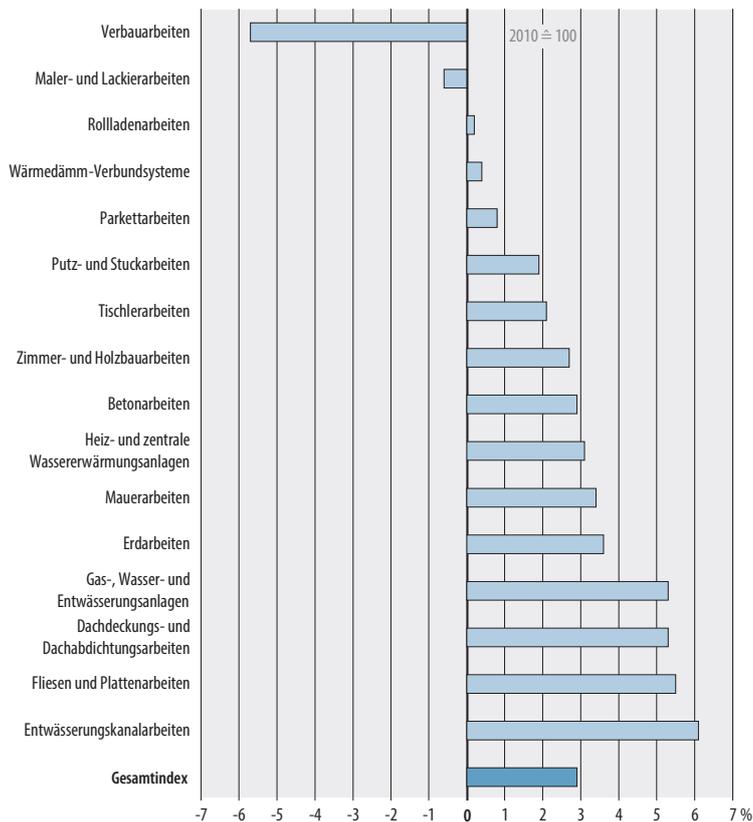
Fazit

2013 sind die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart in Berlin mit durchschnittlich +2,2% und im Land Brandenburg mit +2,9% gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen. Allerdings hat sich der in den letzten Jahren zu beobachtende Trend der wieder steigenden Baupreise abgeschwächt. Wie schon 2012 lag der Anstieg der Baupreise 2013 in Berlin unter dem von Brandenburg und wurde erneut durch die Preise für Ausbauarbeiten geprägt, während in Brandenburg weiterhin die Preise für Rohbauarbeiten bestimmend für die Gesamtentwicklung waren. Rohbauarbeiten wurden 2013 gegenüber 2012 in Berlin im Durchschnitt um 2,0% und in Brandenburg um 3,4% teurer. Ausbauarbeiten verteuerten sich in Berlin um durchschnittlich 2,4% und in Brandenburg um 2,5%. Während sich 2013 damit die Preise für Rohbauarbeiten in Berlin deutlich geringer erhöhten als in Brandenburg, fiel die durchschnittliche Preiserhöhung für Ausbauarbeiten in beiden Ländern nahezu gleich aus.

Auch die Preise für den Neubau von Nichtwohngebäuden, den Ingenieurbau und die Instandhaltung haben sich in Berlin und Brandenburg 2013 gegenüber dem Vorjahr im Schnitt in ähnlicher Größenordnung wie für den Neubau von Wohngebäuden in konventioneller Bauart erhöht. Ebenso wie bei den Wohngebäuden lagen dabei in beiden Ländern die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate unter denen des Vorjahres. Lediglich der durchschnittliche Preisauftrieb für Schönheitsreparaturen in einer Wohnung hat sich 2013 gegenüber 2012 verstärkt, wobei die Preiserhöhung in Berlin mit +2,3% nach wie vor weit unter der von Brandenburg (+7,2%) lag.

Elke Zimmer ist Leiterin des Referats *Preise, Verdienste, Arbeitskosten* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

d | Preisentwicklung für ausgewählte Bauarbeiten für den Neubau von Wohngebäuden insgesamt im Land Brandenburg 2013 gegenüber dem Vorjahr



4 | Entwicklung der Preisindizes nach Bauwerksarten¹ in Berlin und Brandenburg 2012 und 2013

Gebäudeart	Berlin		Brandenburg	
	2012	2013	2012	2013
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2010 ± 100				
Wohngebäude insgesamt.....	2,7	2,2	3,9	2,9
Nichtwohngebäude				
Bürogebäude.....	2,3	2,2	4,2	2,8
Gewerbliche Betriebsgebäude.....	2,1	1,9	4,4	3,0
Ingenieurbau				
Straßenbau.....	6,8	2,1	4,6	4,0
Brücken.....	2,5	1,2	3,9	1,2
Ortskanäle.....	3,4	2,3	3,6	3,0
Instandhaltung				
Instandhaltung von Wohngebäuden.....	2,7	2,5	4,3	3,6
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung.....	2,1	2,3	6,9	7,2

¹ einschließlich Umsatzsteuer

Preise

Entwicklung der Verbraucherpreise 2013 in Berlin und Brandenburg

von **Elke Zimmer**

Das Preisjahr 2013 war durch zwei gegenläufige Effekte geprägt, die auch die Berliner und Brandenburger Verbraucherinnen und Verbraucher zu spüren bekamen. Einerseits waren Bereiche durch einen nachlassenden Preisdruck gekennzeichnet. Insbesondere die rückläufigen Preise für Mineralölprodukte, zum Teil auch für andere Energieträger, wirkten preisdämpfend. Andererseits verstärkte sich der Preisauftrieb bei den Nahrungsmitteln. Dennoch beeinflussten diese gegenläufigen Effekte die Entwicklung der Verbraucherpreise im Land Brandenburg weitaus stärker als in Berlin. Während sich die Verbraucherpreise im Land Brandenburg 2013 im Vergleich zum Vorjahr nur um durchschnittlich 1,3 % erhöhten, lagen sie in Berlin im Schnitt noch um 2,2 % über dem Vorjahresniveau. Im folgenden Beitrag werden die wichtigsten Ergebnisse der Entwicklung der Verbraucherpreise in Berlin und Brandenburg im Jahr 2013 dargestellt.

Vorbemerkung

Die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik zählen zu den bekanntesten und meist beachteten in der amtlichen Statistik. Mit den bei dieser Statistik erhobenen Preisen wird der Verbraucherpreisindex – in den Medien oft als Inflationsrate bezeichnet – berechnet. Dieser Index misst die Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Er ist somit Maßstab für die Messung der allgemeinen Preisentwicklung und dient zum einen der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturbeobachtung. Zum anderen wird der Verbraucherpreisindex als Kompensationsmaßstab für die Anpassung regelmäßig wiederkehrender Zahlungen wie Mieten und Pacht aufgrund entsprechender Wertsicherungsklauseln in privatrechtlichen Verträgen genutzt. Außerdem wird er zur Preisbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen.

Für die Ermittlung des Verbraucherpreisindex werden Verkaufspreise einschließlich Umsatzsteuer und anderer Verbrauchssteuern (z. B. Mineralöl- und Tabaksteuer) für repräsentativ ausgewählte Waren und Dienstleistungen („Warenkorb“) erhoben. Dabei wird jeder dieser Waren und Dienstleistungen entsprechend ihrem Ausgabenanteil am privaten Konsum insgesamt ein Gewicht zugeordnet (Wägungsanteil), mit dem ihre Preisentwicklung in den Verbraucherpreisindex insgesamt eingeht. Um mit dem Verbraucherpreisindex tatsächlich nur „echte“ Preisänderungen, d. h. ohne Änderung anderer den Preis bestimmender Faktoren, wie beispielsweise Qualitäts- und Mengenänderungen, nachweisen zu können, gehören neben den Preisen auch die genaue Beschreibung der Waren und Leistungen (z. B. Marke, Menge und Mengeneinheit, Größe, Materialart und -zusammensetzung, Form, Preisnachlässe) zum Erhebungsprogramm.

Aktuell werden für rund 600 bundeseinheitlich auf der Basis der Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums (Classification of Individual Consumption by Purpose – COICOP) ausgewählte Waren und Dienstleistungen rund 14 000 Preise in etwa 900 Berliner und rund 25 000 Preise in etwa 1 400 Brandenburger Berichtsstellen monatlich beobachtet. Berichtsstellen sind die örtlichen Einheiten aller Anbieter von Waren und Dienstleistungen (Einzelhandelsgeschäfte, Reparaturwerkstätten, Fahrschulen, Tankstellen, Apotheken, Hotels, Gaststätten, Krankenhäuser, Zahntechniker, Sport- und Kultureinrichtungen, Stadtwerke, Versandhäuser u. Ä.) unterschiedlichen Geschäftstyps (z. B. Warenhäuser, Verbrauchermärkte, Discounter, Fachgeschäfte) in Berlin und ausgewählten Regionen des Landes Brandenburg. Einbezogen werden auch Mieten, die bei Vermietern unterschiedlichen Vermietertyps erhoben werden.

Neben der in der Regel durch geschulte Preiserheberinnen und -erheber vor Ort durchgeführten Preiserhebung, werden ausgewählte Berichtsstellen auch schriftlich befragt oder allgemein zugängliche Quellen, wie beispielsweise das Internet, für die Preiserhebung genutzt. Etwa zwei Drittel aller monatlich zu beobachtenden Preise werden dezentral, d. h. organisiert durch die statistischen Landesämter, erhoben und etwa ein Drittel zentral durch das Statistische Bundesamt und ausgewählte statistische Landesämter ermittelt.

Aus den im Monat vorliegenden Einzelpreisermittlungen und nach Durchführung eventuell erforderlicher Umrechnungen (z. B. Qualitätsbereinigungen) werden zunächst für alle 600 Erhebungspositionen und je Geschäftstyp mittels einer Geschäftstypengewichtung auf Basis der Umsatzbedeutung der Geschäfte für die jeweiligen Positionen sogenannte Elementarindizes berechnet, aus denen dann mit-

hilfe der Gütergewichte aus dem Wägungsschema 600 Teilindizes ermittelt werden. Die so berechneten Teilindizes werden letztendlich auf der Grundlage der COICOP-Klassifikation systematisch zum Verbraucherpreisindex sowie zu unsystematischen Zusammenfassungen (Sondergliederungen) aggregiert.

Der Verbraucherpreisindex wird als Laspeyres-Index¹ mit festem Basisjahr berechnet, d.h. die Indexwerte beziehen sich auf bundeseinheitliche Anteile der Ausgaben für Waren und Dienstleistungen am Gesamtkonsum privater Haushalte (Wägungsanteile) eines festgelegten Basisjahres. Diese aus dem Basisjahr stammenden Wägungsanteile bleiben bis zur Umstellung auf ein neues Basisjahr unverändert. Im Januar 2013 erfolgte die im fünfjährigen Abstand durchzuführende grundlegende Umstellung auf das neue Basisjahr 2010, d.h. die Anpassung der Wägungsanteile an die veränderten Verbrauchsgewohnheiten privater Haushalte des Jahres 2010 (Tabelle 1). Die Auswahl der konkret in die Preiserhebung einbezogenen Waren und Dienstleistungen wird dagegen laufend angepasst, z.B. bei Wegfall von Produkten oder Berichtsstellen und dem Auftreten neuer Produkte. Die nächste Umstellung auf das Basisjahr 2015 ist für Januar 2018 vorgesehen.

Die durch die amtliche Statistik mit dem Verbraucherpreisindex berechnete Entwicklung dürfte allerdings für viele Verbraucher von ihrer subjektiv wahrgenommenen Preisentwicklung abweichen. Der Verbraucherpreisindex ist ein Durchschnittswert, der auf der Basis der Wägungsanteile eines durchschnittlichen Haushalts berechnet wird. Diesen durchschnittlichen Haushalt gibt es jedoch nur in der Theorie. Die amtlich ermittelte Preisentwicklung lässt sich daher

nicht direkt auf die eigene Situation übertragen. Wer z.B. kein Kraftfahrzeug hat, wird auch kein Geld für Kraftstoffe ausge-

ben, die aber zu den Waren und Leistungen des Verbraucherpreisindex gehören. Die subjektiv wahrgenommene Preisentwicklung hängt somit in starkem Maße vom individuellen Ausgabenverhalten ab, d.h. wie viel Geld wird vom Einzelnen für welche Waren und Leistungen ausgegeben.

Gesamtentwicklung

Für das Land Brandenburg war das Jahr 2013 ein Jahr, in dem die Verbraucherpreise deutlich schwächer stiegen als in den Vorjahren. Während die jährliche Steigerung 2012 und auch 2011 noch bei durchschnittlich +1,9% lag, ging sie 2013 bis auf +1,3% zurück und erreichte einen Indexstand von 105,2 (2010 ± 100). In Berlin dagegen verharrte die jährliche Teuerung 2013 auf dem Vorjahresniveau. Wie auch 2012 lagen hier die Verbraucherpreise im Jahr 2013 um 2,2% über denen des Vorjahres und erreichten einen Indexstand von 106,9 (2010 ± 100). Im Jahr 2011 betrug die durchschnittliche jährliche Teuerung in Berlin +2,3%.

In den einzelnen Monaten des Jahres 2013 schwankten die jährlichen Veränderungsrate teilweise erheblich. In Berlin lagen diese zwischen +1,6% im Oktober und +2,6% im Januar und Juli. Im Land Brandenburg erreichten sie nur Werte von +1,0% im April bis +1,7% im Juni und blieben damit durchweg unter der für die Geldpolitik wichtigen 2%-Marke.

Der in erster Linie im Land Brandenburg langsamere Anstieg der Verbraucherpreise war in erheblichem Ausmaß auf die rückläufigen Preise für Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe) zurückzuführen. Im Jahresdurchschnitt lagen diese 2013 im Land Brandenburg um 3,9% unter denen des Vorjahres. Aber auch in Berlin gingen die Preise für Mineralölprodukte mit -4,3% deutlich zurück und bestimmten die Gesamtentwicklung. Ohne diesen

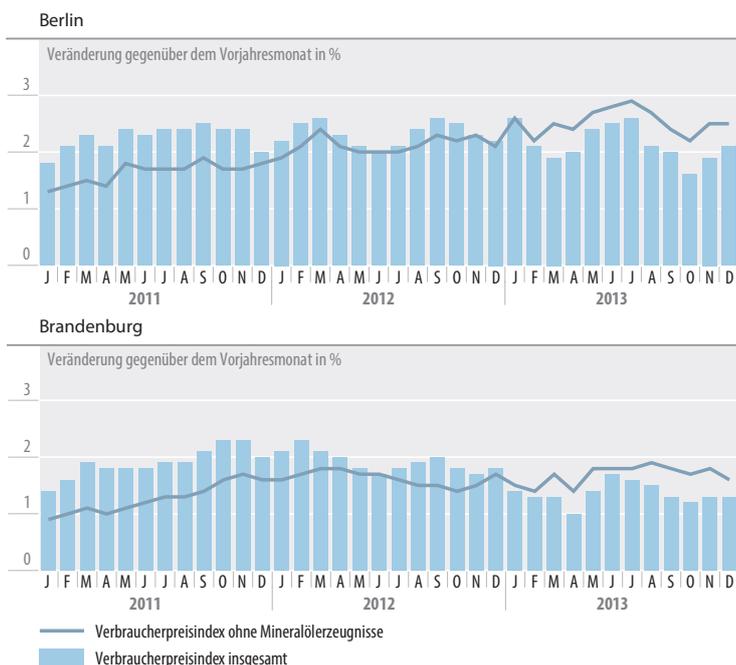
¹ Einen Überblick über Preisindizes bietet die Rubrik „Statistik erklärt“ auf Seite 7.

1 | Wägungsschemata zum Verbraucherpreisindex für die Basisjahre 2005 und 2010

COICOP-Abteilung ¹	Wägungsanteil	
	2005 ± 100	2010 ± 100
	‰	
Gesamt.....	1 000	1 000
01 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke.....	103,55	102,71
02 Alkoholische Getränke, Tabakwaren....	38,99	37,59
03 Bekleidung und Schuhe.....	48,88	44,93
04 Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe.....	308,00	317,29
05 Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt.....	55,87	49,78
06 Gesundheitspflege.....	40,27	44,44
07 Verkehr.....	131,90	134,73
08 Nachrichtenübermittlung.....	31,00	30,10
09 Freizeit, Unterhaltung und Kultur.....	115,68	114,92
10 Bildungswesen.....	7,40	8,80
11 Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen.....	43,99	44,67
12 Andere Waren und Dienstleistungen..	74,47	70,04

¹ Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums

a+b | Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Berlin und Brandenburg 2011 bis 2013 (2010 ± 100)



Bereich hätte die jährliche Teuerung 2013 im Schnitt im Land Brandenburg bei +1,7% und in Berlin bei +2,5% gelegen (Abbildungen a+b).

Im Gegensatz zu den Mineralölprodukten hat sich der Preisauftrieb bei den Nahrungsmitteln im Jahr 2013 im Vergleich zu 2012 in beiden Ländern verstärkt, wobei die Zunahme des Niveaus der jährlichen Teuerung im Land Brandenburg deutlich stärker ausfiel als in Berlin. Während sich die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate in Brandenburg von +3,1% im Jahr 2012 auf +4,3% im Jahr 2013 erhöhte, stieg sie in Berlin von +4,0% auf +4,5%.

Darüber hinaus war die Gesamtentwicklung der Verbraucherpreise in beiden Ländern durch einige besondere allgemeine Entwicklungen geprägt. Beispielsweise gab es durch die Abschaffung der Praxisgebühr im Januar 2013 und den sukzessiven Wegfall der Bearbeitungsgebühren für Privatkredite bei den Banken Preisrückgänge. Infolge der Tabaksteuererhöhung zum 1. Januar 2013 und des Anstiegs der Strompreise im Zusammenhang mit der Erhöhung der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (sogenannte EEG-Umlage), ebenfalls zum 1. Januar 2013, sowie mit Beginn der stufenweisen Einführung eines einheitlichen Mindestlohnes im Friseurhandwerk seit dem 1. November 2013 kam es zu Preiserhöhungen. Auch die Änderung der Steuerberatergebührenverordnung im Dezember 2012, die Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes im August 2013 sowie das neue Gerichts- und Notarkostengesetz, das ebenfalls im August 2013 in Kraft getreten ist, wirkten sich auf die Gesamtentwicklung der Verbraucherpreise in Berlin und Brandenburg aus.

Im Einzelnen verlief die Preisentwicklung der monatlich zu beobachtenden Waren und Dienstleistungen sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg heterogen. Besonders ausschlaggebend für die Gesamtentwicklung waren Teuerungen in dem bereits genannten Bereich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie in den Bereichen alkoholische Getränke und Tabakwaren, Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, Bildungswesen, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie andere Waren und Dienstleistungen. Aber auch Preisrückgänge, wie in der bereits erwähnten Gesundheitspflege und – wie schon seit Jahren zu beobachten – in der Nachrichtenübermittlung, trugen zur Gesamtentwicklung bei (Tabelle 2).

Verbraucherpreise für Energie

Energie spielte im Jahr 2013 für die Berliner und Brandenburger Verbraucherinnen und Verbraucher nach wie vor eine

wichtige Rolle, auch wenn seit Anfang der 1990er Jahre tendenziell ein leichter Rückgang beim Primärenergieverbrauch zu beobachten ist. Trotz des Ausbaus der erneuerbaren Energien hat Rohöl, gefolgt von Kohle und Gas, weiterhin den weitaus größten Anteil am Primärenergieverbrauch, sodass sich der Rückgang der Rohölpreise am Weltmarkt auch auf den Berliner und Brandenburger Verbraucherpreisindex auswirkte.

Im Vergleich zum Jahr 2012 ließ im Jahr 2013 der Druck bei Energiepreisen deutlich nach, sodass die Verbraucherpreise für Energie insgesamt in Berlin mit +2,2% und mit +1,1% im Land Brandenburg 2013 wesentlich moderater gestiegen sind als in den Vorjahren. 2012 lag die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate für Energie in Brandenburg bei +5,6% und 2011 bei +9,8%. In Berlin wurde für 2012 im Schnitt eine jährliche Veränderung von +6,7% und für 2011 von +11,9% ermittelt.

Der Bereich Energie umfasst im Verbraucherpreisindex sowohl die Preisentwicklung für Haushaltsenergie – also für Strom, Gas, Heizöl, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme – als auch

2 | Verbraucherpreisindex für Berlin und Brandenburg 2013 nach Abteilungen

Abteilungen	Wägungsanteil	Berlin		Brandenburg	
		Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Index	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
		%	2010 = 100	%	2010 = 100
Gesamt.....	1 000	106,9	2,2	105,2	1,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke.....	102,71	111,5	4,2	110,4	3,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren.....	37,59	106,9	2,5	107,2	2,4
Bekleidung und Schuhe.....	44,93	102,2	0,6	103,4	0,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe.....	317,29	110,4	3,2	105,9	1,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung.....	49,78	103,2	1,0	103,7	1,5
Gesundheitspflege.....	44,44	100,6	-2,5	98,3	-3,8
Verkehr.....	134,73	107,8	0,5	107,0	-0,3
Nachrichtenübermittlung.....	30,10	93,4	-1,5	93,4	-1,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	114,92	103,3	2,7	102,9	2,1
Bildungswesen.....	8,80	94,1	4,8	107,8	4,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen.....	44,67	105,1	2,3	106,8	2,1
Andere Waren und Dienstleistungen.....	70,04	106,4	2,0	104,3	2,3

3 | Entwicklung der Verbraucherpreise für Energie in Berlin und Brandenburg 2012 und 2013 (2010 = 100)

Energie	Wägungsanteil %	Berlin		Brandenburg	
		2012	2013	2012	2013
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Insgesamt.....	106,56	6,7	2,2	5,6	1,1
Haushaltsenergie.....	68,19	7,9	5,2	5,8	3,7
Strom.....	26,21	7,1	16,8	2,1	10,6
Gas.....	14,46	7,8	-2,7	5,7	1,6
feste Brennstoffe.....	1,05	1,4	2,9	-3,6	3,5
Heizöl.....	11,11	9,8	-6,5	10,8	-5,6
Zentralheizung und Fernwärme....	15,36	8,5	2,6	8,6	2,7
Kraftstoffe.....	38,37	4,6	-3,6	5,3	-3,3

für Kraftstoffe. Insbesondere die anfangs bereits erwähnte rückläufige Preisentwicklung für Heizöl und Kraftstoffe (Mineralölprodukte) beeinflusste im gesamten Jahr die Verbraucherpreisentwicklung (Tabelle 3).

Die Preise für Haushaltsenergie stiegen 2013 sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg im gesamten Jahresverlauf an, wobei sich der Preisauftrieb gegenüber 2012 abschwächte. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte ging das Niveau der jährlichen Veränderung deutlich zurück. Großen Einfluss auf das Preisniveau der Haushaltsenergie hatten in beiden Ländern die Strom- und Heizölpreise. Während Heizöl im Jahresdurchschnitt in Berlin um 6,5% und in Brandenburg um 5,6% günstiger war als im Vorjahr, wurde vor allem Strom mit +16,8% in Berlin und +10,6% in Brandenburg wesentlich teurer. Die Kraftstoffpreise waren im Jahresdurchschnitt 2013 in Berlin (-3,6%) und auch im Land Brandenburg (-3,3%) deutlich günstiger als im Vorjahr. Dabei waren bis auf die ersten beiden Monate des Jahres in beiden Ländern fast jeden Monat kräftige Preisreduzierungen zu beobachten. Lediglich zur Mitte des

Jahres schwächte sich der Preisrückgang ab und führte im Land Brandenburg sogar zu einem kurzzeitigen leichten Preisanstieg. In Berlin fielen im Durchschnitt des Jahres 2013 gegenüber 2012 die Preise für Autogas am stärksten (-5,4%), gefolgt vom Preisrückgang für Dieselmotorkraftstoffe (-4,0%) und Superbenzin (-3,4%). Im Land Brandenburg gingen die Preise für Dieselmotorkraftstoffe am kräftigsten zurück (-4,0%), wohingegen sowohl Autogas als auch Superbenzin um jeweils 3,2% günstiger wurden (Tabelle 4).

Verbraucherpreisentwicklung bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken

Die Entwicklung der Nahrungsmittel fließt mit knapp 10% in die Gesamtentwicklung der Verbraucherpreise ein. Obwohl die Nahrungsmittel damit nicht den größten Ausgabenposten für die Verbraucher darstellen, ist doch gerade deren Preisentwicklung von ganz besonderem Interesse und steht daher ständig im Fokus der Öffentlichkeit.

Die Preise für Nahrungsmittel stiegen 2013 gegenüber 2012 im Schnitt sowohl in Berlin mit +4,5% als auch im Land Brandenburg mit +4,3% überdurchschnittlich an und wiesen damit in beiden Ländern die höchste durchschnittliche jährliche Teuerung seit 2008 auf. Damals hatten sich die Nahrungsmittelpreise gegenüber dem Jahr 2007 im Jahresdurchschnitt in Berlin um 6,5% und in Brandenburg um 6,9% erhöht. Wesentlich teurer als 2012 waren 2013 insbesondere Molkereiprodukte und Eier, Speisefette und -öle, Obst und Gemüse sowie Fleisch und Fleischwaren (Tabelle 5).

Weniger stark stiegen vor allem im Land Brandenburg (+0,1%) die Preise für alkoholfreie Getränke. In Berlin erhöhten sie sich um durchschnittlich 2,2%. Während die Preise für Kaffee, Tee und Kakao vor allem durch gesunkene Weltmarktpreise für Kaffee in beiden Ländern sogar unter dem Vorjahresniveau blieben (Berlin: -3,4%; Brandenburg: -3,3%), wurden dagegen Mineralwasser, Säfte und Limonaden insbesondere in Berlin merklich teurer (Berlin: +5,0%; Brandenburg: +1,8%).

Preisentwicklung in anderen Gütergruppen

Neben Nahrungsmitteln wurden 2013 in Berlin und Brandenburg auch überdurchschnittliche Preiserhöhungen für alkoholische Getränke und Tabakwaren ermittelt. Tabakwaren kosteten 2013 sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg 2,9% mehr als im Vorjahr. Hier machte sich – wie eingangs schon genannt – vor allem die Tabaksteuererhöhung zum 1. Januar 2013 preissteigernd bemerkbar. Die Preise für alkoholische Getränke stiegen im Schnitt in Berlin um 2,0% und in Brandenburg um 1,7%.

Der Unterhalt einer Wohnung, also die Zahlungen für Miete, Haushaltsenergie, Instandhaltung, Wasserversorgung und sonstige wohnungsbezogene Dienstleistungen, verteuerte sich 2013 besonders in Berlin überdurchschnittlich. Anzumerken ist, dass diese Preisentwicklung mit rund 32% in die Gesamtentwicklung der Verbraucherpreise eingeht und damit den größten Ausgabenposten im Gesamtbudget der Verbraucherinnen und Verbraucher bildet. Während die Preise rund ums Wohnen im Land

4 | Entwicklung der Verbraucherpreise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe in Berlin und Brandenburg 2013

Monat	Berlin				Brandenburg			
	Haushaltsenergie	darunter		Kraftstoffe	Haushaltsenergie	darunter		Kraftstoffe
		Strom	Heizöl			Strom	Heizöl	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
2010 = 100								
Januar.....	8,9	16,8	0,2	1,6	5,2	9,9	-1,3	0,7
Februar.....	5,8	16,8	-5,6	1,8	5,2	10,9	-0,8	0,6
März.....	5,6	16,8	-6,1	-6,6	4,5	11,5	-4,9	-5,9
April.....	4,9	16,8	-9,3	-5,1	4,2	11,7	-6,1	-5,3
Mai.....	5,5	16,8	-5,3	-4,3	4,2	11,7	-5,8	-4,1
Juni.....	6,0	16,8	-2,2	-2,4	4,1	10,4	-3,1	-0,8
Juli.....	5,3	16,8	-5,7	-0,4	3,8	10,4	-4,7	0,3
August.....	4,2	16,8	-10,4	-3,6	3,0	10,4	-8,0	-3,3
September....	4,7	16,8	-6,3	-6,3	3,2	10,3	-5,7	-6,4
Oktober.....	3,9	16,8	-10,3	-7,4	2,4	10,3	-9,5	-6,7
November.....	4,1	16,8	-9,1	-5,1	1,8	10,3	-11,4	-5,4
Dezember.....	4,3	16,8	-7,4	-4,5	2,6	9,4	-6,1	-3,4
Durchschnitt	5,2	16,8	-6,5	-3,6	3,7	10,6	-5,6	-3,3

5 | Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel in Berlin und Brandenburg 2013

Nahrungsmittel	Wägungsanteil %	Berlin	Brandenburg
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
2010 = 100			
Nahrungsmittel.....	90,52	4,5	4,3
Brot und Getreideerzeugnisse	17,35	2,3	1,4
Fleisch und Fleischwaren.....	20,76	4,8	4,7
Fische und Fischwaren.....	3,65	1,9	1,6
Molkereiprodukte und Eier.....	14,33	6,5	6,2
Speisefette und -öle.....	2,59	6,4	8,2
Obst.....	8,76	6,4	7,1
Gemüse.....	11,26	6,2	6,0
Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren	7,54	2,2	1,8
Nahrungsmittel, a. n. g.	4,28	1,7	1,5

Brandenburg 2013 gegenüber 2012 in Durchschnitt um 1,5% stiegen, war die durchschnittliche Teuerung hierfür in Berlin mit +3,2% mehr als doppelt so hoch. Hauptaugenmerk liegt hierbei auf den Nettokaltmieten, die etwa ein Fünftel der Gesamtausgaben der privaten Haushalte ausmachen und somit maßgeblichen Einfluss auf deren Gesamtausgaben für die Lebenshaltung haben. Im Land Brandenburg sind die Nettokaltmieten 2013 im Schnitt nur um 0,7% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In Berlin haben sie sich dagegen mit +2,6% deutlich stärker erhöht. Neben den Nettokaltmieten und der bereits betrachteten Teuerung für Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe) waren in Berlin und Brandenburg auch Preiserhöhungen für Wohnungsnebenkosten sowie für die Instandhaltung und Reparatur der Wohnung festzustellen. Auch hierbei zogen die Preise in Berlin stärker an als im Land Brandenburg (Tabelle 6).

Überdurchschnittlich teurer wurden 2013 in Berlin (+2,7%) und Brandenburg (+2,1%) auch die Freizeitgestaltung sowie die Nutzung von Unterhaltungs- und Kulturangeboten, wobei gegenläufige Preisentwicklungen festzustellen waren. So gingen die Preise für Geräte der Unterhaltungselektronik im Schnitt in Berlin um 5,4% und in Brandenburg sogar um 10,9% zurück und Foto- und Filmausrüstungen wurden in Berlin um 0,8% und in Brandenburg um 2,5% preiswerter angeboten. Bei Informationsverarbeitungsgeräten wie Computer, Drucker u.Ä. betrug der Preisvorteil im Jahresvergleich in Berlin 8,1% und in Brandenburg 7,8%. Dagegen waren in beiden Ländern Freizeit- und Kulturdienstleistungen (Berlin: +6,2%; Brandenburg: +5,0%), Zeitungen und Zeitschriften (Berlin: +4,9%; Brandenburg: +3,8%) sowie Güter für Sport, Camping und Erholung (Berlin: +5,6%; Brandenburg: +2,0%) deutlich teurer als 2012. Auch das Verreisen schlug 2013 mit höheren Preisen als im Vorjahr zu Buche. Für Pauschalreisen mussten sowohl die Berliner als auch die Brandenburger Verbraucherinnen und Verbraucher 2,5% mehr aufwenden als im Vorjahr.

Hinzu kamen in beiden Ländern höhere Preise für Verpflegungs- und Beherbergungsdienstleistungen.

Im Land Brandenburg kostete 2013 sowohl der Gaststätten- und Kantinenbesuch (+2,2%) als auch die Übernachtung und die Nutzung von Ferienwohnungen und -häusern sowie Campingplätzen (+1,9%) mehr als 2012. In Berlin konnten sich die Verbraucher wenigstens über etwas günstigere Beherbergungsdienstleistungen freuen (-0,6%), wohingegen sich Verpflegungsdienstleistungen ebenfalls verteuerten (+3,3%).

Auffällig war sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg 2013 die Preisentwicklung im Bildungswesen. Mit durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von +4,8% in Berlin und +4,0% in Brandenburg kam hierin hauptsächlich die Erhöhung der Kindergartenbeiträge gegenüber dem Vorjahr zum Ausdruck. Diese stiegen in Berlin um 8,4% und in Brandenburg um 10,5%. Darüber hinaus musste im Jahr 2013 in beiden Ländern u. a. für den Besuch eines Lehrgangs an einer Volkshochschule (Berlin: +7,3%; Brandenburg: +2,7%) und die Inanspruchnahme von Nachhilfeunterricht (Berlin: +2,8%; Brandenburg: +3,2%) mehr bezahlt werden als 2012.

Überdurchschnittliche Preisanstiege waren im Jahr 2013 gegenüber 2012 in Berlin und Brandenburg auch für den Bereich Andere Waren und Dienstleistungen zu verzeichnen. Neben den eingangs bereits erwähnten Preiserhöhungen in Folge von Änderungen der Tarife für Friseurleistungen (Berlin: +3,9%; Brandenburg: +6,3%), der Steuerberatungsgebühren (Berlin und Brandenburg: +6,2%) sowie der Rechtsanwalts- und Notargebühren (Berlin und Brandenburg: +8,0%) traf dies auch zu für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen wie Kinderkrippenbesuch, ambulante und stationäre Pflege, Altenwohnheime, betreutes Wohnen, Essen auf Rädern u.Ä. (Berlin: +5,3%; Brandenburg: +6,2%) und Versicherungsdienstleistungen (Berlin: +2,3%; Brandenburg: +1,5%). Finanzdienstleistungen waren hingegen, wie ebenfalls eingangs schon erwähnt, hauptsächlich aufgrund des voranschreitenden Wegfalls der Bearbeitungsgebühren bei den Banken sowohl in Berlin als auch in Brandenburg im Durchschnitt um 9,7% preiswerter als 2012.

Neben den Preistreibern gab es in Berlin und Brandenburg 2013 auch Bereiche mit moderater Preisentwicklung, wobei innerhalb der Bereiche oft entgegengesetzte Entwicklungen festzustellen waren. So schlug sich die Entwicklung der Energiepreise u. a. auch auf die Preisentwicklung im Verkehr nieder und führte in Berlin gegenüber dem Vorjahr für den Verkehr insgesamt nur zu einem geringen Preisanstieg (+0,5%) bzw. im Land Brandenburg sogar zu einem leichten Preisrückgang (-0,3%). Einerseits sanken 2013 gegenüber 2012 im Schnitt die Preise für Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge (Berlin: -3,5%; Brandenburg: -3,3%), andererseits verteuerte sich die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen vor allem in Berlin (+9,2%; Brandenburg: +2,4%). Auch die Preise für Verkehrsdienstleistungen zogen im Jahresvergleich in Berlin um 2,4% und in Brandenburg um 2,5% an. Beeinflusst wurde dies maßgeblich von Preiserhöhungen für kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen in

6 | Entwicklung der Verbraucherpreise für das Wohnen in Berlin und Brandenburg 2013

Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Wägungsanteil ‰	Berlin	Brandenburg
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
2010 = 100			
Insgesamt.....	317,29	3,2	1,5
Wohnungsmieten.....	241,00	2,5	0,8
Nettokaltmieten.....	209,93	2,6	0,7
Wohnungsnebenkosten.....	31,07	2,5	1,0
Wasserversorgung.....	7,92	0,0	0,6
Abwasserentsorgung.....	9,79	0,0	0,9
Müllabfuhr.....	6,87	4,6	2,1
Andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit einer Wohnung.....	6,49	7,0	0,4
Instandhaltung und Reparatur der Wohnung.....	8,10	2,1	1,6
Strom, Gas und andere Brennstoffe	68,19	5,2	3,7

Verkehrsverbänden (Berlin: +3,1%; Brandenburg: +3,4%) und für die Personenbeförderung im Schienenverkehr (Berlin und Brandenburg: +3,0%).

Moderate Preisentwicklungen gab es 2013 in Berlin und Brandenburg auch für Bekleidung und Schuhe. Während sich im Land Brandenburg im Vergleich zum Vorjahr sowohl die Preise für Bekleidungsartikel mit +0,4% als auch für Schuhe und Schuhzubehör mit +0,8% unterdurchschnittlich erhöhten, traf dies in Berlin lediglich für die Bekleidung zu (+0,1%). Schuhe waren in Berlin dagegen im Durchschnitt um 2,7% teurer als ein Jahr zuvor. Bei Bekleidung und Schuhen haben Saisonwechsel verbunden mit Sonderverkäufen großen Einfluss auf die Preisentwicklung innerhalb eines Jahres. In Folge von Sonderverkäufen im Verlauf und vor allem zum Ende einer Saison gehen die Preise deutlich zurück, um danach mit Einführung der Waren für die neue Saison wieder anzusteigen. Im Gegensatz zu den früheren klassischen 14-tägigen Winter- und Sommerchlussverkäufen Ende Januar/Anfang Februar bzw. Ende Juli/Anfang August gestalten sich heute die Übergänge auf eine neue Saison fließender, setzen früher ein und können sich über mehrere Monate erstrecken (Tabelle 7).

Auch für Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen war 2013 in Berlin und Brandenburg ein schwächerer Preisanstieg zu beobachten als bei anderen Gütergruppen. Hier stiegen die Preise 2013 gegenüber 2012 in Berlin um durchschnittlich 1,0% und im Land Brandenburg um 1,5%. Vordergründig war dies auf den Preisrückgang für Haushaltsgeräte zurückzuführen (Berlin: -1,5%; Brandenburg: -1,1%), wohingegen Möbel, Leuchten und Bodenbeläge (Berlin: +1,6%; Brandenburg: +2,2%) sowie Glaswaren, Geschirr u.a. (Berlin und Brandenburg: jeweils +1,9%) teurer wurden.

In einigen Bereichen gab es 2013 in Berlin und Brandenburg durchaus auch verbraucherfreundliche Preisentwicklungen, d. h. Preisrückgänge. Vor allem für die Nachrichtenübermittlung lagen die Preise sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg um 1,5% unter dem Vorjahresniveau. Der unverändert

starke Wettbewerb bei den Angeboten für einen DSL-Anschluss sowie die Telefon- und Internet-Flatrate führte in beiden Ländern bei Telekommunikationsdienstleistungen weiterhin zu rückläufigen Preisen von jeweils -1,6%. Telefone wurden in Berlin um 6,2% (Mobiltelefon: -6,0%; Festnetztelefon: -7,7%) und in Brandenburg um 6,1% (Mobiltelefon: -6,0%; Festnetztelefon: -6,9%) günstiger. Abgeschwächt wurde diese Entwicklung lediglich durch einen Anstieg der Preise für Post- und Kurierdienstleistungen um jeweils 1,8% in beiden Ländern.

Im Durchschnitt niedrigere Preise gab es 2013 in Berlin (-2,5%) und Brandenburg (-3,8%) auch für die Gesundheitspflege. Dies war in erster Linie auf den Rückgang der Preise für ambulante Gesundheitsdienstleistungen (ärztliche und zahnärztliche Dienstleistungen, Dienstleistungen nichtärztlicher Gesundheitsdienstberufe) zurückzuführen (Berlin: -10,5%; Brandenburg: -12,5%). Ursächlich hierfür ist die bundesweite Abschaffung der Praxisgebühr. Demgegenüber stiegen in beiden Ländern 2013 gegenüber 2012 die Preise für pharmazeutische und andere medizinische Erzeugnisse sowie therapeutische Geräte und Ausrüstungen (Berlin: +3,3%; Brandenburg: +2,1%). Auch stationäre Gesundheitsdienstleistungen verteuerten sich im Durchschnitt in Berlin um +1,5% und in Brandenburg um +2,7%.

Fazit

Die Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erhöhten sich im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt in Berlin um 2,2% und im Land Brandenburg um 1,3%. Damit stiegen die Verbraucherpreise im Land Brandenburg wesentlich moderater als in den Vorjahren und die Teuerungsrate lag in jedem einzelnen Monat unterhalb der für die Geldpolitik so wichtigen 2%-Marke. In Berlin verharrte die jährliche Veränderung dagegen auf dem Niveau des Vorjahres und erreichte bzw. übertraf bis auf die Monate März (+1,9%), Oktober (+1,6%) und November (+1,9%) in den übrigen Monaten die 2%.

Wesentlich geprägt wurde die Verbraucherpreisentwicklung im Jahr 2013 sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg durch zwei gegenläufige Effekte: Während sich der Preisauftrieb bei den Nahrungsmitteln im Vergleich zum Vorjahr verstärkte, wirkte insbesondere die Preisentwicklung für Mineralölprodukte preisdämpfend. Darüber hinaus waren im Jahresvergleich neben einer Reihe überdurchschnittlicher Preiserhöhungen auch spürbar rückläufige Preisentwicklungen zu beobachten, wobei ein Teil dieser Entwicklungen auf gesetzliche Änderungen von Tarifen, Steuern und Gebühren zurückzuführen war.

Elke Zimmer ist Leiterin des Referats *Preise, Verdienste, Arbeitskosten* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

7 | Entwicklung der Verbraucherpreise für Bekleidung und Schuhe in Berlin und Brandenburg 2013

Monat	Berlin		Brandenburg	
	Bekleidung	Schuhe	Bekleidung	Schuhe
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2010 = 100				
Januar.....	0,8	4,6	0,5	-0,5
Februar.....	-1,3	0,0	-0,6	-3,7
März.....	0,9	2,7	2,0	-0,7
April.....	0,8	2,5	0,3	1,8
Mai.....	-0,3	2,2	1,1	1,9
Juni.....	-0,1	3,5	0,7	3,0
Juli.....	1,7	3,2	-0,2	1,8
August.....	-0,1	4,7	1,7	4,4
September.....	0,3	2,3	0,6	1,2
Oktober.....	-0,4	2,0	0,3	0,8
November.....	-1,1	3,3	-0,5	0,6
Dezember.....	0,2	2,1	-0,9	-0,6
Durchschnitt	0,1	2,7	0,4	0,8

Verkehr

Verkehrsunfallgeschehen 2013 in Berlin und im Land Brandenburg

von Marion Kresse, Jürgen Keiser

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über das Unfallgeschehen im Straßenverkehr Berlins und des Landes Brandenburg im Jahr 2013 und weist auf Tendenzen bei Schwerpunkten der Unfallstatistik im Vergleich der letzten zehn Jahre und zum Vorjahr hin. Dabei wird vorrangig auf Unfälle mit Personenschaden eingegangen. Es wird u. a. aufgezeigt, dass auf den Straßen immer noch oft zu schnell gefahren wird. Neben den Unfallursachen werden Verunglückte, Verursacher von Unfällen, Unfälle nach der Ortslage, die regionale Unfallentwicklung sowie Baum- und Alkoholunfälle näher beleuchtet. Zu beachten ist dabei, dass Berlin als Großstadt gegenüber dem (Flächen-)Land Brandenburg einige Besonderheiten aufweist. In Berlin ist zum Beispiel eine Aussage zu Unfällen nach Ortslage nicht sinnvoll, da es keine echten „außerorts Unfälle“ gibt. Auch Baumunfälle haben in Berlin nicht den Stellenwert, den sie im Land Brandenburg mit seinen Alleen einnehmen.

Vorbemerkung

Über Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschaden verursacht werden, wird eine Bundesstatistik auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle (Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz – StVUnfStatG) vom 15. Juni 1990 (BGBl. I S. 1078), zuletzt geändert durch Artikel 298 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407), geführt. Auskunftspflichtig sind die den Unfall aufnehmenden Beamtinnen und Beamten der Polizeidienststellen der Länder. Daraus folgt, dass die amtliche Statistik nur solche Unfälle erfasst, zu denen die Polizei herangezogen wurde und somit die weit höhere Dunkelziffer vor allem bei der Anzahl der sonstigen Unfälle mit nur Sachschaden (sogenannte Bagatellunfälle) hier nicht benannt werden kann.

Unfälle werden unterschieden nach der Schwere der Unfallfolgen in Unfälle mit Personenschaden und Unfälle mit nur Sachschaden:

Unfälle mit Personenschaden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen getötet oder verletzt wurden.

Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) sind solche, bei denen von der Polizei eine Ordnungswidrigkeit oder eine Straftat im Straßenverkehr festgestellt wurde und bei denen gleichzeitig mindestens ein Kraftfahrzeug (Kfz) von der Unfallstelle abgeschleppt werden musste. Unter sonstigem Sachschadensunfall unter Alkoholeinwirkung sind die Unfälle zu verstehen, bei denen ein Unfallbeteiligter unter Alkoholeinfluss stand, aber alle Kraftfahrzeuge noch fahrbereit waren.¹ Bei allen sonstigen Sachschadensunfällen erfolgt der Nachweis nur zahlenmäßig nach der Ortslage.

Als Beteiligte an einem Straßenverkehrsunfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die

selbst oder deren Fahrzeug Schaden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen nicht zu den Unfallbeteiligten.

Der Hauptverursacher ist der Beteiligte, der nach erster Einschätzung der Polizei die Hauptschuld am Unfall trug.

Als Verunglückte zählen Personen (auch Mitfahrer), die beim Unfall verletzt oder getötet wurden.

Berlin

Unfallentwicklung im Jahr 2013

Auf Berlins Straßen wurden 2013 insgesamt 130 930 Straßenverkehrsunfälle von der Polizei aufgenommen. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine geringfügige Zunahme um 0,1 %.

Von den registrierten Unfällen wurden 117 157 Unfälle mit nur Sachschaden polizeilich erfasst (+0,6 %). Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Kategorien von Sachschadensunfällen zeigt sich folgendes Bild: 98,5 % aller Sachschadensunfälle, d. h. 115 385 (+0,6 %), zählten zu den übrigen Sachschadensunfällen. 948 (0,8 %) aller Unfälle waren schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) und 824 (0,7 %) aller Unfälle gehörten zur Kategorie sonstiger Sachschadensunfall unter Alkoholeinwirkung und dem Einfluss berauschender Mittel. Bei den schwerwiegenden Unfällen mit Sachschaden (im engeren Sinne) war ein Rückgang der Unfallzahlen gegenüber dem Jahr 1996 um 70,2 % und gegenüber dem Jahr 2004 um 21,9 % zu verzeichnen. Bei den sonstigen Unfällen unter Alkoholeinwirkung

¹ Seit dem 1. Januar 2008: Unfälle mit sonstigem Sachschaden unter der Einwirkung von Alkohol oder anderen

berauschenden Mitteln und, falls Kfz beteiligt waren, diese alle noch fahrbereit waren.

und dem Einfluss berauschender Mittel ist der Rückgang um 67,4% gegenüber 1996 und 23,6% gegenüber 2004 ebenfalls bemerkenswert.

Es entstand 2013 bei 13 773 Unfällen (10,5% aller Unfälle) Personenschaden. Im Vergleich zum Jahr 2012 sank die Zahl um 3,5% (Tabelle 1).

Im Jahr 2013 starben auf Berlins Straßen 37 Personen. Das waren fünf Personen weniger als im Vorjahr und damit erstmals so wenig Verkehrstote wie noch nie in einem Jahr seit der Wiedervereinigung. Gegenüber dem Jahr 2004 (70 Verkehrstote) ist die Zahl um fast die Hälfte gesunken (Abbildung a).

Je 1 Million Einwohner starben bei Verkehrsunfällen 2013 elf Personen, deutschlandweit waren es 41. Damit lag das Land Berlin (wie alle Stadtstaaten) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Bei Unfällen mit Personenschaden wurden 1 905 Personen so schwer verletzt, dass sie stationär in Krankenhäusern aufgenommen werden mussten (Schwerverletzte). Außerdem erlitten 14 413 Menschen Verletzungen, die ambulant behandelt werden konnten (Leichtverletzte).

Gegenüber 2012 wurden 7% weniger Personen schwer verletzt, die Anzahl der Leichtverletzten sank um 2,6%. Die Zahl der verunglückten Personen je Unfall mit Personenschaden war in den letzten Jahren nur leicht rückläufig. 2004 verunglückten 121 Personen je 100 Unfälle mit Personenschaden, 2013 waren es 119 Personen. Aus der Unfallbilanz des Jahres 2013 lässt sich ermitteln, dass im Durchschnitt des Jahres auf Berlins Straßen jeden 10. Tag ein Mensch getötet und täglich 45 Personen verletzt wurden (Abbildung b).

Das Unfallgeschehen 2013 stellt sich wie folgt dar, im Jahresdurchschnitt ereignete sich:

- alle vier Minuten ein Straßenverkehrsunfall,
- alle sechs Stunden ein durch einen 18- bis unter 25-Jährigen verursachter Unfall mit Personenschaden,
- alle sechs Stunden ein Unfall mit der Ursache Alkohol,
- alle 76 Stunden ein Baumunfall mit Personenschaden.

Bei den Unfällen mit Personenschaden wurde alle 32 Minuten eine Person getötet oder verletzt, alle

vier Stunden verunglückte ein Fußgänger, alle acht Stunden ein Kind und alle zwei Stunden ein Radfahrer.

Verunglückte nach dem Alter

Jugendliche sind im Straßenverkehr seit Jahren eine besonders gefährdete Risikogruppe. Bezogen auf die Einwohnerzahl dieser Altersgruppe verunglückten 2013 die 18- bis unter 25-Jährigen am häufigsten (748 Verunglückte je 100 000 Einwohner). Obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 7,9% betrug, entfielen 12,3% der Unfallopfer auf diese Altersgruppe. Von den 2005 verunglückten jungen Männern und Frauen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren wurden zwei getötet, 202 schwer und weitere 1 801 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Verletzten um 9,7% und die der Getöteten um zwei Personen.

Das zweitgrößte Risiko im Straßenverkehr zu verunglücken, trugen die 25- bis unter 35-Jährigen. Auch sie waren mit 655 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe überdurchschnittlich oft an Unfällen mit Personenschaden beteiligt.

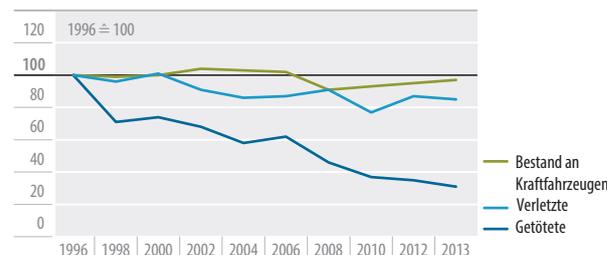
Die Senioren (Menschen der Altersgruppe ab 65 Jahre) trugen mit 238 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe das geringste Unfallrisiko. In den letzten 10 Jahren haben die Mobilität und damit die Aktivität dieser Generation zugenommen, das spiegelt sich auch an der Unfallbeteiligung wider. Verunglückte im Jahr 2004 alle sieben Stunden ein Senior, wurde 2013 schon alle sechs Stunden ein älterer Mensch im Alter von 65 oder mehr Jahren als verunglückt erfasst.

1 | Straßenverkehrsunfälle in Berlin 2013 nach Kategorien

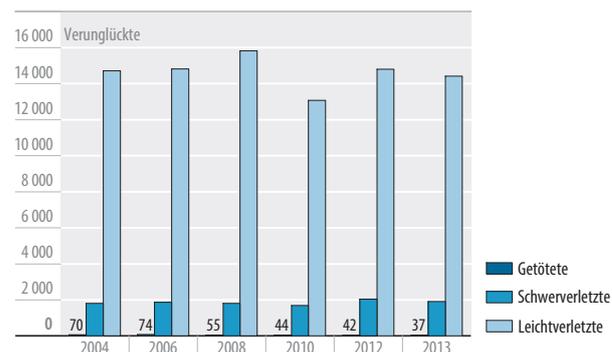
Kategorie	2013	Veränderung 2013 gegenüber				
		2012	2010	2008	2006	2004
%						
Unfälle mit Personenschaden.....	13 773	-3,5	9,6	-7,5	-1,5	0,3
Unfälle mit nur Sachschaden.....	117 157	0,6	-0,3	7,8	11,0	5,8
davon						
schwerwiegende						
Sachschadensunfälle.....	948	-8,5	-9,1	-21,3	-21,3	-21,9
sonstige Sachschadensunfälle						
unter Alkoholeinwirkung ¹	824	1,1	-0,7	-15,7	-19,8	-23,6
übrige Sachschadensunfälle.....	115 385	0,6	-0,2	8,3	11,7	6,4

¹ ab 2008: unter der Einwirkung von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln

a | Entwicklung der Verletzten, Getöteten und des Kraftfahrzeugbestandes in Berlin 1996 bis 2013



b | Entwicklung der Verletzungsschwere bei Unfällen mit Personenschaden in Berlin 2004 bis 2013



Verunglückte Kinder

Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Verletzten um 4,4% auf 1 151 Kinder, wie im Jahr 2012 starb ein Kind bei Straßenverkehrsunfällen.

Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre verunglückten im Straßenverkehr jährlich 1 205 Kinder in Berlin (Tabelle 2).

Trotz der immer noch viel zu hohen Zahlen ist das Unfallrisiko in den letzten 10 Jahren deutlich gesunken: Verunglückten 2004 noch 1 354 Kinder, reduzierte sich diese Zahl im Jahr 2013 auf 1 152 (-14,9%). Nach Art der Verkehrsbeteiligung zeigt sich, dass die Gefährdung der Kinder, als Fußgänger zu verunglücken, mit 38,4% am größten ist. Die zweite Gruppe bilden die verunglückten Kinder als Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern mit 28,2%, gefolgt von den Mitfahrern in Pkw mit 26,5% (Abbildung c).

Verunglückte nach dem Unfallzeitpunkt

Mit einem Anteil von je 16,5% ereigneten sich im Jahr 2013 dienstags bis donnerstags die meisten Unfälle mit Personenschaden. An Sonntagen dagegen wurden die wenigsten Unfälle der Woche (7,5%) registriert.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch bei der Entwicklung der Zahl der Verunglückten mit ca. 2 660 jeweils an den Tagen Dienstag, Mittwoch und Donnerstag. Bei der Zahl der Getöteten ist festzustellen, dass an Donnerstagen mit elf Getöteten die meisten Menschen ums Leben kamen. Von Freitag bis Sonntag wurden 2013 insgesamt 16 Personen bei Verkehrsunfällen getötet, das sind 11,1% weniger als im Vorjahr. 2012 lag der Anteil der an Wochenenden Getöteten bei 42,9%, 2013 war dieser Anteil an den Getöteten insgesamt mit 43,2% annähernd identisch.

Dem wechselhaften Verkehrsaufkommen entsprechend ist das Unfallrisiko im Tages- und Nachtverlauf unterschiedlich hoch. So verunglückten 2013 zwischen 2 und 5 Uhr die wenigsten Personen (294 bzw. 1,8%). Mit zunehmendem Berufs- und Schülerverkehr zwischen 7 und 10 Uhr stieg die Zahl der Verunglückten dann sprunghaft auf 2 543 (15,5%). Danach ist ein allmählicher Anstieg zu verzeichnen bis auf den Höchstwert von 7 500 verunglückten Personen (45,9%) zwischen 13 und 19 Uhr. Speziell in der Zeit zwischen 16 bis 18 Uhr waren es mit

2 738 Personen 16,7% aller Verunglückten. Nach 19 Uhr begann die Zahl der Verunglückten wieder allmählich abzusinken.

Bei der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen wurden im Durchschnitt aller Wochentage ebenfalls Höchstwerte bei der Zahl der Verunglückten am späten Nachmittag (zwischen 15 und 19 Uhr) und einem sprunghaften Anstieg am Mittag zwischen 11 und 14 Uhr ermittelt. 17,6% dieser Altersgruppe verunglückten in den Nachtstunden zwischen 20 und 24 Uhr. Alle Altersgruppen betrachtet, verunglückten in diesem Zeitraum 9,7%.

Unfallursachen und Verursacher

Die 2013 registrierten 13 773 Unfälle mit Personenschaden wurden hauptsächlich durch das Fehlverhalten der beteiligten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer verursacht. Insgesamt wurde dabei 12 349-mal ein Fehlverhalten von Kraftfahrzeugführerinnen und -führern registriert.

Häufigste Unfallursachen durch die Fahrzeugführer waren:

- 3 706-mal (30,0%) Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren,
- 2 504-mal (20,3%) ungenügender Abstand,
- 1 755-mal (14,2%) Vorfahrt, Vorrang,
- 1 277-mal (10,3%) falsches Verhalten gegenüber Fußgängern und
- 752-mal (6,1%) nicht angepasste Geschwindigkeit.

„Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren“ war im Jahr 2013 die häufigste Unfallursache. Hierbei verunglückten 4 964 Personen (30,4% aller Verunglückten), 12 Personen wurden getötet (32,4%). Bei Unfällen mit der Ursache „ungenügender Abstand“ verunglückten 3 442 Personen. Getötet wurden bei dieser Unfallursache drei Personen.

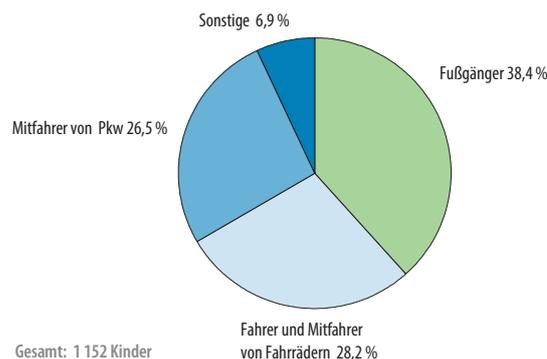
Fußgänger waren 2013 durch ihr Fehlverhalten 1 330-mal Verursacher von Unfällen mit Personenschaden, hauptsächlich durch falsches Überschreiten der Fahrbahn (1 210-mal), hier insbesondere durch die Missachtung des Fahrzeugverkehrs (717-mal) und durch das plötzliche Hervortreten hinter Sicht Hindernissen (224-mal).

Allgemeine Unfallursachen, wie beeinträchtigende Straßenverhältnisse, Witterungsverhältnisse oder Hindernisse (z.B. Wild auf der Fahrbahn), spielten 494-mal eine Rolle bei Unfällen mit Personenschaden.

2 | Verunglückte Kinder in Berlin 1996 bis 2013

Jahr	Ins-gesamt	Getötete	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte
1996 ...	2 257	6	366	1 885
1998 ...	1 981	6	304	1 671
2000 ...	1 759	-	298	1 461
2002 ...	1 521	3	211	1 307
2004 ...	1 354	1	178	1 175
2006 ...	1 180	1	178	1 001
2008 ...	1 205	1	153	1 051
2010 ...	1 051	3	154	894
2012 ...	1 205	1	178	1 026
2013 ...	1 152	1	134	1 017

c | Verunglückte Kinder in Berlin 2013 nach Art der Verkehrsbeteiligung



Technische und wartungsbedingte Mängel an den Fahrzeugen, hauptsächlich Mängel an den Bremsen, waren 75-mal Ursache für Personenschadensunfälle.

Hauptverursacher von Personenschadensunfällen

Mehr als ein Fünftel der Kraftfahrzeugführer, die Unfälle mit Personenschaden verursachten, war zwischen 40 bis unter 50 Jahre alt, gefolgt von den 25- bis unter 35-Jährigen mit 19,9% und den 50- bis unter 60-Jährigen mit 16,4%.

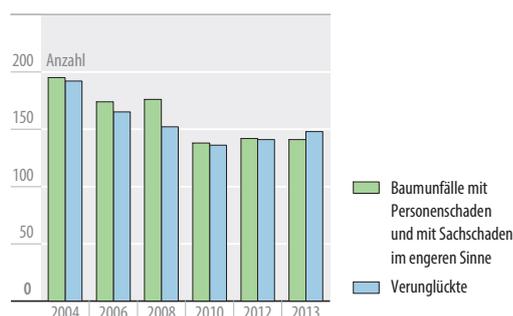
63,5% bzw. 8 746 Führer von Personenkraftwagen waren Hauptverursacher von Personenschadensunfällen. 7,2% bzw. 985 Führer von Güterkraftfahrzeugen und 5,7% bzw. 787 Motorzweiradfahrer waren als Hauptverursacher an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. Der Anteil der einen Unfall verursachenden Fahrradfahrer betrug 14,4% und der der Fußgänger 7,1%.

Den größten Anteil der Hauptverursacher als Führer von Personenkraftwagen bildeten 2013 mit 10,8% die Altersgruppen der 45- bis unter 50-Jährigen und der 25- bis unter 30-Jährigen mit 10,3%.

Baumunfälle

2013 ereigneten sich 141 Baumunfälle mit Personenschaden und mit Sachschaden im engeren Sinne, davon endeten 81,6% mit Personenschaden. Seit 2004 sank die Zahl der Unfälle um 27,7%. Bei Baumunfällen mit Personenschaden wurden zwei Personen getötet und weitere 46 schwer sowie 100 leicht verletzt (Abbildung d). Im Vergleich zum gesamten Unfallgeschehen bedeutet dies, dass 2013 nur 0,8% aller Unfälle mit Personenschaden Baumunfälle waren, aber 5,4% aller Getöteten hierbei ums Leben kamen. Der Anteil der Schwerverletzten lag bei 2,4%. Die Hauptursache von schweren Baumunfällen war überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit, 70,9% der Unfälle waren auf zu schnelles Fahren zurückzuführen. Die zweithäufigste Unfallursache war das Fahren unter Alkoholeinfluss. Zu 22% wurde bei den Unfallbeteiligten Alkoholeinwirkung festgestellt. Als weitere Unfallursache kristallisierte sich das Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren und der ungenügende Sicherheitsabstand (zusammen 15,6%) heraus.

d | Baumunfälle mit Personenschaden und mit Sachschaden im engeren Sinne sowie dabei Verunglückte in Berlin 2004 bis 2013



2013 geschahen die meisten Baumunfälle an Wochenenden. An Samstagen und Sonntagen ereigneten sich über ein Drittel aller Unfälle. Häufig waren die Unfallfolgen schwerwiegender als an den anderen Wochentagen, denn 34,2% der bei Baumunfällen Verletzten wurden in diesen zwei Tagen verletzt. Auch die zwei bei Baumunfällen Getöteten kamen an einem Wochenende ums Leben.

Von der Polizei wurden 25 Baumunfälle mit Personenschaden aufgenommen, bei denen der Hauptverursacher des Unfalls zwischen 18 bis unter 25 Jahre alt war. Bei diesen Unfällen wurden elf Personen schwer und 17 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der von 18- bis unter 25-Jährigen verursachten Baumunfälle mit Personenschaden um 25% gestiegen, es verunglückten aber drei Personen weniger als 2012.

Alkoholunfälle

Alkoholunfälle mit Personenschaden sind Unfälle, bei denen mindestens ein Beteiligter unter Alkoholeinfluss stand und mindestens eine Person verletzt oder getötet wurde.

Von den registrierten insgesamt 13 773 Unfällen mit Personenschaden im Jahr 2013 waren 457 Unfälle, bei denen mindestens ein Beteiligter alkoholisiert war. Die Zahl der Personenschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung mit einem Anteil von 3,3% an den Unfällen mit Personenschaden insgesamt verringerte sich um 14,7% gegenüber dem Vorjahr (Tabelle 3). Bei Alkoholunfällen wurden 459 Verkehrsteilnehmer leicht und 104 schwer verletzt sowie fünf getötet. Im Vergleich zum Vorjahr verunglückten 14,8% weniger Personen, wobei die Zahl der Getöteten der des Vorjahres entspricht.

Aus den Betrachtungen der Alkoholunfälle 2013 in den einzelnen Bezirken ergeben sich einige Unterschiede: Die niedrigsten Anteile an sonstigen Unfällen unter dem Einfluss berauschender Mittel an den Unfällen mit Personenschaden insgesamt wurden in den Bezirken Pankow (4,0%) und Charlottenburg-Wilmersdorf (5,1%) ermittelt. Weitere Bezirke unter dem Landesdurchschnitt (6,0%) waren Friedrichshain-Kreuzberg, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick und Reinickendorf. Die übrigen fünf Bezirke lagen über dem Durchschnitt, wobei Marzahn-Hellersdorf den höchsten Wert mit 8,9% verzeichnet, gefolgt von Spandau (7,5%).

3 | Anteil der Alkoholunfälle am Gesamtunfallgeschehen in Berlin 2004 bis 2013

Jahr	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte	Davon	
			Getötete	Verletzte
%				
2004 ...	4,7	5,0	12,9	5,0
2006 ...	4,7	4,8	16,2	4,7
2008 ...	4,8	5,0	9,1	5,0
2010 ...	4,0	4,1	9,1	4,1
2012 ...	3,8	3,9	11,9	3,9
2013 ...	3,3	3,5	13,5	3,5

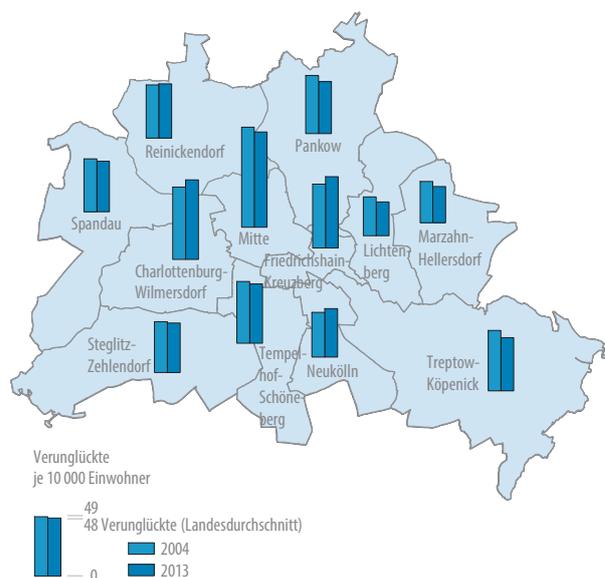
Unfallentwicklung in den Bezirken

In den Berliner Bezirken verlief die Unfallentwicklung mit Personenschaden 2013 wie in den Vorjahren sehr differenziert, wobei als Trend eingeschätzt werden kann, dass es in den Außenbezirken weniger Verunglückte gab. Demzufolge verzeichnet der Bezirk Mitte seit Jahren den traurigen Spitzenwert, gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf.

Auch bei der Anzahl der Getöteten war eine instabile Entwicklung festzustellen. So gab es in den letzten Jahren keinen einheitlichen Trend wie beispielsweise bei den Verunglückten, wobei die Gesamtentwicklung erfreulicherweise einen Rückgang zeigt.

Gemessen an der Einwohnerzahl lag der Durchschnitt in Berlin 2013 bei 48 Verunglückten je 10000 Einwohner. Unter diesem Durchschnitt lagen insgesamt acht Bezirke, wobei Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf die besten Werte verzeichneten. Weiter lagen Steglitz-Zehlendorf, Neukölln, Spandau, Pankow, Treptow-Köpenick sowie Reinickendorf unter dem Durchschnitt. Die mit Abstand höchsten Werte wurden in Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf mit 79 bzw. 66 Verunglückten je 10000 Einwohner errechnet (Abbildung e).

e | Verunglückte je 10 000 Einwohner in Berlin 2004 und 2013



Brandenburg

Unfallentwicklung im Jahr 2013

Auf Brandenburgs Straßen wurden 2013 insgesamt 81 165 Straßenverkehrsunfälle von der Polizei aufgenommen, das war eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 0,4%.

Von den registrierten Unfällen wurden 72 940 Unfälle mit nur Sachschaden polizeilich erfasst. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Zunahme um 0,5%. Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Kategorien von Sachschadensunfällen zeigt sich folgendes Bild: 94,7% aller Unfälle (69 106) zählten zu den übrigen Sachschadensunfällen, eine Steigerung gegenüber 2012 um 0,3%. 3 374 (4,6% aller Unfälle) waren schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) und 460 (0,6% aller Unfälle) gehörten zur Kategorie sonstiger Sachschadensunfall unter Alkoholeinwirkung und dem Einfluss berauschender Mittel. Das bedeutet bei dieser Unfallkategorie gegenüber dem Jahr 2004 einen Rückgang der Unfallzahlen um mehr als ein Drittel.

Im Jahr 2013 entstand bei 8225 Unfällen (10,1% aller Unfälle) Personenschaden. Im Vergleich zum Jahr 2012 sank die Zahl um 0,7%, gegenüber 2004 sogar um ein Fünftel (Tabelle 4).

Im Jahr 2013 starben auf Brandenburgs Straßen 170 Personen. Das waren vier Personen bzw. 2,4% mehr als im Vorjahr. Gegenüber dem Jahr 2004 (280 Verkehrstote) ist die Zahl um 39,3% zurückgegangen (Abbildungen f+g).

Deutschlandweit starben je 1 Million Einwohner bei Verkehrsunfällen im Jahr 2013 41 Personen, im Land Brandenburg waren es 69. Damit lag das Land Brandenburg in negativer Hinsicht deutlich über dem Bundesdurchschnitt; im Vergleich aller Bundesländer war das die schlechteste Bilanz.

Bei Unfällen mit Personenschaden wurden 2 487 Personen so schwer verletzt, dass sie stationär in Krankenhäusern aufgenommen werden mussten (Schwerverletzte). Außerdem erlitten 7 802 Menschen Verletzungen, die ambulant behandelt werden konnten (Leichtverletzte).

Gegenüber 2012 wurden 0,6% mehr Personen schwer, dagegen 0,7% weniger Personen leicht verletzt. Im Zehnjahreszeitraum seit 2004 konnte bei den Verunglückten je Unfall mit Personenschaden

4 | Straßenverkehrsunfälle im Land Brandenburg 2013 nach Kategorien

Kategorie	2013	Veränderung 2013 gegenüber				
		2012	2010	2008	2006	2004
%						
Unfälle mit Personenschaden.....	8 225	-0,7	0,6	-5,4	-16,5	-20,6
Unfälle mit nur Sachschaden.....	72 940	0,5	-10,4	0,5	-2,5	-4,5
davon						
schwerwiegende						
Sachschadensunfälle.....	3 374	3,4	-18,5	29,4	30,6	12,1
sonstige Sachschadensunfälle						
unter Alkoholeinwirkung ¹	460	4,1	-6,5	-14,7	-27,0	-34,1
übrige Sachschadensunfälle.....	69 106	0,3	-10,0	-0,4	-3,5	-5,0

¹ seit 2008: unter der Einwirkung von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln

keine positive Entwicklung verzeichnet werden. In beiden Jahren verunglückten 127 Personen je 100 Unfälle mit Personenschaden. Aus der Unfallbilanz des Jahres 2013 lässt sich ermitteln, dass im Durchschnitt des Jahres auf Brandenburgs Straßen alle 52 Stunden ein Mensch getötet und täglich 28 Personen schwer bzw. leicht verletzt wurden.

Das Unfallgeschehen 2013 stellte sich wie folgt dar, im Jahresdurchschnitt ereignete sich:

- alle sechs Minuten ein Straßenverkehrsunfall,
- jeweils alle sechs Stunden ein durch einen 25- bis unter 35-Jährigen und 50- bis unter 60-Jährigen verursachter Unfall mit Personenschaden,
- alle acht Stunden ein Unfall mit der Ursache Alkohol,
- alle elf Stunden ein Baumunfall mit Personenschaden.

Bei Unfällen wurde alle 50 Minuten eine Person getötet oder verletzt, alle zwölf Stunden verunglückte ein Fußgänger, alle neun Stunden ein Kind und alle vier Stunden ein Radfahrer.

Verunglückte nach dem Alter

Jugendliche sind im Straßenverkehr seit Jahren eine besonders gefährdete Risikogruppe. Bezogen auf die Einwohnerzahl dieser Altersgruppe verunglückten 2013 die 18- bis unter 25-Jährigen am häufigsten (1 088 Verunglückte je 100 000 Einwohner). Obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 4,7% betrug, entfielen immerhin 12,3% der Unfallopfer auf diese Altersgruppe.

Von den 1 285 verunglückten jungen Männern und Frauen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren wurden 11 getötet, 302 schwer und weitere 972 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Verletzten um 14,9% und die der Getöteten um fast zwei Drittel (-19 Personen).

Das zweitgrößte Risiko im Straßenverkehr zu verunglücken, trugen die 15- bis unter 18-Jährigen. Auch sie waren mit 736 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe überdurchschnittlich oft an Unfällen mit Personenschaden beteiligt.

Die Senioren (Menschen der Altersgruppe ab 65 Jahre) trugen mit 289 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe das geringste Unfallrisiko. In den letzten zehn Jahren haben die Mobilität und damit die Aktivität dieser Generation zugenommen, das spiegelt sich auch an der Unfallbeteiligung wider. Verunglückte im Jahr 2004 alle sieben Stunden ein Senior, wurde 2013 schon alle fünf Stunden ein älterer Mensch im Alter von 65 oder mehr Jahren als verunglückt erfasst.

Verunglückte Kinder

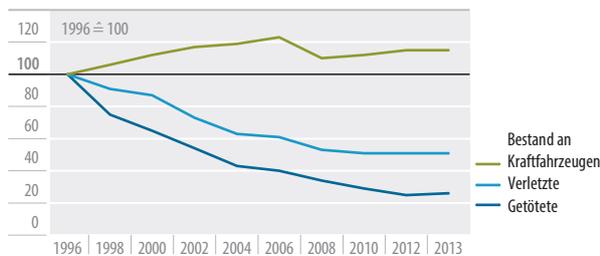
Kinder (Altersgruppe von 0 bis unter 15 Jahre) als die „schwächsten“ Verkehrsteilnehmer gehören vor allem durch ihr geringeres Reaktionsvermögen zu den besonderen Risikogruppen im Straßenverkehr. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Verletzten nur minimal um 1,0% auf 954 Kinder. Vier Kinder wurden 2013 im Straßenverkehr getötet, ein Kind mehr als im Jahr davor (Tabelle 5).

Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre verunglückten im Straßenverkehr jährlich 931 Kinder im Land Brandenburg, darunter vier tödlich.

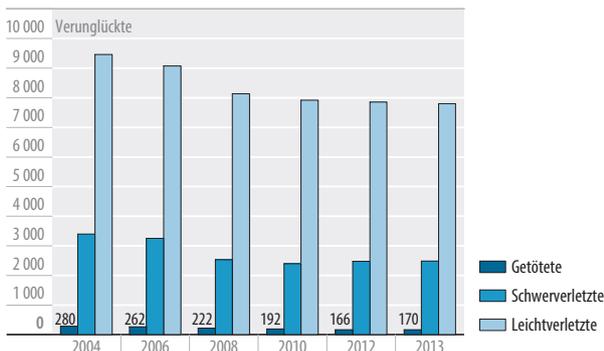
Trotz der immer noch hohen Zahlen ist das Unfallrisiko in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken: Verunglückten 2004 noch 1 071 Kinder, reduzierte sich diese Zahl im Jahr 2013 auf 958 (-10,6%).

Nach Art der Verkehrsbeteiligung zeigt sich, dass die Gefährdung der Kinder als Pkw-Insassen zu verunglücken mit 43,2% am größten ist. Die zweite Gruppe bilden die verunglückten Kinder als Fahrer und Mit-

f | Entwicklung der Verletzten, Getöteten und des Kraftfahrzeugbestandes im Land Brandenburg 1996 bis 2013



g | Entwicklung der Verletzungsschwere bei Unfällen mit Personenschaden im Land Brandenburg 2004 bis 2013



5 | Verunglückte Kinder im Land Brandenburg 1996 bis 2013

Jahr	Ins-gesamt	Getötete	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte
1996 ...	2 285	24	730	1 531
1998 ...	2 036	21	594	1 421
2000 ...	1 751	8	422	1 321
2002 ...	1 365	16	312	1 037
2004 ...	1 071	4	234	833
2006 ...	892	5	184	703
2008 ...	790	-	138	652
2010 ...	897	6	164	727
2012 ...	967	3	200	764
2013 ...	958	4	192	762

fahrer von Fahrrädern mit 34,9%, gefolgt von den Fußgängern mit 17,5% (Abbildung h).

Verunglückte nach dem Unfallzeitpunkt

Mit einem Anteil von 17,3% ereigneten sich im Jahr 2013 montags die meisten Unfälle mit Personenschaden. An Sonntagen dagegen wurden die wenigsten Unfälle der Woche (9,7%) registriert. Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch bei der Entwicklung der Zahl der Verunglückten, denn sowohl bei der Zahl der Personenschadensunfälle (1 422 Unfälle) als auch bei der Verunglücktenzahl (1 747 Personen) kristallisierte sich der Montag als der Unglückstag heraus. Bei der Zahl der Getöteten ist festzustellen, dass an Dienstagen (31 Getötete) die meisten Menschen ums Leben kamen, gefolgt von Montagen (27 Getötete). Von Freitag bis Sonntag wurden 2013 insgesamt 71 Personen bei Verkehrsunfällen getötet, das sind 7,8% weniger als im Vorjahr. 2012 lag der Anteil der an Wochenenden Getöteten bei 46,4%, 2013 ging dieser Anteil auf 41,8% zurück.

Dem wechselhaften Verkehrsaufkommen entsprechend ist das Unfallrisiko im Tages- und Nachtverlauf unterschiedlich hoch. So verunglückten 2013 zwischen 0 und 4 Uhr die wenigsten Personen (288 bzw. 2,8%). Mit zunehmenden Berufs- und Schülerverkehr zwischen 6 und 8 Uhr stieg die Zahl der Verunglückten dann sprunghaft auf 1 030 (9,8%). Danach ist zunächst ein leichter Rückgang zwischen 8 und 10 Uhr zu verzeichnen, um dann wieder allmählich bis auf den Höchstwert von 4 670 verunglückten Personen (44,7%) zwischen 11 und 17 Uhr anzusteigen. Speziell in der Zeit zwischen 15 und 18 Uhr waren es mit 2 561 Personen fast ein Viertel aller Verunglückten. Nach 20 Uhr begann die Zahl der Verunglückten wieder allmählich abzusinken.

Bei der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen wurden im Durchschnitt aller Wochentage ebenfalls Höchstwerte bei der Zahl der Verunglückten am späten Nachmittag (zwischen 15 und 19 Uhr) und am Morgen (zwischen 6 und 8 Uhr) ermittelt, 30,3% dieser Altersgruppe verunglückten zwischen 15 und 19 Uhr. Die Anzahl der Verunglückten der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen zwischen 20 und 24 Uhr (einschließlich der sogenannten „Disco-Unfälle“) betrug 13,6%, im Jahr 2012 waren es 11,9% und 2004 verunglückten 15,9% in diesem Zeitraum.

Unfallursachen und Verursacher

Die 2013 registrierten 8 225 Unfälle mit Personenschaden wurden hauptsächlich durch das Fehlverhalten der beteiligten Verkehrsteilnehmer verursacht. Insgesamt wurde dabei 9 948-mal ein Fehlverhalten von Fahrzeugführern registriert.

Häufigste Unfallursachen durch die Fahrzeugführer waren:

- 1 561-mal (15,7%) Nichtbeachten der Vorfahrt,
- 1 404-mal (14,1%) Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Ausfahren,
- 1 402-mal (14,1%) nicht angepasste Geschwindigkeit,
- 1 263-mal (12,7%) ungenügender Abstand und
- 424-mal (4,3%) Alkoholeinwirkung und der Einfluss anderer berauschender Mittel.

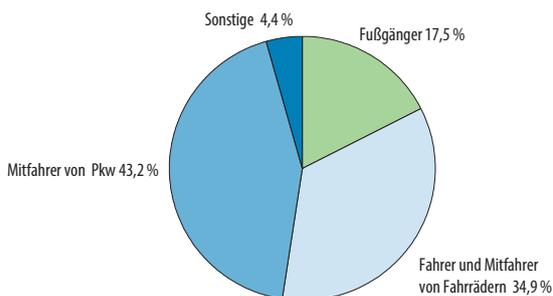
Unfälle mit der Ursache „Nicht angepasste Geschwindigkeit“, die allein oder in Verbindung mit anderen Unfallursachen auf zu schnelles Fahren eines oder mehrerer Beteiligter zurückzuführen sind, waren im Jahr 2013 überdurchschnittlich schwer: 1 973 Verunglückte (18,9% aller Verunglückten) und 60 Getötete (35,3% aller Unfalldoten) wurden bei diesen Personenschadensunfällen registriert.

Die Zahl der „Geschwindigkeitsunfälle“ stieg gegenüber dem Vorjahr um 6,2% und der dabei Verunglückten um 11,3%, die Zahl der Unfallopfer, die infolge zu schnellen Fahrens starben, stieg um 9,1% (fünf Personen).

Fußgänger waren 2013 durch ihr Fehlverhalten 265-mal an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. So verursachten sie Verkehrsunfälle hauptsächlich durch falsches Überschreiten der Fahrbahn (203-mal), hier insbesondere durch die Missachtung des Fahrzeugverkehrs (124-mal) und durch das plötzliche Hervortreten hinter Sichthindernissen (25-mal).

Allgemeine Unfallursachen wie beeinträchtigende Straßenverhältnisse, Witterungsverhältnisse oder Hindernisse (z.B. Wild auf der Fahrbahn), spielten 918-mal eine Rolle bei Unfällen mit Personenschaden. 447-mal waren widrige Straßenverhältnisse wie Eis und Schnee Ursache für Personenschadensunfälle.

h | Verunglückte Kinder im Land Brandenburg 2013 nach Art der Verkehrsbeteiligung



Gesamt: 958 Kinder

6 | Unfälle mit Personenschaden im Land Brandenburg 2013 nach der Ortslage

Ortslage	2013	Veränderung 2013 gegenüber	
		2012	2004
		%	
Innerhalb von Ortschaften.....	5 471	-0,8	-16,1
Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahn).....	2 080	-0,6	-31,1
Auf Autobahnen.....	674	0,0	-17,5

Hauptverursacher von Personenschadensunfällen

17,7% der Kraftfahrzeugführer, die einen Unfall mit Personenschaden verursachten, waren zwischen 45 bis unter 55 Jahre alt, gefolgt von den 25- bis unter 35-Jährigen mit 17,6% und den 18- bis unter 25-Jährigen mit 11,9%.

70,3% bzw. 5 779 Führer von Personenkraftwagen waren Hauptverursacher von Personenschadensunfällen. 8,9% bzw. 729 Führer von Güterkraftfahrzeugen und 6,3% bzw. 519 Motorzweiradfahrer waren als Hauptverursacher an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. Der Anteil der einen Unfall verursachenden Fahrradfahrer betrug 10,6% und der der Fußgänger 1,7%. Den größten Anteil der Hauptverursacher als Führer von Personenkraftwagen bildete 2013 mit 17,8% die Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen, 2012 betraf es noch die Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen mit 19,2%.

Unfälle nach der Ortslage

Im Jahr 2013 ereigneten sich 5 471 Unfälle mit Personenschaden auf Straßen innerhalb von Ortschaften. Das waren 0,8% weniger Unfälle als 2012. Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahn) sank die Zahl der Unfälle um 0,6% auf 2 080; auf den Autobahnen war die Unfallzahl so hoch wie im Jahr 2012 (Tabelle 6, Abbildung i).

Der Vergleich der Zahlen der Verkehrstoten nach Ortslage im Jahr 2013 gegenüber 2012 zeigt, dass die Anzahl der Getöteten innerhalb von Ortschaften um 11 auf 39 sank. Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahnen) stieg die Zahl der Verkehrstoten um 13 auf 102 und auf Autobahnen um 2 auf 29.

Wie in den Vorjahren ereigneten sich auch 2013 zwei Drittel der Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften, der Anteil der dabei Getöteten lag jedoch nur bei 22,9%. Auf den Außerortstraßen (ohne Autobahn) nahm die Polizei 25,3% der Personenschadensunfälle auf. Aufgrund überhöhter Fahrgeschwindigkeit und der hohen Anzahl an Alleen im Land Brandenburg verloren hier 60% der Unfallopfer ihr Leben. Auf den Autobahnen des Landes wurden 8,2% aller Unfälle mit Personenschaden und 17,1% der Getöteten registriert.

Baumunfälle

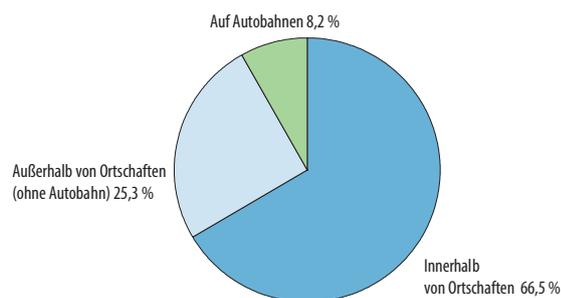
2013 ereigneten sich 1 129 Baumunfälle mit Personenschaden und mit Sachschaden im engeren Sinne, davon endeten 70,9% der Unfälle mit Personenschaden und 29,1% mit schwerwiegendem Sachschaden im engeren Sinne. Seit 2004 sank die Zahl der Unfälle um mehr als ein Viertel.

Bei Baumunfällen mit Personenschaden wurden 62 Personen getötet und weitere 440 schwer sowie 548 leicht verletzt. Im Vergleich zum gesamten Unfallgeschehen bedeutet dies, dass 9,7% aller Unfälle mit Personenschaden im Jahr 2013 Baumunfälle waren. Die Folgen von Baumunfällen sind häufig schwerer als bei anderen Unfällen. 36,5% aller Getöteten kamen bei Baumunfällen ums Leben. Der Anteil der Schwerverletzten lag bei 17,7% (Abbildung j).

Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahn) wurden 67,7% aller Baumunfälle registriert. Dabei kamen 80,6% aller bei Baumunfällen Getöteten ums Leben.

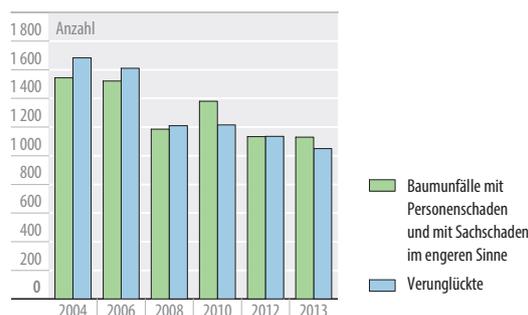
Der höchste Anteil der Baumunfälle mit Personenschaden von 46,0% wurde auf den Landstraßen gezählt, die über die Hälfte des überörtlichen Straßennetzes einnehmen. Obwohl das Kreisstraßennetz des Landes länger als das der Bundesstraßen ist, wurden auf den Kreisstraßen erheblich weniger schwere Baumunfälle gezählt (11,3%) als auf den Bundesstraßen (24,3%). Die Bundesautobahnen spielten mit einem Anteil von 1,5% aller Baumunfälle eine untergeordnete Rolle. Die Hauptursache von Baumunfällen mit Personenschaden war überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit. Mehr als die Hälfte dieser Unfälle war auf zu schnelles Fahren zurückzuführen, gefolgt vom falschen Benutzen der Fahrbahn bzw. dem Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot (13,5%). Als weitere Unfallursachen kristallisierten sich das Fahren unter Alkoholeinwirkung oder dem Einfluss berauschender Mittel (12,1%) sowie das falsche Überholen (4,5%) heraus. Die meisten Baumunfälle geschahen 2013 an Wochenenden. Von Freitag bis Sonntag ereigneten sich 44,3% aller Unfälle, wobei die Unfallfolgen häufig schwerwiegender waren als an den anderen Wochentagen. So lag der Anteil der an den Wochenenden durch einen Baumunfall Getöteten bei 50%.

i | Unfälle mit Personenschaden im Land Brandenburg 2013 nach Ortslage



Gesamt: 8 225 Unfälle mit Personenschaden

j | Baumunfälle mit Personenschaden und mit Sachschaden im engeren Sinne sowie dabei Verunglückte im Land Brandenburg 2004 bis 2013



In den Morgenstunden zwischen 6 und 9 Uhr (21,8%) sowie in den Mittags-/Nachmittagsstunden zwischen 11 und 16 Uhr (39,3%) war die Gefahr am größten, bei einem Unfall im Zusammenhang mit einem Aufprall an einen Baum zu verunglücken.

Im Jahr 2013 wurden 191 Baumunfälle mit Personenschaden von der Polizei aufgenommen, bei denen der Hauptverursacher des Unfalls zwischen 25 bis unter 35 Jahre alt war. Bei diesen Unfällen wurden 16 Personen getötet, 98 schwer und 125 leicht verletzt. Im Vorjahr waren die Hauptverursacher bei Baumunfällen mit Personenschaden noch die 18- bis unter 25-Jährigen.

Alkoholunfälle

Von den im Jahr 2013 registrierten 8 225 Unfällen mit Personenschaden gab es 419 Unfälle, bei denen mindestens ein Beteiligter alkoholisiert war. Die Zahl der Personenschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung mit einem Anteil von 5,1% an allen Unfällen mit Personenschaden sank gegenüber dem Vorjahr um 17,2% (Tabelle 7).

Im Jahr 2013 wurden bei Alkoholunfällen 171 Verkehrsteilnehmer schwer und 326 leicht verletzt sowie 14 getötet. Im Vergleich zum Jahr 2012 verunglückten 19,4% weniger Personen. Die Anzahl der bei Alkoholunfällen Getöteten stieg gegenüber dem Jahr 2012 um 16,7% bzw. 2 Personen an.

Aus den Betrachtungen der sonstigen Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel 2013 in den einzelnen Verwaltungsbezirken ergeben sich erhebliche Unterschiede.

Die niedrigsten Anteile an den Unfällen mit Personenschaden insgesamt wurden in den Landkreisen Prignitz (2,7%), Oberhavel (3,5%) und Barnim (4,3%) ermittelt. Dagegen wurden in den Landkrei-

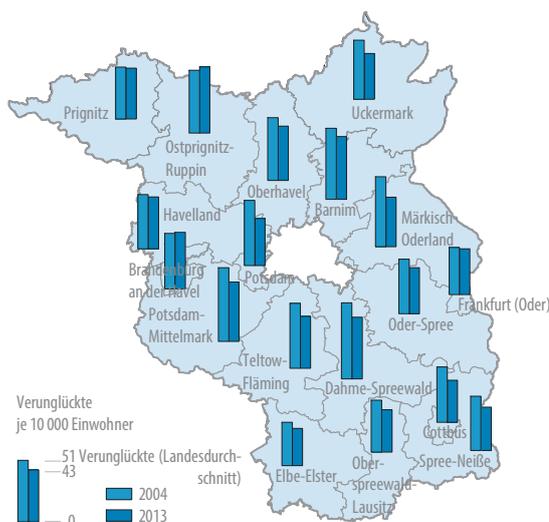
sen Oder-Spree (8,7%), Elbe-Elster (8,3%) und Oberspreewald-Lausitz (8,0%) teilweise deutlich über dem Landesdurchschnitt (5,6%) liegende Anteile registriert.

Regionale Unfallentwicklung

In den Kreisen des Landes Brandenburg verlief die Unfallentwicklung mit Personenschaden 2013 wie in den Vorjahren sehr differenziert. Einen besonders hohen Anstieg bei den Verunglücktenzahlen zum Vorjahr hatten die Stadt Cottbus (+9,8%) und die Landkreise Barnim (+8,9%) und Ostprignitz-Ruppin (+8,5%) zu verzeichnen. Erheblich weniger Verunglückte wurden in der Stadt Potsdam (-12,6%), in den Landkreisen Dahme-Spreewald (-11,1%) und Teltow-Fläming (-9,2%) ermittelt. Auch bei den Getötetenzahlen war eine sehr uneinheitliche Entwicklung festzustellen. Je vier Unfallopfer weniger waren in der Stadt Potsdam, den Landkreisen Havelland, Märkisch-Oderland und Prignitz zu verzeichnen. Eine teilweise starke Zunahme gegenüber 2012 wurde dagegen in den Landkreisen Dahme-Spreewald (+10 Getötete), Potsdam-Mittelmark (+8 Getötete) und Uckermark (+6 Getötete) registriert.

Gemessen an der Einwohnerzahl lag der Brandenburger Landesdurchschnitt im Jahr 2013 bei 43 Verunglückten je 10 000 Einwohner, 2004 waren es noch 51 Verunglückte (Abbildung k).

k | Verunglückte je 10 000 Einwohner im Land Brandenburg 2004 und 2013



7 | Anteil der Alkoholunfälle am Gesamtunfallgeschehen im Land Brandenburg 2004 bis 2013

Jahr	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte	davon	
			Getötete	Verletzte
%				
2004 ...	8,0	7,8	10,7	7,7
2006 ...	7,5	7,1	4,6	7,1
2008 ...	6,9	6,9	7,2	6,9
2010 ...	6,2	5,8	2,1	5,9
2012 ...	6,1	6,0	7,2	6,0
2013 ...	5,1	4,9	8,2	4,8

Marion Kresse ist Sachgebietsleiterin für den Bereich *Verkehr* im Referat *Dienstleistungen, Handwerk, Verkehr*. Sie ist für die Erhebung und Durchführung der Straßenverkehrsunfall-, Binnenschiffahrts-, und Personennahverkehrsstatistik sowie für die Auswertung der zentralen Luftverkehrsstatistik und der vom Kraftfahrtbundesamt bereitgestellten Daten zu Bestand und Neuzulassung von Kraftfahrzeugen verantwortlich.

Jürgen Keiser leitet das Referat *Dienstleistungen, Handwerk, Verkehr* am Standort Potsdam des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Neuerscheinung

Gender Datenreport Berlin 2013

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg legt die nunmehr fünfte Auflage des im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Berlin erstellten Gender Datenreports für Berlin vor. Anhand von Daten, die überwiegend die amtliche Statistik liefert, wird die Situation von Frauen und Männern in Berlin betrachtet – im zeitlichen Vergleich und im Vergleich der Geschlechter. In kurzen Analysen und Kommentaren haben Fachleute der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen die Kernaussagen herausgearbeitet und interpretiert.

In einer demokratischen Gesellschaft wie der unseren ist die Geschlechtergerechtigkeit eine Grundlage des Zusammenlebens. Geschlechtergerechtigkeit bezieht sich dabei auf viele Bereiche der Gesellschaft. Der Gender Datenreport behandelt die demografische Entwicklung, die Bildung und die Erwerbstätigkeit sowie die Unterschiede beim Einkommen und der politischen Teilhabe. Neben Daten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden die demografischen Kernbereiche Mortalität und Migration vorgestellt. Dazu werden u.a. die Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung und Daten zum Migrationshintergrund präsentiert, immer getrennt nach Frauen und Männern.

Hier ist festzustellen: Die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen ist fünf Jahre höher als die der Männer. Ein weiterer interessanter Punkt: Die Ehe als Lebensform für Familien mit Kindern scheint sich wieder als dominante Lebensform zu festigen. Bei der Betrachtung der Schul- und Berufsbildung zeigt sich, welches Geschlecht, je nach Schultyp, den Bildungsweg erfolgreicher gestaltet oder welchen Beruf Frauen und Männer bevorzugen. In der Veterinärmedizin beispielsweise liegt der Anteil männlicher Abschlüsse bei 21,6%, somit ist dieser Berufszweig noch stark von Frauen dominiert. Bei der differenzierten Betrachtung der Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht, Familienstand und Migrationshintergrund zeigt sich, dass bei 66% der Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren beide Partner erwerbstätig waren. Alleinerziehende waren ebenfalls zu etwa 66% erwerbstätig. Auch über die Gründe für eine Teilzeitbeschäftigung informiert der Gender Datenreport: 15% der Frauen gaben Aus- und Fortbildung, 23% keine Vollzeitstelle zu finden und 13% familiäre Verpflichtungen an. Von Männern in Teilzeit gaben hingegen als Grund nur 3% familiäre Verpflichtungen an. Die Lohnlücke (Gender Pay Gap) auf Stundenlohnbasis betrug zwischen Männern und Frauen 14,5%. Dabei gilt, in den oberen Leistungsgruppen mit höheren Einkommen sind die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern weitaus größer als in den unteren Leistungsgruppen mit geringeren Verdiensten. Ein weiteres Kapitel befasst sich mit dem Thema Gewalt gegen Frauen, dabei geht es in erster Linie um häusliche Gewalt, aber auch um die Nutzung von Frauenhäusern oder Jugend- und Kindernotdiensten. Den Daten zufolge ist jedes vierte Opfer häuslicher Gewalt ein Mann. Von den 10572 eingeleiteten Verfahren der Anwaltschaft wegen häuslicher Gewalt wurden ca. 93% der Verfahren eingestellt. Abschließend behandelt der Gender Datenreport die politische Partizipation in Berlin. So zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Stimmabgabe für eine Partei und dem Geschlecht. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind auch bei der Wahlbeteiligung erkennbar, sie ist bei Frauen höher.



Der Gender Datenreport steht im Internet unter www.statistik-berlin-brandenburg.de/gender zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Zensus

▣ Unausgewogene Verteilung der Geschlechter in Berlin und Brandenburg

Eine Analyse auf Grundlage der Ergebnisse des Zensus 2011

von Verena Kutzki

Erkenntnisse über die Bevölkerungsstruktur sowie zukünftige Bevölkerungsentwicklungen sind wichtige Planungsgrundlagen für Bund, Länder und Kommunen. Für künftige Infrastrukturplanungen beispielsweise werden u. a. demografische und wirtschaftliche Indikatoren herangezogen. Zu den demografischen Indikatoren gehört auch die Geschlechterproportion, das zahlenmäßige Verhältnis von Frauen zu Männern. Durch eine alters-, raum- und geschlechterspezifische Analyse können beispielsweise unterschiedliche Migrationsmuster für Deutschland wie die Wanderungsbewegungen von den neuen in die alten Länder oder von ländlichen in städtische Gebiete dargestellt werden. Im Folgenden werden anhand ausgewählter Altersgruppen und verschiedener regionaler Ebenen mehrere Einflussfaktoren, die auf die Verteilung der Geschlechter wirken, am Beispiel der Länder Berlin und Brandenburg erläutert.

„Ländliche Gebiete trocknen demografisch aus“ (Kröhnert et al., 2011, S. 18). Diese und ähnliche Aussagen fallen immer häufiger, wenn es um die Beurteilung der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland geht. Als Ursache wird in vielen Studien primär die Abwanderung junger Menschen, vor allem junger Frauen, genannt. Demzufolge findet auch die Familiengründung in anderen Gebieten statt. Im ländlichen Raum werden weniger Kinder geboren, die wiederum in Zukunft Kinder bekommen könnten. Dies zeigen verschiedene statistische Daten, denen beispielsweise demografische, haushaltsbezogene oder familienbezogene Merkmale zugrunde liegen. In diesem Beitrag soll das demografische Merkmal Geschlecht mit seinen beiden Ausprägungen männlich und weiblich im Mittelpunkt stehen. Bereits die simple Kombination des Merkmals mit dem Merkmal Alter lässt erste Prognosen zukünftiger Bevölkerungsentwicklungen zu.

Zu Ursachen, die nicht aus dem Datenmaterial der amtlichen Statistik ablesbar sind, gibt es mehrere Studien, bei denen Frauen zu ihren Motiven der Abwanderung befragt wurden. Zur Ergänzung dieses Beitrags werden am Ende einige Ergebnisse verschiedener Studien zusammengefasst.

Datenbasis

Als Datenbasis wird der durch den Zensus 2011 ermittelte neue Ausgangsbestand für die Bevölkerungsfortschreibung verwendet. Somit spiegeln die Ergebnisse die Geschlechterverteilung zum 9. Mai 2011 wider. In die Analyse gehen nur die Personen am Hauptwohnsitz ein. Nebenwohnsitze werden nicht berücksichtigt.

Die enthaltenen Untersuchungen werden nach Bund-, Länder- und Kommunalebene unterschieden. Des Weiteren basieren alle Analysen auf einer einheitlichen Altersklasseneinteilung. Das demografische Strukturelement der Altersgliederung wird dabei genutzt, um ablesen zu können, wie die Bevölkerungsbewegungen in der Vergangenheit den heutigen Altersaufbau beeinflussen. Ebenso können die derzeitigen Altersstrukturen künftige Entwicklungen der Bevölkerung aufzeigen.

Für den Geschlechtervergleich wird die Anzahl der Personen des einen Geschlechtes ins Verhältnis zur Anzahl der Personen des anderen Geschlechtes gesetzt. Es gibt dabei keine einheitliche Normierung, welches Geschlecht als Basis zu verwenden ist. In diesem Fall beziehen sich die Ergebnisse auf die Anzahl der Frauen je 100 Männer.

$$\text{Geschlechterproportion} = \frac{\text{Anzahl der Frauen}}{\text{Anzahl der Männer}} \cdot 100$$

Somit ergibt sich bei einer ausgeglichenen Geschlechterproportion ein Wert von 100. Bei Werten unter 100 liegt ein Männerüberschuss bzw. Frauendefizit, bei Werten über 100 ein Frauenüberschuss bzw. Männerdefizit vor. In Gemeinden mit einem Wert von 50 leben demzufolge doppelt so viele Männer wie Frauen. Das umgekehrte Verhältnis ist bei einem Wert von 200 erreicht. Ein Frauendefizit in einer bestimmten Region kann mehrere Ursachen haben: Beispielsweise verlassen mehr Frauen als Männer die betrachtete Region oder mehr Männer als Frauen kommen in die Region zurück.

Die Einflussfaktoren der Geschlechterproportion

Der Geschlechtervergleich nach bestimmten Altersklassen zeigt, dass sich im Laufe eines Lebenszyklus die Verteilung der Geschlechter verschiebt. Die Verläufe werden, je nach Altersgruppe, unterschiedlich stark von biologischen, ökonomischen, sozialen und privaten Faktoren beeinflusst. Unter Einbeziehung verschiedener regionaler Ebenen kann gezeigt werden, dass die Einflussfaktoren teilweise abweichende Verläufe entstehen lassen. In Abbildung a wird der Lebenszyklus exemplarisch für Deutschland, das Land Berlin und das Land Brandenburg dargestellt.

In den ersten Lebensjahren und ca. ab dem 65. Lebensjahr beeinflussen primär die biologischen Einflussfaktoren den Kurvenverlauf (Abbildung a – gelb eingefärbte Flächen). Sie zeigen in betrachteten räumlichen Ebenen kaum Unterschiede auf. Erklärungen hierfür sind der natürliche Jungenüberschuss bei der Geburt und der Frauenüberschuss in den höheren Altersgruppen aufgrund unterschiedlicher Sterbewahrscheinlichkeiten der Geschlechter. Die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges tragen in den höheren Altersgruppen zusätzlich zum hohen Frauenüberschuss bei, sodass sich an dieser Stelle ein historisches Ereignis anhand der Geschlechterproportionen nachweisen lässt.

Die mittleren Altersgruppen (Abbildung a – blau eingefärbte Fläche) werden stärker von individuellen Faktoren beeinflusst. Vor allem die Bereitschaft zur räumlichen Mobilität aufgrund von ökonomischen und sozialen Einflussfaktoren führt zu unterschiedlichem Wanderungsverhalten zwischen den Geschlechtern. Diese differenzierte Wanderungsbereitschaft von Frauen und Männern führt je nach Altersgruppe zu einer Ausbildungswanderung, einer Arbeitsplatzwanderung oder einer Familienwanderung. Wie in Abbildung a zu sehen, sind die Wandermotive je nach Land verschieden und erzeugen unterschiedliche Kurvenverläufe in der Grafik.

Geschlechterproportionen im Ländervergleich

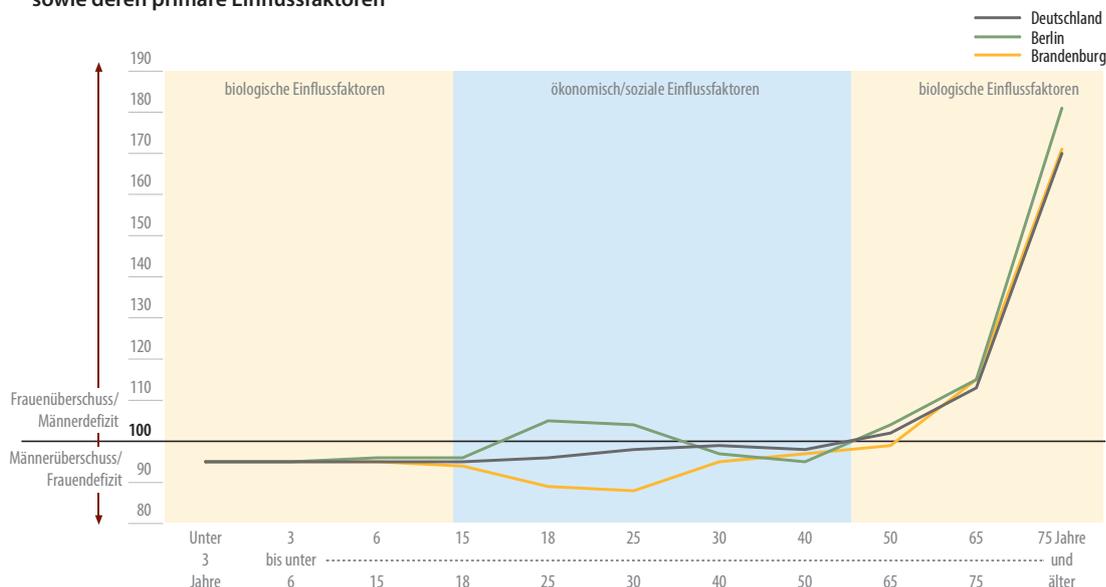
Die Verläufe der Geschlechterproportionen für die Länder Deutschlands sind in Abbildung b dargestellt. Auch bei einem Vergleich aller 16 Länder lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Verläufen erkennen.

In den Altersgruppen bis unter 18 Jahre liegt in allen Ländern größtenteils ein leichter Männerüberschuss vor. Untersuchungen ergaben, dass von Natur aus ein leichter Jungenüberschuss bei Neugeborenen existiert. Dieser Überschuss wird als sekundäres Geschlechterverhältnis bezeichnet und weist aus, dass auf 100 geborene Jungen rund 93 bis 95 Mädchen geboren werden (vgl. Kühntopf/Stedtfeld, 2012, S. 56). Werden die unter 18-Jährigen für Berlin und Brandenburg betrachtet, ergibt sich für beide Länder ein Wert von 95. Das entspricht dem biologischen Durchschnitt.

Da der Großteil der Personen bis unter 15 Jahre zu Hause wohnt und zur Schule geht, finden in dieser Altersgruppe keine deutlich sichtbaren Verlaufsänderungen statt. Die geringen Schwankungen der Kurve sind beispielsweise auf die Wanderungen ganzer Familien zurückzuführen. Junge Eltern (siehe Altersgruppe 30 bis unter 50 Jahre) etwa ziehen mit ihren Kindern ins Grüne. Trotzdem sind die Verläufe der Länder nahezu geradlinig. In der Altersgruppe der 15- bis unter 18-Jährigen sind dann die ersten leichten Unterschiede im Verlauf erkennbar. Hier steigt, durch die beginnende Bereitschaft zur Wanderung, der Einfluss der ökonomischen und sozialen Einflussfaktoren. Dieser Einfluss nimmt in den folgenden Altersklassen weiter zu.

Bei den mittleren Altersgruppen fallen die Unterschiede innerhalb eines Verlaufs deutlich unterschiedlicher aus. Gleichzeitig sind Gemeinsamkeiten bei einzelnen Ländergruppen erkennbar. Dabei können drei verschiedene Wanderungsverhalten aufgezeigt werden: die der Stadtstaaten (grün), die der alten (blau) und die der neuen Flächenländer

a | Geschlechterproportionen in Deutschland, Berlin und Brandenburg sowie deren primäre Einflussfaktoren



(orange). Hier ist die Ost-West-Wanderung deutlich zu erkennen. Die neuen Länder (Orangetöne) haben junge Frauen verloren. Dies ist in der Abbildung b am steigenden Männerüberschuss ablesbar. Der Überschuss entsteht, da absolut mehr Frauen die neuen Länder verlassen als Männer. Die alten Länder (blau), aber vor allem die Stadtstaaten Berlin und Hamburg (grün), gewinnen diese Frauen hinzu. Dies zeigen die steigenden grünen und blauen Kurven.

Neben der Ost-West-Wanderung ist zu erkennen, dass der Männerüberschuss in den neuen Ländern ab dem 30. Lebensjahr langsam zurückgeht. Erklärungen geben die unterschiedlichen Wanderungsmotive von Männern und Frauen, die in unterschiedlichen Lebensphasen stattfinden. Frauen wandern überwiegend ausbildungsbedingt, Männer überwiegend berufsbedingt (vgl. Leibert/Wiest, 2010, S. 1). In den Altersgruppen ab 30 Jahre sinkt der Männerüberschuss leicht, da dann, so Leibert und Wiest, gut ausgebildete Männer berufsbedingt wegziehen. Deutlich sichtbar ist diese Entwicklung in Berlin und Brandenburg (Abbildung a). In der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen weist Berlin einen geringen Frauenüberschuss von 106 auf, während Brandenburg mit einem Wert von 89 ein Frauendefizit hat. In der Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen hingegen zeigt sich ein Anstieg des Quotienten auf 94 im Land Brandenburg und eine Verringerung auf 99 in Berlin.

Wie schon bei den biologischen Einflussfaktoren der jüngeren Altersgruppen, weisen auch die Altersgruppen ab 65 Jahre einen ähnlichen Verlauf auf. Frauen leben statistisch gesehen länger als Männer (vgl. Statistisches Bundesamt, 2006, S. 11). Dies ist einer der Gründe für den Anstieg des Frauenanteils ab der Altersgruppe der 50- bis unter 65-Jährigen

(Abbildung b). In der Altersgruppe 75 Jahre und älter sind außerdem zusätzlich die Einflüsse des Zweiten Weltkrieges spürbar. Für Berlin und Brandenburg wurden für die Altersgruppe aller über 65-Jährigen die Quotienten 138 und 136, also ein deutlicher Frauenüberschuss, ermittelt. Wird nur die älteste Altersgruppe der über 75-Jährigen betrachtet, steigen die Quotienten nochmals deutlich an: auf 179 in Berlin und 170 im Land Brandenburg. Wanderungen treten in diesen Altersgruppen eher seltener auf.

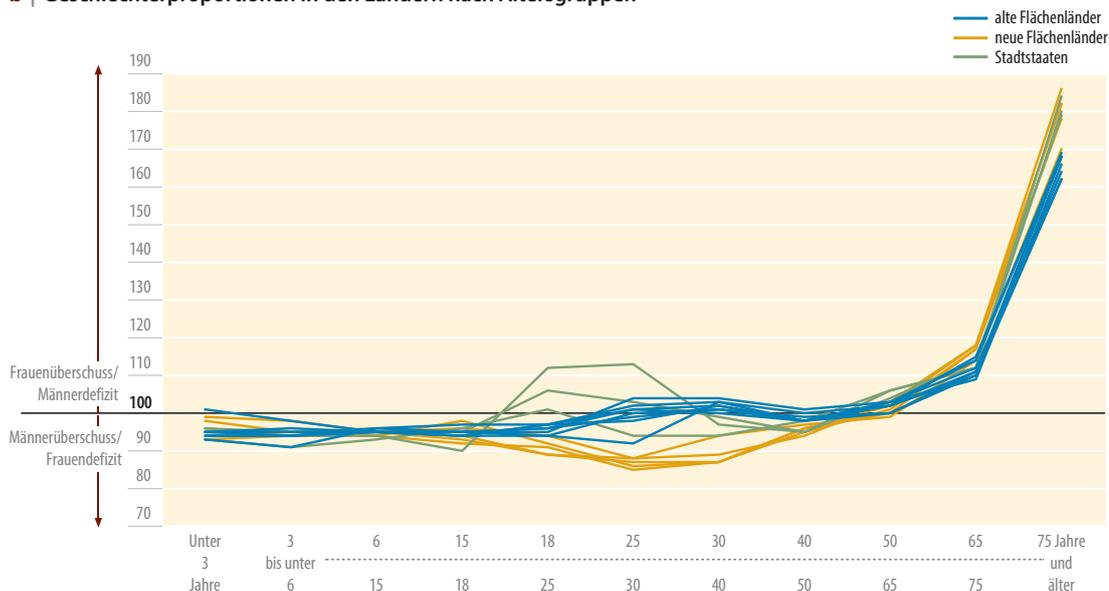
Geschlechterproportionen auf Ebene der Gemeinden und Bezirke

Bereits auf Landesebene sind die Auswirkungen der Einflussfaktoren erkennbar. Auch wenn die Wanderungsströme auf Landesebene gleichgerichtet sind, werden bei kleinräumiger Betrachtung Unterschiede in den Bezirken Berlins und den Gemeinden Brandenburgs sichtbar (Abbildung c).

Auch hier sind die biologischen, ökologischen und sozialen Einflussfaktoren erkennbar. In der jüngsten Altersgruppe dominiert in Brandenburg die blaue Farbe, also ein Männerüberschuss. In den größeren Städten Brandenburgs, wie Potsdam und Frankfurt (Oder), sowie in den meisten Bezirken Berlins gibt es Frauenüberschüsse. Bei den 30- bis unter 40-Jährigen fällt der leichte Frauenüberschuss im weiteren Metropolenraum auf. Ebenso fällt auf, dass höhere Männerdefizite eher in äußeren Gemeinden des weiteren Metropolenraums vorliegen. In Berlin zeigen sich Unterschiede innerhalb der Bezirke. Die älteste Altersgruppe zeigt in allen Bezirken und Gemeinden den deutlichen Frauenüberschuss der höheren Jahrgänge.

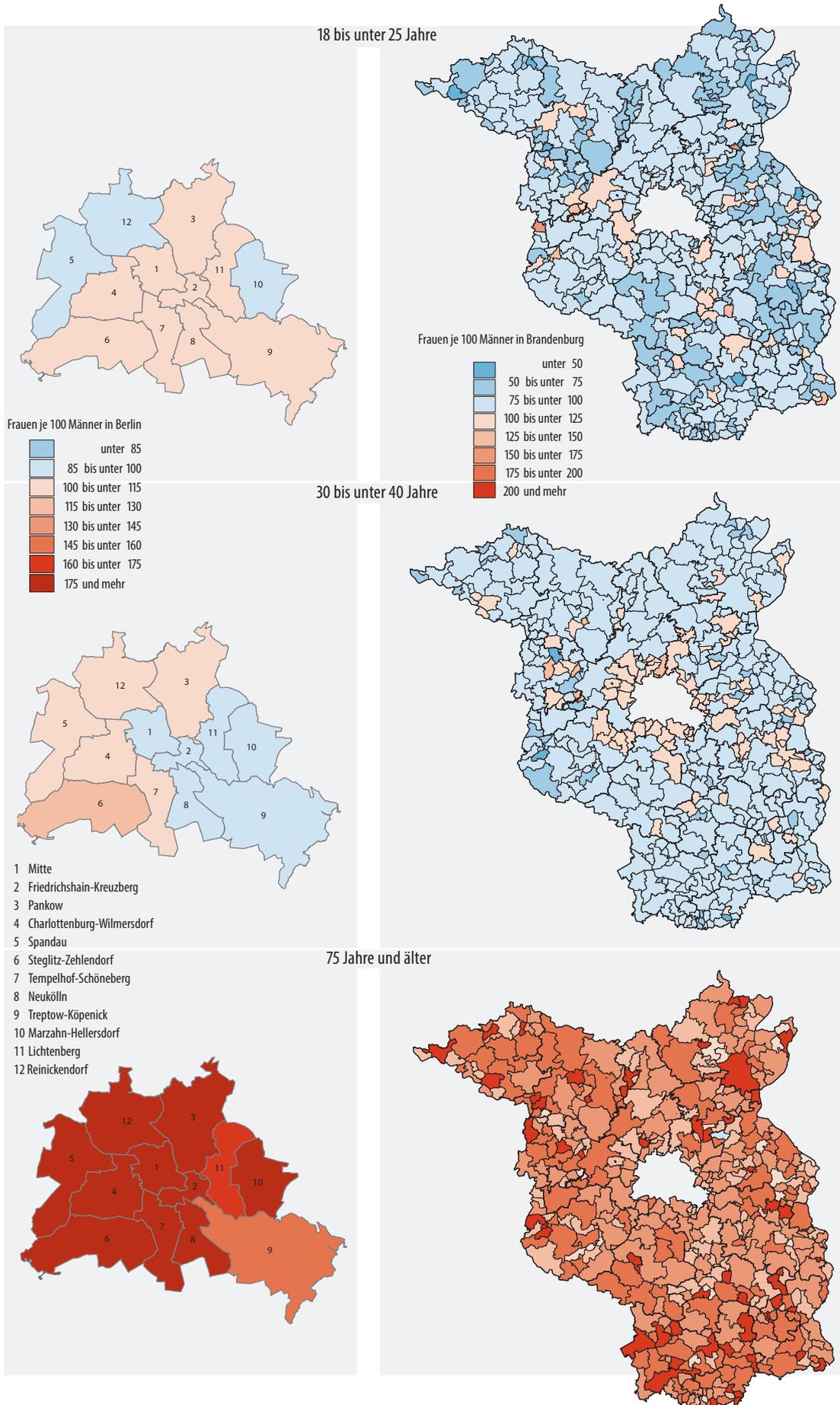
Für eine genauere Analyse werden im Folgenden die Gemeinden in Brandenburg in fünf unterschied-

b | Geschlechterproportionen in den Ländern nach Altersgruppen¹



¹ Bei der Darstellung der Ergebnisse wurde auf die endgültigen Ergebnisse des Zensus 2011 zurückgegriffen, da die nachjustierten Kohortenergebnisse für die Bevölkerungsfortschreibung im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg nicht für alle Länder vorlagen.

c | Geschlechterverhältnisse in Berliner Bezirken und Brandenburger Gemeinden nach ausgewählten Altersgruppen



liche Gemeindegrößenklassen (Abbildung d) eingeteilt. Die Einteilung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl am 9. Mai 2011.

Die Gemeinden bis 5 000 Einwohner verlieren ab der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen deutlich an Frauen. Die Werte liegen bei unter 80 Frauen auf 100 Männer. Gemeinden zwischen 5 000 und 20 000 Einwohnern verlieren dagegen weniger stark an Frauen: 5 000 bis unter 10 000 etwa 84; 10 000 bis unter 20 000 etwa 89. Anhand des Zugewinns an Frauen in den Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern lässt sich die Landflucht, die Wanderung junger Personen, aber vor allem junger Frauen in Ballungsgebiete, gut erkennen. In Brandenburg sind Städte mit Universitäten oder Fachhochschulen, Ballungszentren mit besseren Arbeitschancen sowie verkehrstechnisch gut angebundene Gemeinden durch einen Frauenüberschuss gekennzeichnet. So weisen z. B. Potsdam 114, Frankfurt (Oder) 102 und Strausberg 106 Frauen auf 100 Männer auf. Das Land Berlin erreicht sogar einen leichten Frauenüberschuss mit 106 Frauen auf 100 Männer in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen. Dabei liegen die Bezirke (Abbildung e) Friedrichshain-Kreuzberg (114), Pankow, Tempelhof-Schöneberg, Lichtenberg, Neukölln (alle mit 109) und Charlottenburg-Wilmersdorf (108) über dem Durchschnitt. Die aufgeführten Bezirke werden in Berlin auch als Familien-, Studenten- oder Szenebezirke bezeichnet.

Diese Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen mit der am stärksten ausgeprägten Wanderungsintensität wird als Ausbildungswanderung zusammengefasst (vgl. Kühntopf/Stedtfeld, 2012, S. 14).

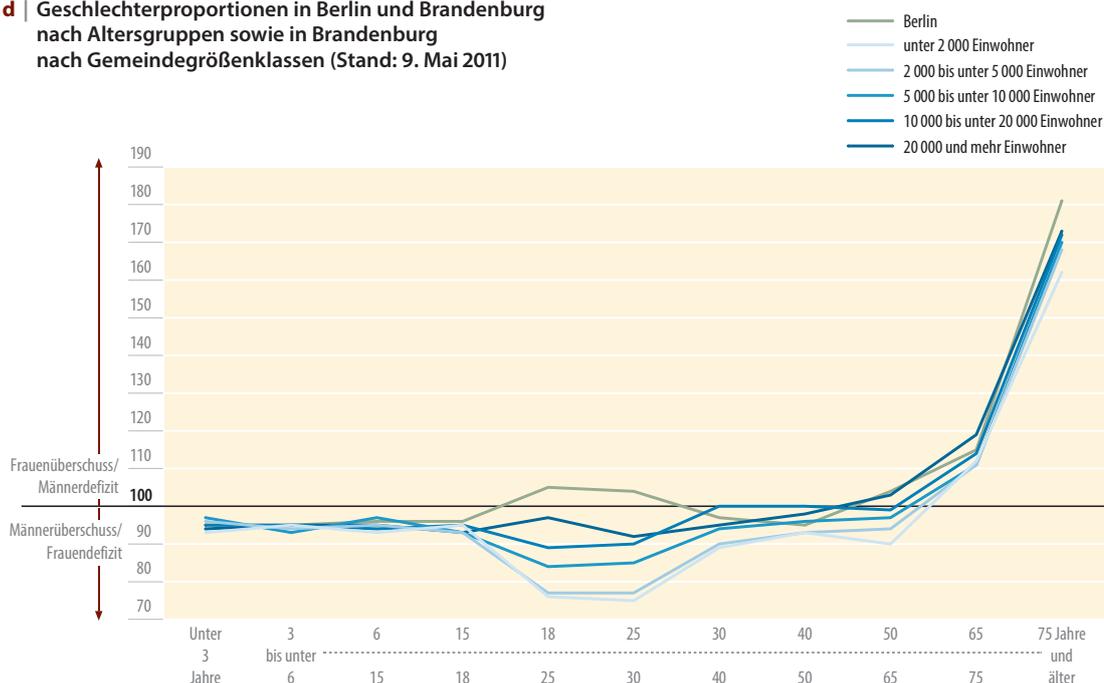
In der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen sind, im Vergleich zur Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen, kaum Veränderungen erkennbar. So sinkt der Männerüberschuss z. B. in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern um einen Punkt auf 75. Der

Rückgang des Männerüberschusses ergibt sich im größten Teil aus der erhöhten Abwanderung der Männer und nicht aus der Rückkehr von Frauen dieser Altersgruppe. In Berlin ist auffällig, dass sich in den Bezirken Reinickendorf und Marzahn-Hellersdorf das Frauendefizit erhöht, auf jeweils 91 Frauen je 100 Männer. Der höhere Männerüberschuss in diesen Gebieten entsteht durch eine höhere absolute Abnahme der weiblichen Bevölkerung von der Altersgruppe 18 bis unter 25 Jahre zur Altersgruppe 25 bis unter 30 Jahre. Das deutet, ebenso wie in Brandenburg, auf eine stärkere Abwanderung von Frauen hin.

Personen im Alter von 30 bis unter 40 Jahren mit Kindern verlassen vermehrt die großen Städte. Sie ziehen in Berliner Randbezirke bzw. Brandenburger Gemeinden, die gute Mobilität ermöglichen. Ein weiterer Grund für die Abnahme des Frauenüberschusses in den größeren Städten ist die Zunahme abwandernder Männer aus den peripher schwächeren Regionen in Regionen mit besseren Arbeitsmarktchancen (vgl. Leibert/Wiest, 2010, S. 1). Beim Vergleich auf Landesebene nähern sich beide Länder wieder der Geschlechterproportion, wie sie zur Geburt bestand, an (Berlin: 99, Brandenburg: 94).

Die Bezirke Mitte (78) und Friedrichshain-Kreuzberg (81) weisen in der Altersgruppe 40 bis unter 50 Jahre einen deutlichen Männerüberschuss aus, Berliner Randbezirke wie Steglitz-Zehlendorf (117), Marzahn-Hellersdorf (106) und Spandau (103) einen Frauenüberschuss. Gründe für diese gegensätzliche Entwicklung im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen können, wie schon bei den 30- bis unter 40-Jährigen, der Fortzug von Familien aus Städten sowie die Altersvorsorge durch den Kauf oder Bau eines Hauses sein. Im Gegensatz dazu liegen im Land Brandenburg alle Gemeindegrößenklassen unterhalb des Quotienten von 101. Größere Gemeinden

d | Geschlechterproportionen in Berlin und Brandenburg nach Altersgruppen sowie in Brandenburg nach Gemeindegrößenklassen (Stand: 9. Mai 2011)



weisen jedoch einen geringeren Männerüberschuss auf als kleinere Gemeinden. Im bundesweiten Durchschnitt ergibt sich jetzt wieder der natürliche Männerüberschuss von ca. 95 Frauen auf 100 Männer (Berlin: 95, Brandenburg: 97).

In Bezug auf die Geschlechterproportionsanalyse der oben aufgeführten Altersgruppen sollte beachtet werden, dass Ungleichgewichte auch auf einen rein statistischen Effekt zurückgeführt werden können: „Männer sind im Durchschnitt drei Jahre älter als ihre Ehepartnerinnen. Bei einem Teil der gemeinsam wandernden Ehepaare fallen die Partner daher in unterschiedliche Altersgruppen.“ (Leibert/Wiest, 2010, S. 2)

Während in Brandenburg die einzelnen Gemeindegrößenklassen wie beschrieben einem Muster folgen – kleine Gemeinden verlieren Frauen und größere gewinnen sie hinzu (Abbildung d) –, fällt in Berlin auf, dass innerhalb der Altersgruppen (18 bis unter 50 Jahre) eines jeden Bezirks starke Schwankungen auftreten (Abbildung e). Der Wechsel zwischen Männer- und Frauenüberschuss tritt in jedem Bezirk Berlins auf, mit einer Ausnahme: In Charlottenburg-Wilmersdorf ist ab der Altersgruppe der 18-Jährigen bis zur Altersgruppe der unter 50-Jährigen ein konstanter Frauenüberschuss (108, 111, 108 und 102) erkennbar.

Die ökonomischen, sozialen und privaten Faktoren, welche zur Wanderung von Personen führen, sind wahrscheinlich die bedeutendsten Einflüsse für die verschiedenen Kurvenverläufe. Aber, wie bereits am Anfang angesprochen, gibt es noch weitere Faktoren, die Auswirkungen auf die Geschlechterproportionen haben. Dazu gehört u. a. die frühere Sterblichkeit von Männern (vgl. Gaber/Wildner, 2011, S. 10). Ein weiterer Einflussfaktor ist die sogenannte Übersterblichkeit der Männer, die vor allem auf die höhere Unfall- und Suizidsterblichkeit im Alter von 15 bis 70 Jahre zurückzuführen ist.

Ursachen und Folgen der Geschlechterdisproportion

Wie bereits dargestellt, beschäftigten sich verschiedene Veröffentlichungen mit dem Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern. Neben der reinen Geschlechteranalyse wurden weiterführende Befragungen durchgeführt, um präzise Aussagen zu ökonomischen und sozialen Ursachen für Geschlechterdisproportionen und den daraus resultierenden Folgen machen zu können.

Leibert und Wiest (2010) nennen als wichtigste Ursache für die Abwanderung junger Frauen aus ländlichen Regionen das höhere Bildungsniveau der Frau, die stärkere Mobilitätsbereitschaft sowie die Ambitionen und Präferenz junger Frauen, einen urbanen Lebensstil zu verfolgen. Auch das Forschungsprojekt SEMIGRA² des Europäischen Raumbenetzwerks ESPON³ untersuchte Ursachen und Folgen. Die Ergebnisse wurden zusammengefasst auf der Statistischen Woche 2011 in Leipzig vorgestellt.⁴

Folgende Ursachen wurden für die überproportionale Abwanderung junger Frauen aus ländlichen Regionen genannt:

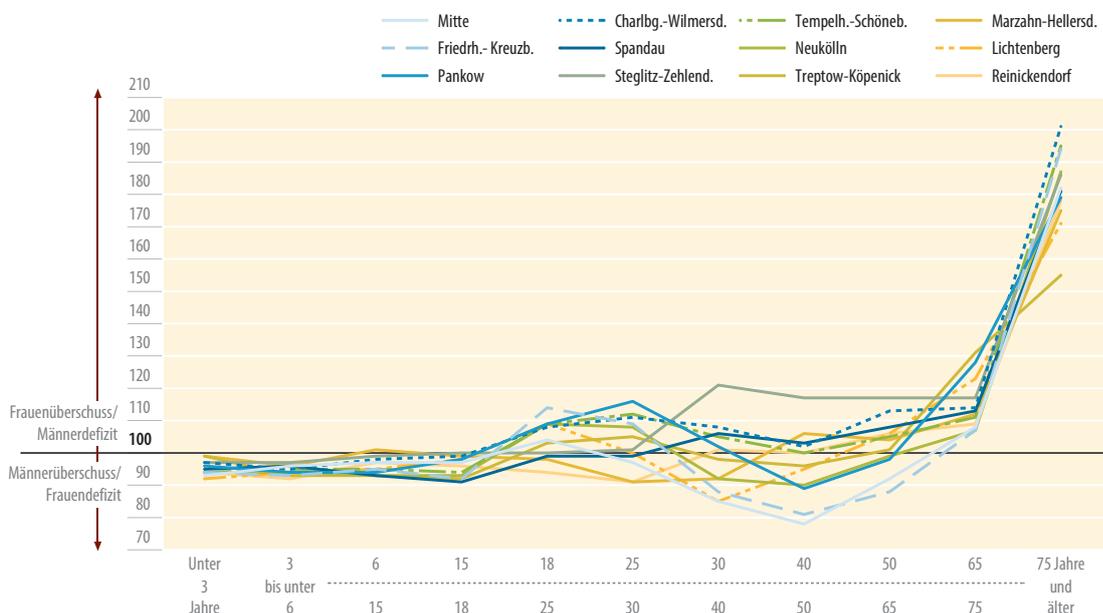
- Frauen gehen dorthin, wo schon Frauen sind.
- Ländliche Arbeits- und Ausbildungsmärkte bieten Frauen wenige Chancen.
- Junge Frauen haben eher urbane Lebensentwürfe als junge Männer.

2 Selective Migration and Unbalanced Sex Ratio in Rural Regions.

3 European Spatial Planning Observation Network wurde 2002 von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und der Europäischen Kommission gegründet, um die Wissens- und Informationsgrundlagen der Europäischen Raumentwicklungspolitik zu verbessern.

4 Die vorgestellten Ergebnisse können u. a. im Book of Abstracts der Statistischen Woche (vgl. Leibert et al., 2011, S. 190 ff.) und im Statistischen Quartalsbericht IV/2011 der Stadt Leipzig, S. 20–28 (vgl. Leibert, 2011, S. 20–29) nachgelesen werden.

e | Geschlechterproportionen in den Berliner Bezirken nach Altersgruppen



- Ländliche Gesellschaften sind männerdominiert und bieten Frauen wenig Raum für Lebensentwürfe jenseits „traditioneller“ Geschlechterrollenbilder. Als Folgen der Abwanderung wurden diese Aspekte angeführt:
- weitere demografische und ökonomische Schrumpfungsprozesse als sich selbst verstärkende Negativspirale (Abbildung f),
- Verlust an Humankapital und Engpässe auf dem weiblichen Arbeitsmarkt (z. B. im Pflegebereich),
- Probleme, das soziale Leben und soziale Netzwerke in den ländlichen Gemeinden aufrechtzuerhalten,
- negative soziale Konsequenzen, insbesondere für die Gruppe der zurückbleibenden jungen Männer (Alkohol, politisch extremes Verhalten), aber auch für Seniorinnen und Senioren (in Zusammenhang mit dem Infrastrukturabbau im ländlichen Raum),
- Imageprobleme (reißerische Berichterstattung über „Männerproletariat“).

Des Weiteren wurde hervorgehoben, dass vor allem in der ostdeutschen Gesellschaft auch 20 Jahre nach dem Mauerfall ein Transformationsprozess stattfindet. Es handelt sich demzufolge um eine Transformationsgesellschaft, die sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen in politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht neu organisieren muss. Ebenso ergeben sich Wandlungen in Lebensstilen, Verhaltensmustern und Werthaltungen, die in Ostdeutschland immer noch anhalten. Dies kann an den Zahlen der Geschlechterproportionen nach Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen für die Länder Berlin und Brandenburg abgelesen werden.

Das Phänomen der unausgewogenen Geschlechterproportion tritt aber nicht nur in Deutschland auf, sondern ist europaweit zu finden, so ein Ergebnis des europäischen Forschungsprojekts SEMIGRA.

Ergebnisse und weitere Analysemöglichkeiten

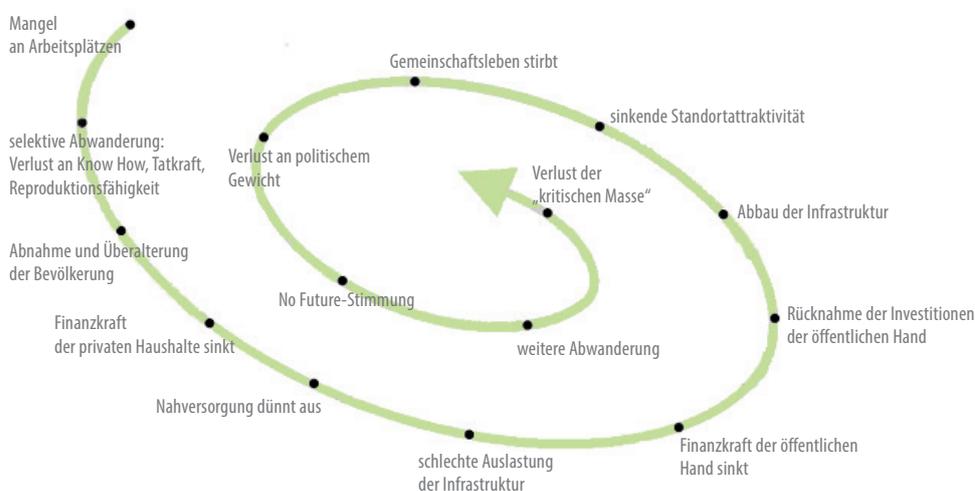
Die Kombination des dichotomen Merkmals Geschlecht mit dem Alter ermöglicht eine Analyse sowie Schlussfolgerungen zu Migrationsverhalten und zukünftigen Entwicklungen in unterschiedlichsten regionalen Gebieten.

Kleinere Gemeinden verlieren immer mehr Personen, da durch den Wegzug der Frauen und Männer beispielsweise weniger Kinder geboren werden. Ein Teil der Kinder wird ebenfalls wegziehen, sodass eine Negativspirale (siehe Abbildung f) entsteht. Diese Entwicklungen führen dazu, dass die Dörfer in Deutschland langsam entvölkern (vgl. Kröhnert et al., 2011, S. 4).

Die abwandernden Personen finden sich hauptsächlich in den größeren Städten der neuen und alten Länder sowie den Stadtstaaten wieder. Wobei festzuhalten ist, dass die Abwanderung in die alten Ländern nachlässt. Die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung in der Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung geht von einem Null-Niveau der Wanderung zwischen neuen und alten Ländern bis zum Jahr 2030 aus (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011, S. 9, 19).

Mit dieser Datenbasis können weitere Prognosen von Instituten oder Verwaltungen als Planungsgrundlage für regionale Entscheidungen erstellt werden. Für eine vollständige Analyse reicht die altersspezifische Untersuchung der Geschlechterverteilung jedoch nicht aus. Es müssen weitere Merkmale herangezogen werden, um aussagekräftige Analysen zu den abwandernden Personen zu erhalten. Zur Charakterisierung der noch ansässigen Bevölkerung können weitere demografische und haushaltsbezogene sowie familienbezogene, sozio-ökonomische und wohnungsbezogene Merkmale genutzt werden.

f | Negative Entwicklungsspirale durch selektive Abwanderung



Quelle: Weber u. Fischer (2012), S. 2.

Bei den angegebenen Merkmalen handelt es sich um erhobene Merkmale, die in der amtlichen Statistik vorliegen. Der Zensus 2011 beispielsweise kann weitere demografische Merkmale wie den Familienstand sowie haushaltsbezogene und familienbezogene Merkmale auf kleinräumigen Ebenen unterhalb der Bezirk- oder Gemeindeebene bereitstellen. Haushaltsbezogene Merkmale zeigen z. B. auf, ob die jüngeren Personen noch zu Hause oder in einem eigenen Haushalt leben. Auch diese Information lässt Rückschlüsse auf eventuell zukünftige Wanderversuchen zu. Aussagen zu sozioökonomischen Merkmalen (Bildung, Erwerbsstatus und Migrationshintergrund) liegen beim Zensus 2011 ebenfalls vor. Ebenso wie der Beziehungsstatus kann die Tatsache,

ob eine Person eine Anstellung in der Region besitzt, über das zukünftige Wanderungsverhalten Auskunft geben. Diese, auf Basis einer Stichprobe hochgerechneten sozioökonomischen Ergebnisse, werden in Berlin auf Bezirksebene und in Brandenburg für die Landkreise, die kreisfreien Städten sowie alle Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern⁵ ausgewiesen. Wohnungsbezogene Merkmale können aufzeigen, wer Eigentümer einer Wohnung bzw. eines Hauses ist. Wer Wohneigentum besitzt, wird möglicherweise seltener die Region verlassen.

Verena Kutzki, Diplom-Volkswirtin und Master of Science, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat *Zensus* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. Zuvor war sie Mitarbeiterin des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

⁵ Für die Einteilung diente die Einwohnerzahl mit Stand 31.12.2009.

Quellennachweis

- ESPON, URL: <http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/B-SW-die-bleiben/espon-das-europaeische-netzwerk-zur-beobachtung-der-raumentwicklung-in-europa.html?linkToOverview=js> (Abrufdatum: 30.10.2014).
- Robert Koch Institut (Hrsg.), (2011): Sterblichkeit, Todesursachen und regionale Unterschiede – Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 52, RKI, Berlin. http://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsT/sterblichkeit.pdf?__blob=publicationFile (Abrufdatum: 13.10.2014).
- Kröhnert, Steffen; Kuhn, Eva; Karsch, Margret; Klingholz, Reiner (2011): Die Zukunft der Dörfer – Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang. Berlin. http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Doerfer_2011/Die_Zukunft_der_Doerfer_Webversion.pdf (Abrufdatum: 13.10.2014).
- Kühntopf, Stephan; Stedtfeld, Susanne (2012): Wenige junge Frauen im ländlichen Raum: Ursachen und Folgen der selektiven Abwanderung in Ostdeutschland. BiB Working Paper 3/2012. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Working_Paper/2012_3_selektive_abwanderung.pdf?__blob=publicationFile&v=10 (Abrufdatum: 06.10.2014)
- Leibert, Tim (2011): „Männerproletariat“ schiffbrüchig im „Ozean von Armut und Demenz“: Die Geschlechterproportionen im jungen Erwachsenenalter als Indikator für die sozioökonomische Marginalisierung ländlicher Räume Ostdeutschlands? In: Statistischer Quartalsbericht IV/2011 der Stadt Leipzig. http://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.1_DeZ1_Allgemeine_Verwaltung/12_Statistik_und_Wahlen/Statistik/Statistischer_Quartalsbericht_Leipzig_2011_4.pdf (Abrufdatum: 29.10.2014).
- Leibert, Tim; Margraf, Otti; Wiest, Karin (2011): „Männerproletariat“ schiffbrüchig im „Ozean von Armut und Demenz“: Die Geschlechterproportionen im jungen Erwachsenenalter als Indikator für die sozioökonomische Marginalisierung ländlicher Räume Ostdeutschlands? In: Book of Abstract der Statistischen Woche 2011 in Leipzig. <http://www.statistische-woche.de/fileadmin/Leipzig/TFStWo2011.pdf> (Abrufdatum: 29.10.2014).
- Leibert, Tim; Wiest, Karin (2010): Ist die ländliche Peripherie männlich? In: Nationalatlas aktuell 4 (11.2010) 11 [24.11.2010]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). http://aktuell.nationalatlas.de/Sexualproportion.11_11-2010.0.html (Abrufdatum: 23.07.2013).
- Matzdorff, Ingrid (1980): Soziale und regionale Schwankungen der sekundären Geschlechterproportion in der Bundesrepublik Deutschland. In: Homo: Zeitschrift für vergleichende Forschung am Menschen, Jg. 31, H. 2, 1980, S. 117–121.
- SEMIGRA http://www.espon.eu/main/Menu_Projects/Menu_TargetedAnalyses/semigra.html (Abrufdatum: 29.10.2014).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.), (2011): Bevölkerung und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern, Demografischer Wandel in Deutschland – Heft 1, 2011, Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/Bevoelkerungshaushaltsentwicklung587110119004.pdf?__blob=publicationFile (Abrufdatum: 13.10.2014).
- Statistische Woche (2011): Book of Abstracts <http://www.statistische-woche.de/fileadmin/Leipzig/TFStWo2011.pdf>
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006): Im Blickpunkt – Frauen in Deutschland 2006, Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/BlickpunktFraueninDeutschland1021211059004.pdf?__blob=publicationFile (Abrufdatum: 23.07.2013).
- Weber, Gerlind; Fischer, Tatjana (2012): Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse, Wien. http://www.bmlfuw.gv.at/dms/lmat/land/laendl_entwicklung/Online-Fachzeitschrift-Laendlicher-Raum/Frauen/Weber_Fischer_gehen-oder-bleiben/Weber_Fischer_gehen%20oder%20bleiben.pdf (Abrufdatum: 30.10.2014).

Zensus

▣ Abweichungen der neuen Einwohnerzahlen des Zensus 2011 von der Bevölkerungsfortschreibung

von **Stefan Möller**

Am 28. Mai 2014 wurden die endgültigen Ergebnisse des Zensus 2011 veröffentlicht. Bereits im Jahr zuvor kam es nach dem ersten Veröffentlichungstermin am 31. Mai 2013 zu einem kritischen Diskurs über die festgestellten amtlichen Einwohnerzahlen. Im Fokus des öffentlichen Interesses standen insbesondere die Differenzen zwischen den Ergebnissen des Zensus 2011 und den Ergebnissen der bis dahin gültigen Bevölkerungsfortschreibung. Gegenstand dieses Vergleichs sind die Daten des Zensus 2011 (Stichtag 9. Mai 2011), die Ausgangsbasis für die neue Bevölkerungsfortschreibung sind, und die bisherigen Einwohnerzahlen der Bevölkerungsfortschreibung mit Stand vom 30. April 2011. Regional gesehen werden sowohl die Landesergebnisse (Berlin und Brandenburg) als auch die Ergebnisse der Berliner Bezirke sowie der Brandenburger Verwaltungsbezirke vorgestellt. Diese Gesamtschau wird mit einer Betrachtung der Differenzen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit komplettiert.

Berlin – Gesamtbetrachtung

Am Zensusstichtag lebten in Berlin 3292365 Personen und somit 179391 weniger als von der Bevölkerungsfortschreibung für den 30. April 2011 ermittelt wurden (3471756 Personen). Dies entsprach einer Differenz von rund $-5,2\%$. Während die geschlechterspezifischen Differenzen mit $-6,0\%$ bei den Männern und $-4,4\%$ bei den Frauen noch recht moderat ausfielen, deutete die Abweichung bei der ausländischen Bevölkerung von rund $-21,7\%$ auf eine deutliche Übererfassung bei den Personen mit ausländischen Staatsangehörigkeiten in der Bevölkerungsfortschreibung hin. Dementsprechend musste die Anzahl der in Berlin lebenden Ausländerinnen und Ausländer um 103 811 ($-21,7\%$) nach unten korrigiert werden. Mit einem Wert von $-2,5\%$ ($-75 580$ Personen) fiel die Differenz bei den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit deutlich geringer aus.

Berliner Bezirke

Hinsichtlich der Differenzen in den zwölf Berliner Bezirken lässt sich festhalten, dass alle Bezirke laut Zensus 2011 eine niedrigere Einwohnerzahl aufwiesen als von der Bevölkerungsfortschreibung ausgewiesen wurde. Hierbei variieren die aufgetretenen Differenzen mitunter deutlich. Während Bezirke wie Reinickendorf ($-1,7\%$), Treptow-Köpenick ($-2,1\%$)

und Marzahn-Hellersdorf ($-2,8\%$) eher kleinere Abweichungen verzeichneten, traten in den Bezirken Steglitz-Zehlendorf ($-6,5\%$) und Friedrichshain-Kreuzberg ($-7,4\%$) weitaus höhere Differenzen auf. Charlottenburg-Wilmersdorf hatte mit einem Wert von $-9,5\%$ die größte Abweichung.

Betrachtet man die geschlechterspezifischen Abweichungen innerhalb der Bezirksebene, so waren diese, mit Ausnahme von Reinickendorf, in allen Bezirken bei den Männern höher als bei den Frauen. Hierbei war die Veränderung wiederum in Charlottenburg-Wilmersdorf (Männer: $-10,5\%$) am größten. Ebenso musste in Friedrichshain-Kreuzberg ($-7,7\%$), Steglitz-Zehlendorf ($-7,6\%$) und Spandau ($-7,2\%$) die Anzahl der Männer deutlich nach unten korrigiert werden. Auch bei den Frauen traten in diesen Bezirken die stärksten Differenzen zwischen dem Zensus 2011 und der Bevölkerungsfortschreibung auf: Charlottenburg-Wilmersdorf ($-8,6\%$), Friedrichshain-Kreuzberg ($-7,0\%$) und Steglitz-Zehlendorf ($-5,5\%$). Geringe Abweichungen bei den Frauen ergaben sich in den Bezirken Lichtenberg ($-2,7\%$), Reinickendorf ($-2,2\%$) und Marzahn-Hellersdorf ($-1,6\%$). Die geringste Differenz trat mit $-1,0\%$ in Treptow-Köpenick auf (Tabelle 1).

Wie bereits festgestellt wurde, hatte die Korrektur bei den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ($-21,7\%$) einen maßgeblichen Einfluss auf die

Differenzen zwischen den beiden Einwohnerzahlen. Dies zeigte sich auch in der Analyse der Bezirke. Während sich die Differenzen bei den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit zwischen -4,3 % und -1,1 % bewegen, lagen die Abweichungen bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit Ausnahme von Reinickendorf (-7,6 %) alle im zweistelligen Bereich. Die Bezirke Neukölln (-15,1 %) und Mitte (-15,9 %) wiesen hierbei die geringsten zweistelligen Werte auf. Um rund ein Drittel musste die Anzahl der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit von Spandau (-29,8 %), Charlottenburg-Wilmersdorf (-32,5 %) und Steglitz-Zehlendorf (-33,8 %) korrigiert werden. In den übrigen Bezirken ergaben sich bei der Anzahl der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit Veränderungen zwischen -20,1 % und -24,5 %. Demzufolge waren auch in diesen Bezirken die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zu ausländischen Personen um bis zu einem Viertel überhöht (Tabelle 2).

Brandenburg – Gesamtbetrachtung

Im Land Brandenburg lebten am 9. Mai 2011 insgesamt 2 455 780 Personen. Somit lag die Einwohnerzahl um 43 488 Personen niedriger als von der Bevölkerungsfortschreibung zum 30. April 2011 ermittelt worden war. Dies entsprach einer Differenz von -1,7 %. Ähnlich wie in Berlin fielen die geschlechterspezifischen Differenzen recht moderat aus. Die Anzahl der Männer musste um -2,4 % und die der Frauen um -1,0 % nach unten korrigiert werden. Auch die Korrektur der Anzahl der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit war mit -0,8 % gering. Deutlicher fiel die Veränderung bei den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit aus. Hier wurde die Anzahl von 67 694 auf 43 509 Personen korrigiert. Demnach lebten im Land Brandenburg 24 185 (-35,7 %) Ausländerinnen und Ausländer weniger als angenommen (Tabelle 3).

1 | Abweichung der alten Bevölkerungsfortschreibung vom Zensus 2011 in Berlin nach Geschlecht

Bezirk	Zensus (Ausgangsbestand Bevölkerungsfortschreibung) 9. Mai 2011			Bevölkerungsfortschreibung 30. April 2011			Absolute Differenz			Relative Differenz		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Mitte	316 507	161 725	154 782	334 770	172 273	162 497	-18 263	-10 548	-7 715	-5,5	-6,1	-4,7
Friedrichshain-Kreuzberg	251 226	127 796	123 430	271 169	138 408	132 761	-19 943	-10 612	-9 331	-7,4	-7,7	-7,0
Pankow	355 361	173 145	182 216	372 573	183 749	188 824	-17 212	-10 604	-6 608	-4,6	-5,8	-3,5
Charlottenburg-Wilmersdorf	290 741	136 137	154 604	321 114	152 035	169 079	-30 373	-15 898	-14 475	-9,5	-10,5	-8,6
Spandau	214 235	102 659	111 576	227 082	110 575	116 507	-12 847	-7 916	-4 931	-5,7	-7,2	-4,2
Steglitz-Zehlendorf	277 078	127 376	149 702	296 232	137 785	158 447	-19 154	-10 409	-8 745	-6,5	-7,6	-5,5
Tempelhof-Schöneberg	316 936	151 586	165 350	336 628	162 800	173 828	-19 692	-11 214	-8 478	-5,8	-6,9	-4,9
Neukölln	298 552	147 658	150 894	313 746	155 546	158 200	-15 194	-7 888	-7 306	-4,8	-5,1	-4,6
Treptow-Köpenick	237 881	114 555	123 326	243 065	118 442	124 623	-5 184	-3 887	-1 297	-2,1	-3,3	-1,0
Marzahn-Hellersdorf	243 893	119 067	124 826	250 939	124 049	126 890	-7 046	-4 982	-2 064	-2,8	-4,0	-1,6
Lichtenberg	252 197	122 714	129 483	262 503	129 377	133 126	-10 306	-6 663	-3 643	-3,9	-5,2	-2,7
Reinickendorf	237 758	115 175	122 583	241 935	116 654	125 281	-4 177	-1 479	-2 698	-1,7	-1,3	-2,2
Berlin	3 292 365	1 599 593	1 692 772	3 471 756	1 701 693	1 770 063	-179 391	-102 100	-77 291	-5,2	-6,0	-4,4

2 | Abweichung der alten Bevölkerungsfortschreibung vom Zensus 2011 in Berlin nach Staatsangehörigkeit

Bezirk	Zensus (Ausgangsbestand Bevölkerungsfortschreibung) 9. Mai 2011			Bevölkerungsfortschreibung 30. April 2011			Absolute Differenz			Relative Differenz		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer
Mitte	316 507	239 249	77 258	334 770	242 894	91 876	-18 263	-3 645	-14 618	-5,5	-1,5	-15,9
Friedrichshain-Kreuzberg	251 226	205 813	45 413	271 169	214 098	57 071	-19 943	-8 285	-11 658	-7,4	-3,9	-20,4
Pankow	355 361	335 919	19 442	372 573	347 223	25 350	-17 212	-11 304	-5 908	-4,6	-3,3	-23,3
Charlottenburg-Wilmersdorf	290 741	251 119	39 622	321 114	262 419	58 695	-30 373	-11 300	-19 073	-9,5	-4,3	-32,5
Spandau	214 235	194 181	20 054	227 082	198 526	28 556	-12 847	-4 345	-8 502	-5,7	-2,2	-29,8
Steglitz-Zehlendorf	277 078	256 670	20 408	296 232	265 422	30 810	-19 154	-8 752	-10 402	-6,5	-3,3	-33,8
Tempelhof-Schöneberg	316 936	276 041	40 895	336 628	282 454	54 174	-19 692	-6 413	-13 279	-5,8	-2,3	-24,5
Neukölln	298 552	240 898	57 654	313 746	245 804	67 942	-15 194	-4 906	-10 288	-4,8	-2,0	-15,1
Treptow-Köpenick	237 881	231 402	6 479	243 065	234 881	8 184	-5 184	-3 479	-1 705	-2,1	-1,5	-20,8
Marzahn-Hellersdorf	243 893	235 707	8 186	250 939	240 398	10 541	-7 046	-4 691	-2 355	-2,8	-2,0	-22,3
Lichtenberg	252 197	235 587	16 610	262 503	241 707	20 796	-10 306	-6 120	-4 186	-3,9	-2,5	-20,1
Reinickendorf	237 758	215 488	22 270	241 935	217 828	24 107	-4 177	-2 340	-1 837	-1,7	-1,1	-7,6
Berlin	3 292 365	2 918 074	374 291	3 471 756	2 993 654	478 102	-179 391	-75 580	-103 811	-5,2	-2,5	-21,7

Brandenburger Verwaltungsbezirke

Alle Brandenburger Landkreise und kreisfreien Städte verzeichneten infolge des Zensus 2011 weniger Einwohnerinnen und Einwohner. Mit einem Wert von -3,6% war die Differenz im Landkreis Uckermark am größten. Ebenfalls traten in den Landkreisen Oder-Spree (-2,8%), Oberspreewald-Lausitz (-2,7%) und Spree-Neiße (-2,6%) Abweichungen auf, die über dem Landesdurchschnitt von 1,7% lagen. Nahezu unverändert stellte sich die Einwohnerzahl

für die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel (-0,2% bzw. -175 Personen) dar. Ihr folgend wiesen die Landeshauptstadt Potsdam (-0,8%) und die Landkreise Dahme-Spreewald (-0,9%) und Potsdam-Mittelmark (-1,1%) niedrigere Werte auf.

Bei der geschlechterspezifischen Betrachtung fällt, ähnlich wie in Berlin, auf, dass die Korrekturen zwischen beiden Bevölkerungsständen bei den Männern höher ausfielen als bei den Frauen. Die größten Differenzen innerhalb der männlichen

3 | Abweichung der alten Bevölkerungsfortschreibung vom Zensus 2011 in Brandenburg nach Geschlecht

Kreisfreie Stadt Landkreis	Zensus (Ausgangsbestand Bevölkerungsfortschreibung) 9. Mai 2011			Bevölkerungsfortschreibung 30. April 2011			Absolute Differenz			Relative Differenz		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Brandenburg an der Havel.....	71 569	35 180	36 389	71 744	35 289	36 455	-175	-109	-66	-0,2	-0,3	-0,2
Cottbus.....	99 984	48 942	51 042	101 993	50 183	51 810	-2 009	-1 241	-768	-2,0	-2,5	-1,5
Frankfurt (Oder).....	59 140	28 439	30 701	60 117	29 220	30 897	-977	-781	-196	-1,6	-2,7	-0,6
Potsdam.....	156 021	74 672	81 349	157 210	76 238	80 972	-1 189	-1 566	377	-0,8	-2,1	0,5
Barnim	172 164	85 146	87 018	176 580	87 810	88 770	-4 416	-2 664	-1 752	-2,5	-3,0	-2,0
Dahme-Spreewald	160 162	79 149	81 013	161 665	80 308	81 357	-1 503	-1 159	-344	-0,9	-1,4	-0,4
Elbe-Elster	110 189	54 404	55 785	111 518	55 357	56 161	-1 329	-953	-376	-1,2	-1,7	-0,7
Havelland	152 457	75 105	77 352	154 680	76 511	78 169	-2 223	-1 406	-817	-1,4	-1,8	-1,0
Märkisch-Oderland	187 374	92 862	94 512	190 164	94 902	95 262	-2 790	-2 040	-750	-1,5	-2,1	-0,8
Oberhavel	200 805	98 872	101 933	203 240	100 501	102 739	-2 435	-1 629	-806	-1,2	-1,6	-0,8
Oberspreewald-Lausitz	117 943	57 664	60 279	121 193	59 765	61 428	-3 250	-2 101	-1 149	-2,7	-3,5	-1,9
Oder-Spree	178 177	87 722	90 455	183 395	91 308	92 087	-5 218	-3 586	-1 632	-2,8	-3,9	-1,8
Ostprignitz-Ruppin	100 242	49 847	50 395	102 602	51 332	51 270	-2 360	-1 485	-875	-2,3	-2,9	-1,7
Potsdam-Mittelmark	202 816	100 172	102 644	205 119	101 725	103 394	-2 303	-1 553	-750	-1,1	-1,5	-0,7
Prignitz	80 276	39 497	40 779	81 656	40 289	41 367	-1 380	-792	-588	-1,7	-2,0	-1,4
Spree-Neiße	122 524	60 410	62 114	125 741	62 922	62 819	-3 217	-2 512	-705	-2,6	-4,0	-1,1
Teltow-Fläming	159 255	78 844	80 411	161 368	80 444	80 924	-2 113	-1 600	-513	-1,3	-2,0	-0,6
Uckermark	124 682	61 421	63 261	129 283	64 554	64 729	-4 601	-3 133	-1 468	-3,6	-4,9	-2,3
Land Brandenburg	2 455 780	1 208 348	1 247 432	2 499 268	1 238 658	1 260 610	-43 488	-30 310	-13 178	-1,7	-2,4	-1,0

4 | Abweichung der alten Bevölkerungsfortschreibung vom Zensus 2011 in Brandenburg nach Staatsangehörigkeit

Kreisfreie Stadt Landkreis	Zensus (Ausgangsbestand Bevölkerungsfortschreibung) 9. Mai 2011			Bevölkerungsfortschreibung 30. April 2011			Absolute Differenz			Relative Differenz		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer
Brandenburg an der Havel.....	71 569	70 068	1 501	71 744	69 709	2 035	-175	359	-534	-0,2	0,5	-26,2
Cottbus.....	99 984	97 131	2 853	101 993	98 190	3 803	-2 009	-1 059	-950	-2,0	-1,1	-25,0
Frankfurt (Oder).....	59 140	56 772	2 368	60 117	57 073	3 044	-977	-301	-676	-1,6	-0,5	-22,2
Potsdam.....	156 021	149 680	6 341	157 210	149 019	8 191	-1 189	661	-1 850	-0,8	0,4	-22,6
Barnim	172 164	169 107	3 057	176 580	172 062	4 518	-4 416	-2 955	-1 461	-2,5	-1,7	-32,3
Dahme-Spreewald	160 162	156 935	3 227	161 665	157 118	4 547	-1 503	-183	-1 320	-0,9	-0,1	-29,0
Elbe-Elster	110 189	109 286	903	111 518	109 680	1 838	-1 329	-394	-935	-1,2	-0,4	-50,9
Havelland	152 457	150 136	2 321	154 680	152 025	2 655	-2 223	-1 889	-334	-1,4	-1,2	-12,6
Märkisch-Oderland	187 374	184 936	2 438	190 164	185 635	4 529	-2 790	-699	-2 091	-1,5	-0,4	-46,2
Oberhavel	200 805	197 749	3 056	203 240	199 373	3 867	-2 435	-1 624	-811	-1,2	-0,8	-21,0
Oberspreewald-Lausitz	117 943	116 877	1 066	121 193	118 067	3 126	-3 250	-1 190	-2 060	-2,7	-1,0	-65,9
Oder-Spree	178 177	175 252	2 925	183 395	177 126	6 269	-5 218	-1 874	-3 344	-2,8	-1,1	-53,3
Ostprignitz-Ruppin	100 242	99 303	939	102 602	100 504	2 098	-2 360	-1 201	-1 159	-2,3	-1,2	-55,2
Potsdam-Mittelmark	202 816	199 124	3 692	205 119	200 465	4 654	-2 303	-1 341	-962	-1,1	-0,7	-20,7
Prignitz	80 276	79 494	782	81 656	80 524	1 132	-1 380	-1 030	-350	-1,7	-1,3	-30,9
Spree-Neiße	122 524	121 043	1 481	125 741	122 199	3 542	-3 217	-1 156	-2 061	-2,6	-0,9	-58,2
Teltow-Fläming	159 255	156 618	2 637	161 368	157 624	3 744	-2 113	-1 006	-1 107	-1,3	-0,6	-29,6
Uckermark	124 682	122 760	1 922	129 283	125 181	4 102	-4 601	-2 421	-2 180	-3,6	-1,9	-53,1
Land Brandenburg	2 455 780	2 412 271	43 509	2 499 268	2 431 574	67 694	-43 488	-19 303	-24 185	-1,7	-0,8	-35,7

Kohorte traten in den Landkreisen Uckermark (-4,9%), Spree-Neiße (-4,0%), Oder-Spree (-3,9%) und Oberspreewald-Lausitz (-3,5%) auf. Weitaus geringere Differenzen ergaben sich in den Landkreisen Dahme-Spreewald (-1,4%), Potsdam-Mittelmark (-1,5%) und Oberhavel (-1,6%). Mit einem Wert von -0,3% war die Abweichung bei den Männern in Brandenburg an der Havel am geringsten.

Bei der weiblichen Kohorte war die Differenz wiederum im Landkreis Uckermark am größten. Hier musste die Anzahl der Frauen um -2,3% korrigiert werden. Diesem Landkreis folgend wiesen die Landkreise Barnim (-2,0%), Oberspreewald-Lausitz (-1,9%), Oder-Spree (-1,8%) und Ostprignitz-Ruppin (-1,7%) die nächsthöheren Abweichungen auf. Eher gering fielen die Korrekturen in den Landkreisen Dahme-Spreewald (-0,4%), Elbe-Elster (-0,7%) und Teltow-Fläming (-0,6%) aus. Auch in den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel (-0,2%) und Frankfurt (Oder) (-0,6%) wurden nur geringfügige Abweichungen bei den Frauen verzeichnet. Ein interessanter Fakt trat in der Landeshauptstadt Potsdam auf. Nach den Ergebnissen des Zensus 2011 gab es 0,5% mehr Einwohnerinnen als von der Bevölkerungsfortschreibung ermittelt wurde. Alle weiteren Landkreise und kreisfreien Städte ordnen sich je nach Ausprägung ihrer Differenzen in den Teilpopulationen zwischen den genannten Beispielen ein (Tabelle 3).

Betrachtet man die Analyse der Differenzen vor dem Hintergrund der Staatsangehörigkeiten deutsch/ausländisch, ergeben sich ähnliche Strukturen wie in Berlin, denn auch in Brandenburg ist der größte Teil der Veränderungen auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurückzuführen. Die Differenzen bei der deutschen Bevölkerung lagen im Landesdurchschnitt bei -0,8% und in den Brandenburger Landkreisen und kreisfreien Städten

zwischen -1,9% und +0,5%, wobei lediglich die Landeshauptstadt Potsdam (+0,4%) und die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel (+0,5%) im Vergleich zur Bevölkerungsfortschreibung mehr Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit aufwiesen.

¹ Es gilt zu beachten, dass einige Prozentwerte auf geringen Absolutzahlen beruhen. Die Prozentwerte sind aber dennoch ein deutliches Indiz dafür, dass in allen Brandenburger Landkreisen und kreisfreien Städten die Anzahl der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit vor dem Zensus 2011 mitunter stark überhöht war.

Rund 55,6% (24 185 Personen) der im Land Brandenburg festgestellten Differenz von 43 488 Personen waren auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurückzuführen. Dieser Wert ist vor dem Hintergrund der deutlich geringeren Anzahl ausländischer Personen im Land Brandenburg bemerkenswert. Innerhalb der Verwaltungseinheiten kam es mitunter zu massiven Änderungen der Zahlen für diese Bevölkerungsgruppe.¹ So hat sich die Anzahl der Personen mit ausschließlich ausländischem Pass in den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz (-65,9%), Spree-Neiße (-58,2%), Ostprignitz-Ruppin (-55,2%), Oder-Spree (-53,3%), Uckermark (-53,1%) und Elbe-Elster (-50,9%) mehr als halbiert. Auch die Abweichungen in den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel (26,2%), Cottbus (-25,0%), Potsdam (-22,6%) und Frankfurt (Oder) (-22,2%) waren dementsprechend hoch. Die geringste Abweichung verzeichnete der Landkreis Havelland (-12,6%) (Tabelle 4).

Zusammenfassung

Die quantitative Differenzbetrachtung in den Ländern Berlin und Brandenburg sowie ihren administrativen (Verwaltungs-)Bezirken hat gezeigt, dass zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den bisher ermittelten Einwohnerzahlen aus der Bevölkerungsfortschreibung und dem registergestützten Zensus 2011 existieren. Auffallend ist, dass in der Analyse der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sowohl in Berlin als auch im Land Brandenburg ein entscheidender Faktor für die Differenzen begründet liegt. Bereits bei der hier vorgestellten einfachen Differenzbetrachtung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit lassen sich Unterschiede von einer Größenordnung identifizieren, die die Notwendigkeit einer regelmäßigen Bestandsaufnahme der Bevölkerung durch eine Bevölkerungszählung bzw. einen Zensus rechtfertigen.

Stefan Möller, Diplom-Geograph, ist seit Juli 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat *Zensus* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. Zuvor war er, ebenfalls im AfS, Projektkoordinator des Statistischen Informationssystems Berlin-Brandenburg – StatIS-BBB.

Wahlen

Wählerverhalten und soziales Umfeld bei der Europawahl in Berlin am 25. Mai 2014 – eine Aggregatdatenanalyse

von Anja Hlawatsch, Stefan Möller

Methodische Anmerkungen

Grundlage der folgenden Betrachtung sind die Stimmenanteile der Parteien bei der Wahl zum 8. Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 an allen Wahlberechtigten in Berlin.

Der Bezug auf die Wahlberechtigten anstatt auf die abgegebenen gültigen Stimmen, die für die Ermittlung des Wahlergebnisses verwendet werden, hat den Vorteil, dass hierdurch auch die Nichtwählerinnen und -wähler Teil der Betrachtung werden und für Vorwahlvergleiche eine gemeinsame Basis verwendet wird.

Untersucht wird der Zusammenhang zwischen dem Abschneiden der Parteien und demografischen Merkmalen bzw. sozialstrukturellen Indikatoren. Der Vorwahlvergleich bezieht sich auf die Wahl zum 7. Europäischen Parlament am 7. Juni 2009.

Bei Wahlanalysen haben sich sowohl demografische als auch sozioökonomische Indikatoren bewährt. Die verwendeten Indikatoren bzw. Sozialindikatoren finden sich in den Abbildungen c und d.

Über den Korrelationskoeffizienten Pearson r werden die Richtung und Stärke des linearen Zusammenhangs zwischen den Prozentsätzen der Parteien und den soziodemografischen Indikatoren bestimmt. Der Korrelationskoeffizient kann Werte zwischen -1 und $+1$ annehmen. Bei einem Koeffizienten nahe Null besteht kein linearer Zusammenhang. Innerhalb dieser Wahlanalyse werden die Koeffizienten ab $\pm 0,50$ interpretiert.

Die Berechnung erfolgte auf der Ebene der 529 Briefwahlbezirke, die sowohl die Ergebnisse der Stimmabgabe in den Wahllokalen als auch die Briefwahlergebnisse umfassen. Da die Zusammenhänge zwischen Wahlergebnis und sozialstrukturellen Indikatoren in beiden Teilen Berlins unterschiedlich – zum Teil sogar gegensätzlich – sind, werden die Stadthälften getrennt betrachtet.

Datenquellen für die soziodemografischen Merkmale sind die Einwohnerregisterstatistik zum Stand vom 31. Dezember 2013, Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, der Berliner Mietspiegel 2013 sowie das Regionale Bezugssystem des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Zusammengefasste Ergebnisse

Auf der Ebene der 529 Berliner Briefwahlbezirke lassen sich Zusammenhänge zwischen den Ergebnissen der Parteien und dem sozialen Umfeld im Wahlgebiet erkennen.

Die CDU war in den westlichen Wahlregionen mit älterer Bevölkerung, hoher Kirchengliederung und langer Wohndauer erfolgreich. In den östlichen Wahlregionen gab es keine signifikanten Zusammenhänge zwischen der CDU und den demografischen Merkmalen bzw. sozialstrukturellen Indikatoren.

Die GRÜNEN konnten sich in Wahlregionen mit einem hohen Anteil von Personen im mittleren Alter erfolgreich behaupten. Zudem bestand im Osten ein starker Zusammenhang zwischen der Kirchengliederung und den Stimmenanteilen der GRÜNEN.

Während die SPD im Osten von Berlin vergleichsweise gut in Wahlgebieten mit einem hohen Anteil von Personen mit Kirchengliederung abschnitt, lag ein eher unterdurchschnittlicher Zusammenhang in Gebieten mit hoher Quote von Leistungsempfängern nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) vor.

DIE LINKE war in Wahlregionen mit jüngeren Wahlberechtigten und Personen im mittleren Alter erfolgreich, dies traf vor allem auf den Westteil zu.

Ähnlich wie bei den GRÜNEN hatten die Freien Demokraten vergleichsweise große Erfolge in den Wahlregionen mit hoher Kirchengliederung.

Erwartbar erfolgreich schnitten die PIRATEN in den Wahlregionen mit jüngeren Wahlberechtigten ab.

Die Partei AfD konnte in Wahlregionen besonders viele Stimmenanteile auf sich vereinen, die durch einen hohen Anteil Älterer und einer Wohndauer von mindestens 5 Jahren gekennzeichnet sind. Hierfür stehen die positiven Ergebnisse in den Wahlregionen mit älteren Wahlberechtigten, einer langen Wohndauer und im Westteil mit einer hohen Kirchengliederung.

Zusammenhänge zwischen den Parteien

Berlin-Gesamt

Die Christdemokraten waren in den gleichen Wahlregionen erfolgreich wie die Partei AfD (Ostteil $r = 0,71$, Westteil $r = 0,91$) und die SPD (beide $r = 0,63$). Die GRÜNEN konnten dort überdurchschnittlich viele Stimmenanteile für sich verzeichnen, wo die PIRATEN ebenfalls stark abschnitten (Ostteil $r = 0,84$, Westteil $r = 0,74$).

Die erfolgreichen Wahlregionen der Sozialdemokraten waren auch die vergleichsweise starken Wahlregionen der FDP (Ostteil $r = 0,66$, Westteil $r = 0,65$).

Berlin-Ost

Im Ostteil Berlins waren die Hochburgen der GRÜNEN auch die erfolgreichen Wahlregionen der SPD ($r = 0,59$) und der FDP ($r = 0,69$).

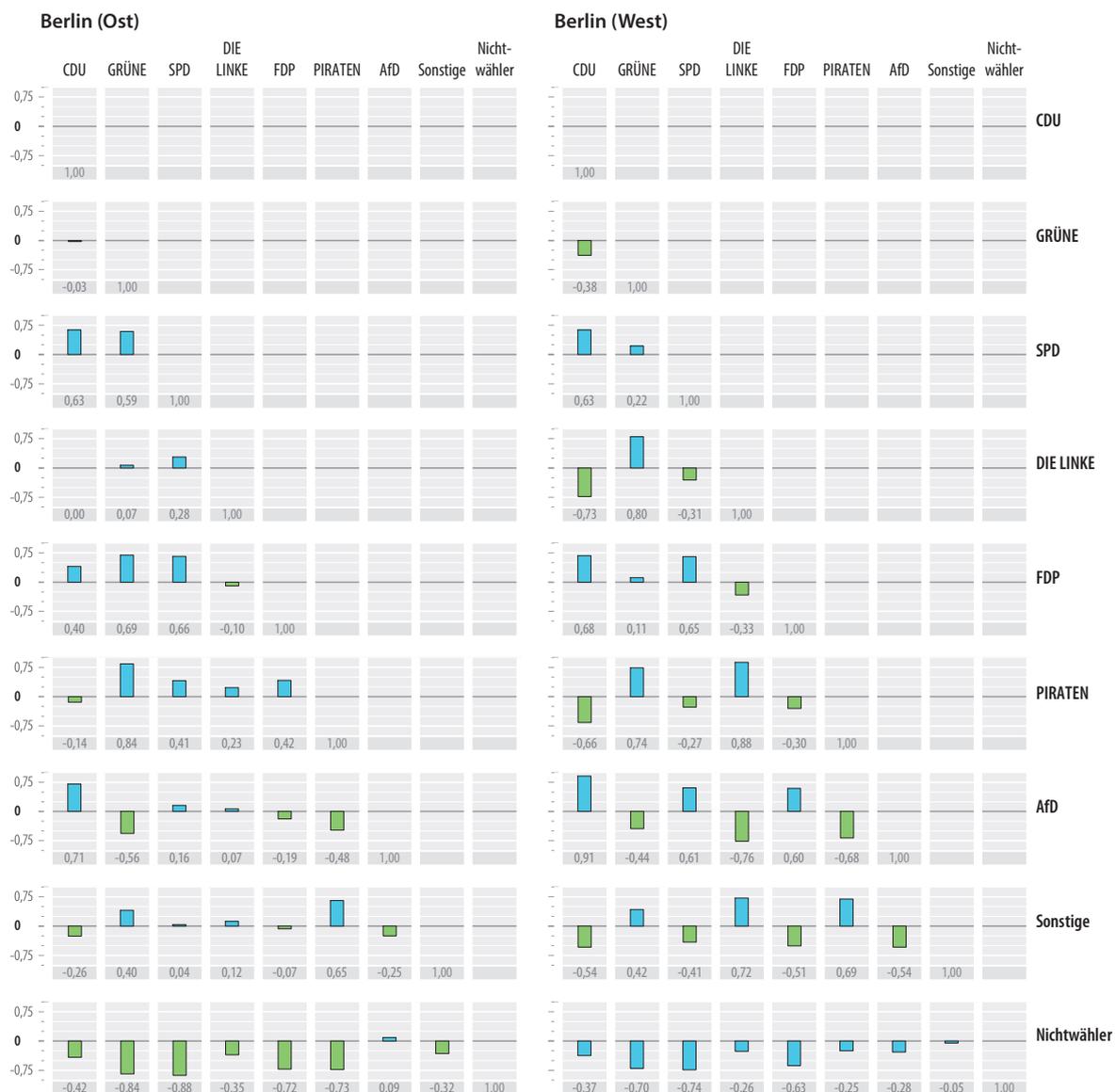
Die GRÜNEN waren in jenen Wahlregionen besonders stark, in denen die Partei AfD unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielte ($r = -0,56$).

Berlin-West

Im Westteil Berlins waren die Christdemokraten in den gleichen Regionen wie die Freien Demokraten erfolgreich ($r = 0,68$), während sie in den Regionen, in denen DIE LINKE und die PIRATEN besonders erfolgreich waren, nur schwach abschnitten (DIE LINKE: $r = -0,73$, PIRATEN: $r = -0,66$). Darüber hinaus konnte DIE LINKE im Westteil der Stadt die gleichen Gebiete für sich gewinnen wie die GRÜNEN ($r = 0,80$) und die PIRATEN ($r = 0,88$).

Die Partei AfD war in den westlichen Berliner Wahlregionen neben den starken Gebieten der CDU insbesondere auch dort erfolgreich, wo die Sozialdemokraten ($r = 0,61$) und die Freien Demokraten ($r = 0,59$) stark vertreten waren. Unterdurchschnittlich schnitt die AfD in den von den PIRATEN dominierten Regionen ab ($r = -0,68$).

a | Korrelationen zwischen den Stimmenanteilen ausgewählter Parteien bei der Europawahl in Berlin am 25. Mai 2014



Die CDU stark in Gebieten mit älterer Bevölkerungsstruktur

Die CDU war bei der Wahl zum Europäischen Parlament, wie bereits in früheren Wahlen, insbesondere in Gebieten mit älterer und kirchengebundener Bevölkerungsstruktur erfolgreich.

Dementsprechend konnten die Christdemokraten im Ostteil Berlins in Regionen mit jüngerer Bevölkerungsstruktur ($r = -0,64$) und strukturell benachteiligten Regionen mit einer hohen SGB II-Quote ($r = -0,73$) nur unterdurchschnittliche Erfolge erzielen.

Im Westteil der Stadt zeigt sich dies noch deutlicher: Dort konnten die Christdemokraten insbesondere in Regionen mit einer älteren Bevölkerung (65 Jahre und älter: $r = 0,84$), einem hohem Anteil Kirchenglieder ($r = 0,87$) und einer langen Wohndauer (Wohndauer 5 Jahre und länger: $r = 0,75$) Erfolge erzielen. Schwach waren sie hingegen in Gebieten mit einem hohen Anteil nichtdeutscher Bevölkerung (Deutsche mit Migrationshintergrund: $r = -0,62$; Ausländer: $r = -0,80$) sowie in Regionen mit

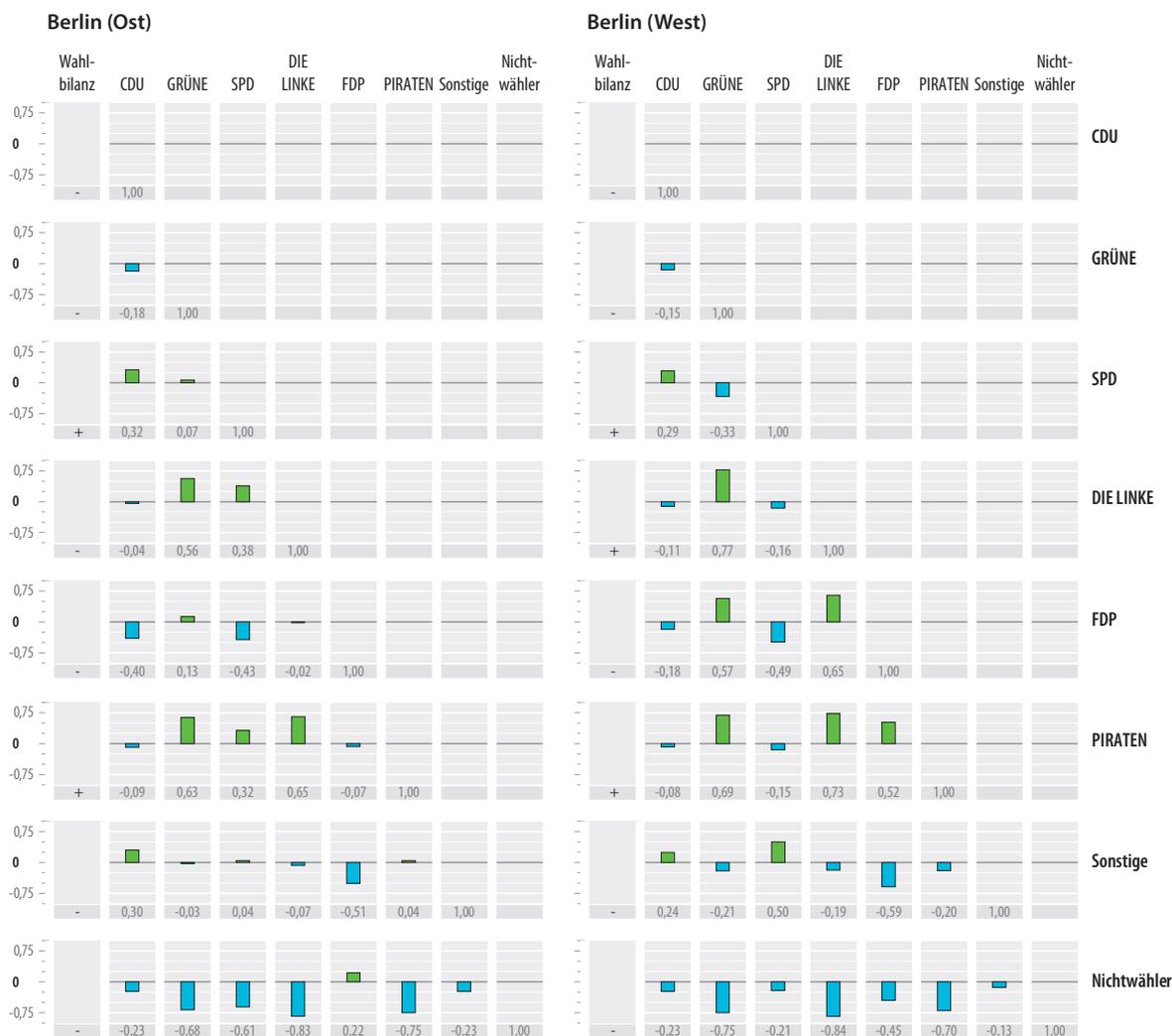
eingeschränkter Wohnqualität (einfache Wohnlage: $r = -0,58$), einem hohen Anteil Jüngerer ($r = -0,82$) und hoher SGB II-Quote ($r = 0,69$).

GRÜNE im Ostteil stark in Gebieten mit hohem Anteil Kirchenglieder und Ausländern

Wie bereits bei der Bundestagswahl 2013 wurden die GRÜNEN insbesondere in Regionen mit einem hohen Anteil an Einwohnern mittleren Alters (Ostteil $r = 0,63$, Westteil $r = 0,75$) gewählt. In Regionen mit älterer Bevölkerung schnitten sie hingegen unterdurchschnittlich ab (Ostteil $r = -0,62$, Westteil $r = -0,56$).

Überdies waren die GRÜNEN im Ostteil Berlins insbesondere in Regionen erfolgreich, die durch eine hohe Kirchengliederzahl geprägt sind ($r = 0,91$). Außerdem konnten die GRÜNEN in den östlichen Gebieten auch dort Erfolge erzielen, wo der Anteil der Ausländer hoch ist ($r = 0,59$). Wenig erfolgreich waren sie hingegen in den östlichen Gebieten mit geringer Wohnungsfunktionslage (Wohndauer 5 Jahre und länger: $r = -0,66$).

b | Korrelationen zwischen den Veränderungen der Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Europawahl in Berlin am 25. Mai 2014 und der Europawahl am 7. Juni 2009



Die SPD in strukturell benachteiligten Gebieten unterdurchschnittlich

Nur wenig erfolgreich waren die Sozialdemokraten in strukturell benachteiligten Gebieten. So erzielte die SPD in Regionen mit einer hohen SGB II-Quote nur unterdurchschnittliche Erfolge (Ostteil: $r = -0,84$, Westteil: $r = -0,85$). Darüber hinaus schnitten die

Sozialdemokraten in westlichen Berliner Regionen mit einfacher Wohnlage schlecht ab ($r = -0,78$). Ebenso schwach waren sie im Westteil Berlins in Regionen mit einem hohen Anteil an Deutschen mit Migrationshintergrund ($r = -0,65$) und Ausländern ($r = -0,58$).

c | Korrelationen der Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Europawahl in Berlin am 25. Mai 2014 mit verschiedenen Strukturindikatoren



Im westlichen Teil Berlins schnitten die Sozialdemokraten darüber hinaus in folgenden Regionen gut ab: Sie konnten dort Erfolge erzielen, wo einerseits ein hoher Anteil der Bevölkerung kirchenzugehörig ($r = 0,66$) und andererseits die Wohnungsfluktuation gering ist (Wohndauer 5 Jahre und länger: $r = 0,63$). Schwach war die SPD jedoch in den westlichen Regionen mit einer jüngeren Einwohnerstruktur ($r = -0,67$).

DIE LINKE im Westteil in Regionen mit hohem Anteil Älterer schwach

Im Westteil Berlins konnte DIE LINKE insbesondere in Regionen mit einem hohen Anteil an Jüngeren ($r = 0,65$) und Personen mittlerer Altersgruppen ($r = 0,64$) Erfolge erzielen, während sie in den Gebieten mit einer älteren Einwohnerschaft schwach war ($r = -0,79$).

d | Korrelationen der Veränderung der Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Europawahl in Berlin am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 mit verschiedenen Strukturindikatoren



Geringe Erfolge erzielte die Partei DIE LINKE in Wahlregionen mit einem hohen Anteil von Personen mit Kirchengliederung ($r = -0,65$) sowie einer langen Wohndauer ($r = -0,51$).

Stark war DIE LINKE hingegen im Westteil Berlins dort, wo ein hoher Ausländeranteil zu verzeichnen ist ($r = 0,69$).

Die FDP stark in Wahlregionen mit hoher Kirchengliederung

Die Freien Demokraten waren dort besonders stark, wo ein hoher Anteil von Personen mit Kirchengliederung zu verzeichnen ist (Ostteil $r = 0,78$, Westteil $r = 0,57$). Wenig Erfolg hatten sie hingegen in Wahlregionen mit einem hohen Anteil SGB II-Bezieherinnen und -Bezieher (Ostteil $r = -0,56$, Westteil $r = -0,70$).

Im Osten Berlins konnte die FDP viele Stimmenanteile in Wahlregionen gewinnen, die durch einen hohen Anteil an Personen mittleren Alters gekennzeichnet sind ($r = 0,59$). Auch in Wahlregionen mit einem hohen Ausländeranteil hatten die Freien Demokraten im Ostteil Berlins Erfolg ($r = 0,57$).

Bei der Europawahl 2009 schnitten die Freien Demokraten in den westlichen Wahlregionen mit guter Wohnlage überdurchschnittlich stark ab. Dieser Zusammenhang bestand auch bei der Europawahl 2014 ($r = 0,76$).

Die westlichen Wahlregionen mit einem hohen Anteil junger Erwachsener ($r = -0,56$) und einfacher Wohnlage ($r = -0,66$) waren hingegen nicht die Wahlregionen der Freien Demokraten.

Die PIRATEN besonders stark in Gebieten mit hohem Anteil Jüngerer

Wenig überraschend waren die PIRATEN vor allem in Wahlregionen mit einem hohen Anteil von jungen Erwachsenen erfolgreich (Ostteil $r = 0,51$, Westteil $r = 0,71$). Wohnregionen, deren Bewohnerinnen und Bewohner eine Wohndauer von mindestens 5 Jahren aufweisen, zählen nicht zu den erfolgreichen Wahlregionen (Ostteil $r = -0,65$, Westteil $r = -0,53$).

Ein ambivalentes Bild zeigt sich bei dem Zusammenhang zwischen den PIRATEN und dem Indikator „Kirchengliederung“. Während im Ostteil Berlins ein positiver Zusammenhang ($r = 0,70$) bestand, fiel das Ergebnis im Westteil Berlins negativ aus ($r = -0,59$).

Eher wenig Erfolg hatten die PIRATEN in den Wahlregionen mit einem hohen Anteil Älterer. Dies traf vor allem auf den Westteil ($r = -0,79$), aber auch etwas schwächer auf den Ostteil ($r = -0,54$) zu, wobei der negative Zusammenhang im Vergleich zur Europawahl 2009 im Westteil weiterhin abnahm ($r = -0,70$).

Im Westen waren die PIRATEN in Wahlregionen erfolgreich, die durch einen hohen Anteil Erwachsener im mittleren Alter ($r = 0,59$) und einen hohen Ausländeranteil ($r = 0,65$) gekennzeichnet sind.

Die Partei AfD erfolgreich in Gebieten mit einem hohen Anteil Älterer

Die Alternative für Deutschland konnte in Wahlregionen mit einem hohen Anteil älterer Personen einen überdurchschnittlichen Erfolg erzielen (Ostteil $r = 0,57$, Westteil $r = 0,82$). Ebenfalls überdurchschnittlich stark war die Partei AfD in Wahlregionen mit hoher Wohndauer (Ostteil $r = 0,77$, Westteil $r = 0,70$) vertreten.

Schwächer schnitt die Partei AfD hingegen in Wahlregionen ab, die durch einen hohen Anteil Jüngerer gekennzeichnet sind. Dies traf auf beide Stadthälften zu (Ostteil $r = -0,67$, Westteil $r = -0,79$). Ferner wurde sie in Wahlregionen mit einem hohen Ausländeranteil eher unterdurchschnittlich gewählt (Ostteil $r = -0,59$, Westteil $r = -0,79$). Korrespondierend hierzu schnitten sie auch in Wahlregionen mit einem hohen Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund schwach ab, wobei dies stärker für den Westteil ($r = -0,59$) als für den Ostteil ($r = -0,43$) zutraf.

Im Westteil von Berlin bestand ein unterdurchschnittlicher Zusammenhang zwischen der Partei AfD und den Wahlregionen mit hoher SGB II-Quote ($r = -0,65$) und einfacher Wohnlage ($r = -0,57$). Erfolgreich war die Partei AfD jedoch in Wahlregionen mit einem hohen Anteil von Personen mit Kirchengliederung ($r = 0,81$).

Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler hoch in benachteiligten Wahlregionen

Ein starker Zusammenhang zwischen den Nichtwählerinnen und Nichtwählern bestand in Wahlregionen mit hoher SGB II-Quote (Ostteil $r = 0,81$, Westteil $r = 0,79$). Ebenfalls konnte im Westteil von Berlin ein positiver Zusammenhang zwischen den Nichtwählerinnen und Nichtwählern und den Wahlregionen festgestellt werden, die einen hohen Anteil Deutscher mit Migrationshintergrund ($r = 0,61$) aufweisen sowie durch eine einfache Wohnlage ($r = 0,59$) gekennzeichnet sind.

Der Nichtwähleranteil im Ostteil von Berlin war dort besonders schwach, wo die Wahlregionen einen hohen Anteil von Personen mit Kirchengliederung ($r = -0,80$) aufweisen. Dieser negative Zusammenhang konnte sich im Vergleich zur Europawahl 2009 verstärken ($r = -0,69$).

Anja Hlawatsch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat Mikrodaten, Analysen, Forschungsdatenzentrum des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Stefan Möller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat Zensus des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Wahlen

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl in Berlin am 25. Mai 2014

von **Geert Baasen**

Zur Europawahl am 25. Mai 2014 wurde bundesweit eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Diese Statistik ermöglicht die Untersuchung des Wahlverhaltens nach Geschlecht und Altersgruppen. Im Unterschied zu umfragebasierten Daten liegen den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik die Wählerverzeichnisse und die Stimmzettel ausgewählter Wahllokale und Briefwahlbezirke zugrunde. Die repräsentative Wahlstatistik liefert damit eine verlässliche Datenbasis für tiefer gehende Untersuchungen des Wahlverhaltens.

Der Bundeswahlleiter hat im Einvernehmen mit der Berliner Landeswahlleiterin und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg eine Stichprobe von 106 der 1709 Urnenwahl- und 26 der 529 Briefwahlbezirke gezogen [1]. Alle Briefwahlbezirke und 105 Urnenwahlbezirke konnten realisiert werden; in einem Urnenwahlbezirk hatte der Wahlvorstand falsch gekennzeichnete Stimmzettel ausgegeben.

Die repräsentative Wahlstatistik besteht aus zwei Teilen: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe.

Zur Untersuchung der Wahlbeteiligung wurden die Wählerverzeichnisse in den ausgewählten Wahlbezirken nach Geschlecht und den folgenden 10 Altersgruppen ausgezählt:

Geburtsjahrggruppen	Altersgruppen
1. 1994 – 1996	unter 21
2. 1990 – 1993	21 bis unter 25
3. 1985 – 1989	25 bis unter 30
4. 1980 – 1984	30 bis unter 35
5. 1975 – 1979	35 bis unter 40
6. 1970 – 1974	40 bis unter 45
7. 1965 – 1969	45 bis unter 50
8. 1955 – 1964	50 bis unter 60
9. 1945 – 1954	60 bis unter 70
10. 1944 und früher	70 und älter

Zur Untersuchung der Stimmenabgabe wurden in den ausgewählten Wahlbezirken Stimmzettel ausgegeben, die mit einem Unterscheidungsaufdruck für das Geschlecht und das Alter der Wählenden, unterteilt in die folgenden sechs Altersgruppen, versehen waren:

Geburtsjahrggruppen	Altersgruppen
1. 1990 – 1996	unter 25
2. 1980 – 1989	25 bis unter 35
3. 1970 – 1979	35 bis unter 45
4. 1955 – 1969	45 bis unter 60
5. 1945 – 1954	60 bis unter 70
6. 1944 und früher	70 und älter

Bei der vorangegangenen Europawahl am 7. Juni 2009 gab es fünf Altersgruppen: Die ersten vier Altersgruppen waren mit den heutigen identisch – die 5. Gruppe umfasste damals Wahlberechtigte im Alter von 60 und mehr Lebensjahren.

Das Wahlgeheimnis zu wahren, ist oberster Grundsatz der Wahlstatistik. Deshalb enthielten die Stimmzettel in einem repräsentativen Wahllokal lediglich einen Unterscheidungsaufdruck für die Wählergruppen, beispielsweise für die Gruppe von Frauen der Altersjahrgänge 1990 bis 1996: „Frau, geboren 1990–1996“. Weil zu jeder derartigen Gruppe

1 | Amtliches Ergebnis und Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik bei der Europawahl in Berlin am 25. Mai 2014 in %

Ergebnisse	Wahlbeteiligung	CDU	GRÜNE	SPD	DIE LINKE	FDP	PIRATEN	AFD	Sonstige
Berlin									
Amtliches Ergebnis.....	46,7	20,0	19,1	24,0	16,2	2,8	3,2	7,9	6,7
Repräsentative Wahlstatistik	50,0	19,7	19,5	23,9	16,8	2,8	3,1	7,9	6,4
Berlin-Ost									
Amtliches Ergebnis.....	42,9	14,1	16,5	21,1	26,8	1,9	3,6	8,2	7,8
Repräsentative Wahlstatistik	44,1	14,7	14,7	21,5	27,9	1,7	3,2	9,0	7,4
Berlin-West									
Amtliches Ergebnis.....	49,5	23,7	20,6	25,9	9,7	3,3	3,0	7,7	6,1
Repräsentative Wahlstatistik	54,0	22,9	22,6	25,4	9,7	3,5	3,0	7,2	5,7

zahlreiche Personen gehören, ist ein Rückschluss auf das Wahlverhalten Einzelner unmöglich. Um in die Stichprobe einbezogen werden zu können, mussten die ausgewählten Urnenwahlbezirke mindestens 400 Wahlberechtigte und die ausgewählten Briefwahlbezirke mindestens 400 Briefwähler bei der vergangenen Europawahl umfassen.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik weichen von denen der Grundgesamtheit ab, da sie auf Basis einer Stichprobe gewonnen wurden. Die Abweichungen zum amtlichen Ergebnis können Tabelle 1 entnommen werden:

Die wesentlichen Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik werden im Folgenden kurz dargestellt. Der komplette Statistische Bericht [2] mit den Ergebnissen in tabellarischer Form ist im Internet unter www.wahlen-berlin.de veröffentlicht. In diesem Statistischen Bericht sind die Ergebnisse der Stichprobe im Gegensatz zur Veröffentlichung des Bundeswahlleiters nicht hochgerechnet, da zum Zeitpunkt der Drucklegung die Hochrechnungsfaktoren des Bundeswahlleiters noch nicht zur Verfügung standen.

Ältere Wahlberechtigte und Frauen machten häufiger von der Briefwahl Gebrauch

Bei der Europawahl 2014 wurden in Berlin insgesamt 371 976 Wahlscheine ausgestellt – bezogen auf die Wahlberechtigten (2 519 758) betrug der Anteil 14,8%. Bei der vorangegangenen Europawahl am 7. Juni 2009 wurde nur für 9,7% der Wahlberechtigten ein Wahlschein ausgestellt (Tabelle 2).

In der Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik lag der Anteil der ausgestellten Wahlscheine bei 15,8%, also leicht über dem der Grundgesamtheit.

Am niedrigsten war dieser Anteil bei den jüngsten Wahlberechtigten im Alter von 18 bis unter 21 Jahre mit 8,3%. Ab dieser Altersgruppe stieg der Anteil von Altersgruppe zur Altersgruppe fast stetig an und erreichte bei den ältesten Wahlberechtigten das Maximum (20,5%), (Abbildung a).

Der Anteil der Wahlscheinanträge lag bei den Frauen um 1,6 Prozentpunkte (2009: 0,7 Prozentpunkte) höher als bei den Männern. Mit Ausnahme der Personen im Alter von 70 und mehr Jahren beantragten in jeder Altersgruppe prozentual mehr Frauen als Männer einen Wahlschein.

Wahlbeteiligung steigt mit dem Alter

An der Europawahl 2014 beteiligten sich in Berlin 46,7% der Wahlberechtigten. Gegenüber der letzten Europawahl 2009 bedeutet das einen Anstieg um 11,6 Prozentpunkte. Ursächlich dafür ist vermutlich weniger ein gestiegenes Interesse an der Europawahl als vielmehr die Tatsache, dass zeitgleich ein Volksentscheid über den Erhalt des Tempelhofer Feldes stattfand. Wie Auswertungen zeigen, wirkt sich die Zusammenlegung von Wahlereignissen positiv auf die Wahlbeteiligung aus [3].

In der Stichprobe lag die Wahlbeteiligung bei 50,0%¹ und damit um 3,3 Prozentpunkte höher als in der Grundgesamtheit. Besonders niedrig war die Wahlbeteiligung bei den jüngeren Wahlberechtigten: Von den 18- bis unter 21-Jährigen gaben 41,3% ihre Stimme ab und von den 21- bis unter 25-Jährigen 41,1%.

Ab dieser Altersgruppe nahm die Wahlbeteiligung mit steigendem Alter fast stetig zu – bis zu den 60- bis unter 70-Jährigen. Hier beteiligten sich 55,2% an

2 | Wahlscheinempfängerinnen und -empfänger bei der Europawahl in Berlin am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht in %

Alter in Jahren	Wahlscheinempfänger (bezogen auf die Wahlberechtigten)					
	2014			2009		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
18 bis unter 21...	8,3	7,9	8,7	4,5	4,5	4,5
21 bis unter 25...	9,6	7,6	11,5	4,6	4,5	4,7
25 bis unter 30...	11,6	9,7	13,4	5,4	5,2	5,7
30 bis unter 35...	12,1	10,7	13,5	6,7	6,0	7,4
35 bis unter 40...	11,9	11,2	12,5	7,5	7,8	7,3
40 bis unter 45...	13,1	13,1	13,2	8,4	8,1	8,6
45 bis unter 50...	13,7	13,4	14,1	8,3	7,9	8,8
50 bis unter 60...	16,4	15,4	17,5	10,1	9,4	10,7
60 bis unter 70...	20,3	19,7	20,9	13,5	13,3	13,8
70 und älter.....	20,5	21,4	20,0	14,0	15,0	13,3
Insgesamt	15,8	14,9	16,5	9,6	9,2	9,9

a | Wahlscheine auf 100 Wahlberechtigte bei den Europawahlen 2014 und 2009 in Berlin nach Altersgruppen



¹ Wie eingangs erwähnt, handelt es sich bei der repräsentativen Wahlstatistik um eine Stichprobe, deren Ergebnisse von denen der Grundgesamtheit abweichen können. Bei der Wahlbeteiligung werden die Wahlberechtigten mit Stimmabgabevermerk (Wähler bzw.

Wählerin im Wahllokal), die Wahlberechtigten mit Wahlschein (Wahlscheinempfänger bzw. -empfängerin) und die Nichtwähler bzw. Nichtwählerinnen anhand der Wählerverzeichnisse in den ausgewählten Wahlbezirken ausgezählt. Nach dem vom Statistischen Bundes-

amt festgelegten Verfahren werden alle Wahlscheinempfänger und -empfängerinnen als Wähler bzw. Wählerin gezählt, unabhängig davon, ob sie durch Briefwahl oder durch Stimmabgabe im Wahllokal oder überhaupt nicht an der Wahl teilgenommen haben. Bei

dieser Wahl sind in Berlin nach dem endgültigen Ergebnis rund 8,5% der Wahlscheine nicht wirksam zur Wahl genutzt worden. Die Wahlbeteiligung wurde durch dieses Verfahren deshalb systematisch um 1,3 Prozentpunkte überschätzt.

der Wahl. Danach sank die Wahlbeteiligung wieder, und zwar auf 51,6% in der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten im Alter von 70 und mehr Lebensjahren (Tabelle 3).

Grundsätzlich gilt also: je höher das Alter, desto höher die Wahlbeteiligung. Dieser enge Zusammenhang mit dem Alter, bei dem in der Regel lediglich die Altersgruppen der jüngsten und der ältesten Wahlberechtigten abweichen, war auch bei der Europawahl 2009 in Berlin zu beobachten und gilt allgemein bei Wahlen in Deutschland.

In der Stichprobe ist die Wahlbeteiligung insgesamt um 14,1 Prozentpunkte gestiegen, wobei in jeder Altersgruppe deutlich mehr Wahlberechtigte zur Wahl gegangen sind als 2009. Am stärksten war der Anstieg bei den jüngeren Wahlberechtigten: +17,2 Prozentpunkte in der Altersgruppe 21 bis unter 25 Jahre und +17,1 Prozentpunkte in der Altersgruppe 18 bis unter 21 Jahre. Am geringsten stieg die Wahlbeteiligung bei den ältesten Wahlberechtigten (+9,4 Prozentpunkte). Die Spannweite zwischen der Altersgruppe mit der niedrigsten und der mit der höchsten Wahlbeteiligung hat sich dadurch deutlich verringert, und zwar von 19,4 Prozentpunkten 2009 auf 14,1 Prozentpunkte 2014. Möglicherweise ist der starke Anstieg der Wahlbeteiligung bei den jüngeren Altersgruppen darauf zurückzuführen, dass in diesen Gruppen ein größeres Interesse am zeitgleich stattgefundenen Volksentscheid bestand als bei den älteren Wahlberechtigten.

Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei den Frauen bei 49,7% und damit wieder geringfügig (0,6 Prozentpunkte) unter der der Männer (50,3%). In den einzelnen Altersgruppen gab es dabei deutliche Un-

terschiede. So lag der Anteil bei den Frauen in acht von zehn Altersgruppen höher als der bei den Männern oder gleichauf. Lediglich in den beiden Gruppen mit den ältesten Wahlberechtigten beteiligten sich wie 2009 prozentual zum Teil sehr viel weniger Frauen als Männer. Die Differenz bei den Wahlberechtigten 70 plus betrug 8,2 Prozentpunkte – der Betrag der Abweichung ist damit sogar deutlich größer als der bei den anderen Altersgruppen. Bei den Männern konnte wieder in der Gruppe 70 plus die höchste Beteiligung beobachtet werden und bei Frauen eine sehr viel niedrigere als in der davor liegenden Altersgruppe (Abbildung b).

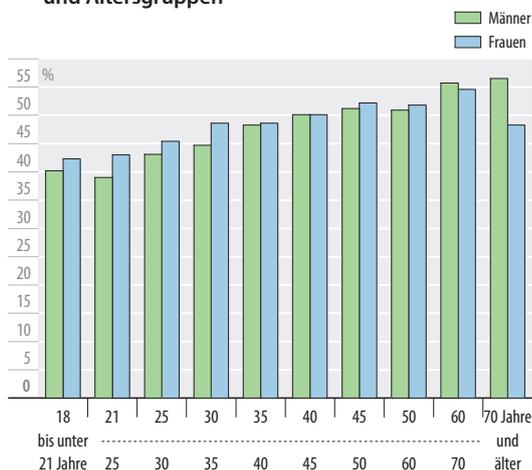
3 | Wahlbeteiligung bei den Europawahlen in Berlin am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
%						Prozentpunkte			
18 bis unter 21...	41,3	40,2	42,3	24,2	24,3	24,1	17,1	15,9	18,2
21 bis unter 25...	41,1	39,0	43,0	23,9	23,3	24,5	17,2	15,7	18,5
25 bis unter 30...	44,3	43,1	45,4	27,7	27,4	28,0	16,6	15,7	17,4
30 bis unter 35...	46,7	44,7	48,6	31,5	31,3	31,7	15,2	13,4	16,9
35 bis unter 40...	48,5	48,3	48,6	32,7	33,0	32,4	15,8	15,3	16,2
40 bis unter 45...	50,1	50,1	50,1	35,8	35,8	35,8	14,3	14,3	14,3
45 bis unter 50...	51,7	51,2	52,2	35,3	34,7	35,9	16,4	16,5	16,3
50 bis unter 60...	51,4	50,9	51,8	37,2	36,7	37,7	14,2	14,2	14,1
60 bis unter 70...	55,2	55,7	54,6	43,3	43,4	43,2	11,9	12,3	11,4
70 und älter.....	51,6	56,5	48,3	42,2	46,4	39,6	9,4	10,1	8,7
Insgesamt	50,0	50,3	49,7	35,9	36,0	35,8	14,1	14,3	13,9

4 | Gültige Stimmen für ausgewählte Parteien bei der Europawahl in Berlin am 25. Mai 2014 nach Alter und Geschlecht in %

Alter in Jahren	Ins-gesamt	CDU	GRÜNE	SPD	DIE LINKE	FDP	PIRATEN	AfD	Sons-tige
Insgesamt									
18 bis unter 25...	100	14,2	26,6	17,7	16,5	2,2	6,6	5,0	11,3
25 bis unter 35...	100	13,0	29,4	17,6	16,5	2,3	6,4	5,1	9,6
35 bis unter 45...	100	15,2	29,4	19,1	14,2	3,0	4,4	6,7	8,1
45 bis unter 60...	100	17,7	22,7	21,5	16,7	2,8	2,7	9,3	6,6
60 bis unter 70...	100	20,2	12,4	29,9	19,4	2,7	1,3	10,0	4,1
70 und älter.....	100	31,3	4,8	32,0	17,2	3,1	0,5	8,3	2,7
Insgesamt	100	19,7	19,5	23,9	16,8	2,8	3,1	7,9	6,4
Männer									
18 bis unter 25...	100	15,1	20,2	19,2	16,2	2,7	8,4	6,1	12,2
25 bis unter 35...	100	13,2	23,2	18,4	17,2	3,0	8,4	6,7	10,0
35 bis unter 45...	100	14,0	24,8	19,9	14,5	3,8	6,0	8,4	8,6
45 bis unter 60...	100	17,3	19,5	21,9	16,3	3,5	3,2	11,7	6,4
60 bis unter 70...	100	18,5	10,8	29,2	20,9	3,1	1,4	12,2	3,8
70 und älter.....	100	28,6	4,0	31,3	18,7	3,5	0,6	10,6	2,6
Insgesamt	100	18,5	16,5	23,9	17,3	3,4	4,0	10,0	6,5
Frauen									
18 bis unter 25...	100	13,3	32,7	16,2	16,8	1,7	4,9	3,9	10,4
25 bis unter 35...	100	12,8	35,3	16,9	15,9	1,7	4,5	3,5	9,3
35 bis unter 45...	100	16,5	34,1	18,3	13,9	2,2	2,6	4,8	7,5
45 bis unter 60...	100	18,1	25,9	21,0	17,0	2,1	2,1	6,9	6,9
60 bis unter 70...	100	21,7	13,9	30,4	18,0	2,3	1,2	8,0	4,4
70 und älter.....	100	33,5	5,5	32,7	16,0	2,7	0,4	6,4	2,8
Insgesamt	100	20,9	22,3	23,9	16,3	2,2	2,2	6,0	6,2

b | Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 25. Mai 2014 in Berlin nach Geschlecht und Altersgruppen



Möglicherweise haben entsprechend des traditionellen Rollenbildes, insbesondere in der Generation der vor 1944 Geborenen, Frauen deutlich weniger Interesse an Politik als Männer und beteiligen sich deshalb zu einem geringen Anteil an Wahlen. Es würde sich dann bei der niedrigeren Beteiligung älterer Frauen um einen Kohorteneffekt handeln, der in den nächsten Jahren aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung langsam verschwindet. Wenn dies aber die Ursache wäre, hätte die Wahlbeteiligung in den Vorjahren, insbesondere bei der Europawahl 2004 bei den zwischen 1935 und 1944 geborenen Frauen (damals Altersgruppe 60 bis unter 70) schon deutlich niedriger sein müssen als die der Männer. Dies ließ sich aber so nicht beobachten. Im Gegenteil: 2004 wählten die zwischen 1935 und 1944 geborenen Frauen zu einem höheren Anteil als die Männer dieser Altersgruppe. In der „ältesten“ Altersgruppe trat auch damals schon das Phänomen einer deutlich niedrigeren Beteiligung älterer Frauen gegenüber gleichaltriger Männer zu Tage. Es ist deshalb wahrscheinlicher, dass wir es hier mit einem Alterseffekt zu tun haben. Ab einem bestimmten Alter ist die Partizipation der Männer höher als die der Frauen. Ursächlich dafür könnte sein, dass mit dem Alter das gleichzeitige Auftreten mehrerer Krankheiten (Multimorbidität) zunimmt und Frauen davon stärker betroffen sind als Männer, da sie eine höhere Lebenserwartung haben [4].

Wie eingangs erwähnt, untersucht die repräsentative Wahlstatistik nicht nur, wie sich die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht unterscheidet,

sondern auch für welche Wahlvorschläge die so unterschiedenen Gruppen votiert haben. Vorab wird zur besseren Einordnung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik kurz das Wahlergebnis dargestellt.

AfD und SPD gehen als deutliche Gewinner aus der Wahl hervor – FDP, GRÜNE und CDU erleiden Verluste

Die Alternative für Deutschland (AfD), die erstmals bei einer bundesweiten Wahl angetreten ist, holte aus dem Stand in Berlin 7,9% der Stimmen und ging damit als Gewinner aus der Europawahl hervor. Deutlich gewonnen haben auch die Sozialdemokraten gegenüber der Europawahl 2009. Sie konnten dadurch die Christdemokraten, die Verluste hinnehmen mussten, vom ersten Platz verdrängen. Noch stärker als die CDU hat die FDP verloren – ihr blieben nur noch 2,8% der Stimmen. Ebenfalls verloren haben die GRÜNEN, die vom zweiten auf den dritten Platz zurückgefallen sind [5].

Vermutlich hat sich durch die Zusammenlegung von Europawahl und Volksentscheid die Wahlbeteiligung erhöht. Personen gaben bei der Europawahl ihre Stimme ab, die andernfalls vermutlich zu Hause geblieben wären. Bei der Interpretation der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik ist dies zu berücksichtigen.

Da sich das Wahlverhalten im Ost- und Westteil der Stadt nach wie vor zum Teil erheblich unterscheidet, wird im Folgenden besonderes Augenmerk auf die beiden Stadthälften gelegt (Tabelle 5).

5 | Gültige Stimmen für ausgewählte Parteien bei der Europawahl in Berlin-Ost und Berlin-West am 25. Mai 2014 nach Alter und Geschlecht in %

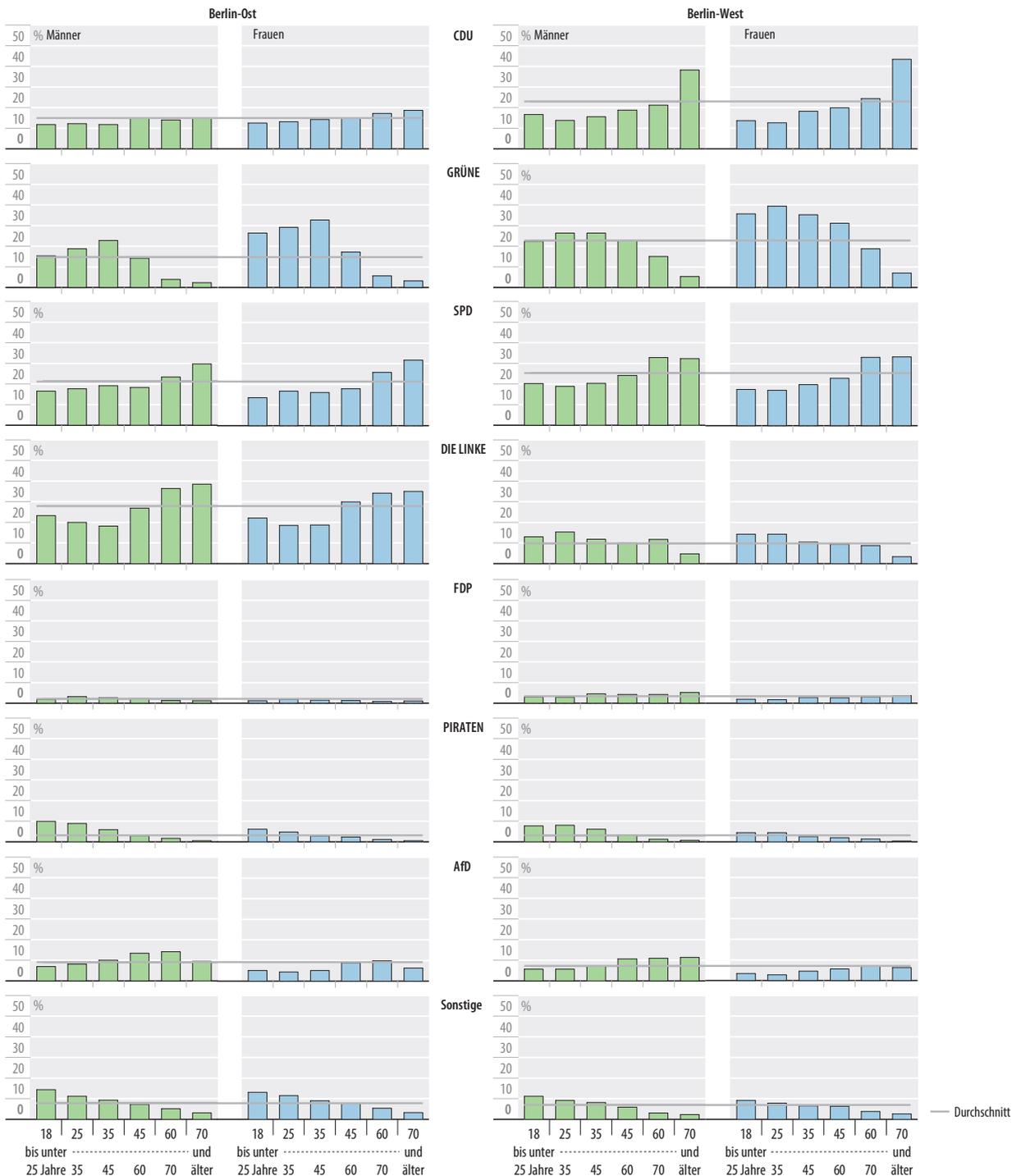
Alter in Jahren	Ins-gesamt	CDU	GRÜNE	SPD	DIE LINKE	FDP	PIRATEN	AfD	Sons-tige	Ins-gesamt	CDU	GRÜNE	SPD	DIE LINKE	FDP	PIRATEN	AfD	Sons-tige	
Berlin-Ost insgesamt										Berlin-West insgesamt									
18 bis unter 25...	100	12,1	21,0	15,0	22,6	1,5	8,0	6,1	13,7	100	15,1	29,1	18,9	13,7	2,5	6,0	4,5	10,2	
25 bis unter 35...	100	12,7	24,1	17,2	19,2	2,5	6,7	6,3	11,4	100	13,2	33,0	17,9	14,7	2,3	6,1	4,2	8,5	
35 bis unter 45...	100	13,0	27,6	17,6	18,4	2,1	4,4	7,7	9,1	100	16,9	30,7	20,2	11,1	3,7	4,3	5,9	7,3	
45 bis unter 60...	100	15,0	15,6	18,0	28,3	1,7	2,6	11,2	7,5	100	19,4	27,0	23,5	9,7	3,4	2,7	8,2	6,1	
60 bis unter 70...	100	15,7	4,8	24,6	35,2	1,1	1,4	12,0	5,3	100	22,9	17,0	33,0	10,1	3,6	1,3	8,8	3,4	
70 und älter.....	100	17,0	2,8	30,8	36,7	1,1	0,5	7,8	3,2	100	41,1	6,2	32,9	3,9	4,4	0,5	8,6	2,5	
Insgesamt	100	14,7	14,7	21,5	27,9	1,7	3,2	9,0	7,4	100	22,9	22,6	25,4	9,7	3,5	3,0	7,2	5,7	
Männer										Männer									
18 bis unter 25...	100	11,8	15,3	16,5	23,2	1,8	9,9	7,0	14,4	100	16,6	22,3	20,3	13,0	3,1	7,7	5,7	11,2	
25 bis unter 35...	100	12,2	18,7	17,7	20,0	3,2	8,9	8,1	11,2	100	13,8	26,3	18,9	15,3	2,9	8,0	5,7	9,2	
35 bis unter 45...	100	11,8	22,8	19,2	18,2	2,7	5,9	10,1	9,3	100	15,6	26,3	20,4	11,8	4,6	6,1	7,2	8,1	
45 bis unter 60...	100	14,9	14,2	18,3	26,8	2,2	2,9	13,4	7,3	100	18,8	22,8	24,2	9,9	4,2	3,4	10,7	5,9	
60 bis unter 70...	100	14,0	3,9	23,4	36,4	1,3	1,7	14,2	5,2	100	21,2	15,0	32,8	11,7	4,2	1,2	11,0	3,0	
70 und älter.....	100	15,0	2,3	29,8	38,5	1,2	0,5	9,5	3,1	100	38,2	5,3	32,3	4,7	5,2	0,7	11,4	2,3	
Insgesamt	100	13,7	12,4	21,4	28,0	2,1	4,0	11,0	7,4	100	21,6	19,2	25,5	10,4	4,2	3,9	9,3	5,9	
Frauen										Frauen									
18 bis unter 25...	100	12,5	26,4	13,5	22,1	1,2	6,1	5,2	13,1	100	13,7	35,7	17,5	14,3	1,9	4,4	3,4	9,2	
25 bis unter 35...	100	13,2	29,1	16,7	18,5	1,8	4,7	4,5	11,5	100	12,6	39,4	17,1	14,2	1,7	4,4	2,8	7,8	
35 bis unter 45...	100	14,2	32,7	16,0	18,7	1,5	2,8	5,2	9,0	100	18,2	35,2	19,9	10,4	2,8	2,5	4,6	6,5	
45 bis unter 60...	100	15,1	17,1	17,8	29,9	1,3	2,3	8,9	7,8	100	19,9	31,1	22,9	9,4	2,6	2,0	5,7	6,3	
60 bis unter 70...	100	17,2	5,6	25,8	34,1	0,9	1,1	9,9	5,4	100	24,4	18,7	33,1	8,7	3,1	1,3	6,9	3,8	
70 und älter.....	100	18,7	3,2	31,7	35,0	1,1	0,5	6,4	3,2	100	43,4	7,0	33,3	3,3	3,7	0,4	6,3	2,6	
Insgesamt	100	15,7	16,8	21,6	27,8	1,3	2,3	7,0	7,4	100	24,2	25,8	25,3	9,1	2,8	2,1	5,3	5,5	

Christdemokraten erzielen bestes Ergebnis bei den ältesten Wählerinnen

Die Zustimmung zur CDU stieg fast stetig mit dem Alter. So wurde bei den 25- bis unter 34-Jährigen mit 13,0% der niedrigste CDU-Anteil gemessen. Ab dieser Altersgruppe stieg der CDU-Anteil bis auf 31,3% in der Altersgruppe 70 plus. Dieser Zusammenhang mit dem Alter zeigte sich aber besonders deutlich im Westteil: Von den ältesten Wählerinnen und Wählern votieren hier 41,1% für die Christdemokraten, Frauen in dieser Altersgruppe sogar noch stärker als

Männer. Der höchste CDU-Anteil in der repräsentativen Wahlstatistik mit 43,4% war bei den Frauen der Generation 70 plus im Westteil zu verzeichnen. Im Vergleich zur letzten Europawahl am 7. Juni 2009 hat die CDU deutlich verloren, wobei sie die höchsten Verluste in ihren Hochburgen zu erleiden hatte. In der Altersgruppe 60 plus im Westteil verlor die CDU 12,4 Prozentpunkte. Aus Vergleichsgründen sind für 2014 die beiden Altersgruppen „60 bis unter 70“ und „70 und älter“ zusammengefasst worden, da es 2009 nur die Altersgruppe „60 und älter“ gab.

c | Gültige Stimmen für ausgewählte Parteien bei der Europawahl in Berlin-Ost und Berlin-West am 25. Mai 2014 nach Altersgruppen und Geschlecht



GRÜNEN-Anteil bei unter 45-Jährigen am höchsten

Deutlich ausgeprägt war auch das Altersprofil der GRÜNEN-Wählerinnen und -Wähler. Sowohl im Ostteil der Stadt als auch im Westteil war die Zustimmung zu den GRÜNEN bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern überdurchschnittlich hoch und stieg dann mit dem Alter weiter an. Der Höhepunkt lag bei den 35- bis unter 45-Jährigen bzw. im Westteil bei den 25- bis unter 35-Jährigen. Danach sank die Zustimmung zu den GRÜNEN stetig. In der höchsten Altersgruppe verzeichneten die GRÜNEN den niedrigsten Anteil: 2,8% dieser Altersgruppe wählten die GRÜNEN im Ostteil und 6,2% im Westteil (Abbildung c).

Weiterhin fällt auf, dass Frauen mit 22,3% zu einem sehr viel höheren Anteil für die GRÜNEN stimmten als die Männer (16,5%). Dieser Zusammenhang ist im Westteil sogar noch ausgeprägter als im Ostteil.

Im Vergleich zu 2009 haben die GRÜNEN insgesamt verloren: -3,1 Prozentpunkte in der Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik². Die höchsten Verluste erlitt sie in ihren Hochburgen, bei den Wählerinnen und Wählern mittleren Alters: -5,1 Prozentpunkte bei den 25- bis unter 35-Jährigen und -6,1 Prozentpunkte bei denen im Alter von 35 bis unter 45 Jahre. Die Verluste in diesen Altersgruppen sind im Ostteil besonders ausgeprägt, mit -12,0 und -10,1 Prozentpunkten, im Westteil gab es dagegen in diesen Altersgruppen wesentlich geringere Verluste.

SPD schnitt bei älteren Wählerinnen und Wählern am besten ab

Die SPD konnte bei der Europawahl 2014 in Berlin den ersten Platz vor der CDU und den GRÜNEN zurückerlangen. Sie erzielte die besten Ergebnisse – nach Altersgruppen betrachtet – bei den ältesten Wählerinnen und Wählern. Von den unter 25-Jährigen votierten nur 17,7% für die SPD. Ab dieser Altersgruppe stieg der SPD-Anteil dann fast stetig bis auf 32,0% bei der Generation 70 plus. Dieser positive Zusammenhang mit dem Alter gilt in ähnlicher Weise für beide Geschlechter und auch im Ost- und Westteil Berlins.

Im Vergleich zur Europawahl 2009 hat die SPD in der Stichprobe insgesamt 5,0 Prozentpunkte gewonnen, wobei die Gewinne bei den ältesten Wählerinnen und Wählern mit 9,7% am größten waren. Bei den unter 25-Jährigen hat sie dagegen sogar verloren (-3,2 Prozentpunkte) – bei den 25- bis unter 35-Jährigen waren geringe Verluste zu verzeichnen. In den „älteren“ Altersgruppen hat die SPD dann gewonnen, wobei die Gewinne von Altersgruppe zu Altersgruppe stetig zunahmen (Tabellen 6 und 7).

² In der Stichprobe weicht der GRÜNEN-Anteil im Ost- und Westteil von der jeweiligen Grundgesamtheit ab: Im Ostteil liegt er 1,8 Prozentpunkte niedriger als in der Grundgesamtheit und im Westteil um 2 Prozentpunkte darüber. Bei der Vorwahl 2009 gab es in der Stichprobe hinsichtlich des GRÜNEN-Anteils ebenfalls Abweichungen zur

Grundgesamtheit. Bei der damaligen Stichprobe war die Abweichung allerdings genau entgegengesetzt. Im Ostteil war der GRÜNEN-Anteil höher und im Westteil niedriger. Beim Vergleich zur Vorwahl lassen sich Ost/West-Unterschiede deshalb nur eingeschränkt interpretieren.

Hohe Zustimmung für die Partei Die LINKE bei den Älteren im Ostteil Berlins

DIE LINKE erzielte auch bei dieser Wahl wieder sehr unterschiedliche Ergebnisse in den ehemals getrennten Stadthälften. Im Ostteil erreichte sie in der Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik 27,9% der gültigen Stimmen, im Westteil 9,7%. Die Wählerschaft der LINKEN unterschied sich im Vergleich beider Regionen nach Alter und Geschlecht deutlich.

In den östlichen Bezirken erzielte DIE LINKE mit 36,7% die höchsten Anteile bei den Wählenden im Alter von 70 und mehr Lebensjahren. Bei den 18- bis unter 25-Jährigen votierten dagegen nur 22,6% für diese Partei. Am schlechtesten schnitt sie bei den 35- bis unter 45-Jährigen ab. Ab dieser Altersgruppe stieg der LINKE-Anteil dann mit dem Alter stetig an.

Im Westteil neigten dagegen die jüngeren Wählerinnen und Wähler der LINKEN stärker zu – 13,7% bei den 18- bis unter 25-Jährigen sowie 14,7% bei den 25- bis unter 35-Jährigen – als die älteren. Bei den Personen im Alter von 70 und mehr Jahren errang DIE LINKE hier lediglich 3,9%.

Gegenüber 2009 hat DIE LINKE leicht hinzugewonnen. Im Westteil ist dies in allen Altersgruppen zu beobachten, wobei die Gewinne fast stetig mit zunehmendem Alter der Wählerinnen und Wähler abnahmen. Im Ostteil sieht das etwas anders aus: Bei den unter 25-Jährigen kann sie leicht und bei den 25- bis unter 35-Jährigen am stärksten Stimmen gewinnen (+5,0 Prozentpunkte). Bei den folgenden Altersgruppen sinken erst die Zugewinne und schlagen dann sogar in starke Verluste um: -9,2 Prozentpunkte bei den ältesten Wählerinnen und Wählern.

6 | Differenz der Stimmen für ausgewählte Parteien bei den Europawahlen in Berlin 2014 und 2009 nach Alter und Geschlecht in Prozentpunkten

Alter in Jahren	CDU	GRÜNE	SPD	DIE LINKE	FDP	PIRATEN
Insgesamt						
18 bis unter 25...	-2,5	-0,7	-3,2	4,0	-6,1	2,6
25 bis unter 35...	-1,6	-5,1	-1,3	6,1	-7,0	2,5
35 bis unter 45...	-2,2	-6,1	3,6	3,7	-6,4	2,3
45 bis unter 60...	-1,7	-3,6	4,7	-1,3	-5,6	1,8
60 und älter ¹	-10,5	-1,6	9,7	1,5	-4,3	0,7
Insgesamt	-5,4	-3,1	5,0	1,9	-5,4	1,7
Männer						
18 bis unter 25...	-3,0	-1,9	-2,5	3,4	-7,9	1,8
25 bis unter 35...	-1,9	-8,2	0,5	7,0	-8,1	2,2
35 bis unter 45...	-3,6	-8,3	4,6	3,3	-7,1	2,7
45 bis unter 60...	-1,8	-4,1	5,2	-3,9	-5,8	1,8
60 und älter ¹	-11,4	-2,0	8,5	1,0	-4,0	0,9
Insgesamt	-5,7	-4,4	5,1	1,1	-5,8	1,7
Frauen						
18 bis unter 25...	-2,1	0,8	-4,1	4,5	-4,5	3,2
25 bis unter 35...	-1,2	-2,2	-3,1	5,2	-5,8	2,8
35 bis unter 45...	-0,8	-4,1	2,6	4,2	-5,6	1,7
45 bis unter 60...	-1,6	-2,9	4,1	1,0	-5,4	1,6
60 und älter ¹	-9,7	-1,3	10,8	1,9	-4,6	0,7
Insgesamt	-5,0	-1,7	4,9	2,6	-5,1	1,6

¹ Die beiden Altersgruppen „60 bis unter 70“ und „70 und älter“ sind hier zusammengefasst worden, da es 2009 nur die Altersgruppe „60 und älter“ gab.

FDP-Anteil in allen Gruppen ähnlich gering

Der FDP-Anteil war in den einzelnen Altersgruppen ähnlich niedrig und schwankte zwischen 2,2% und 3,0%. Größere Unterschiede werden erst bei Betrachtung des Wahlverhaltens nach Geschlecht und nach Stadthälfte sichtbar. So lag der Anteil bei den Männern höher als bei den Frauen und im Westteil höher als im Ostteil. Den höchsten Anteil konnte die FDP so bei Männern im Alter von 70 und mehr Jahren im Westteil Berlins erzielen (5,2%).

Die Piratenpartei bei jungen Männern im Ostteil am stärksten

Die Wählerschaft der Piratenpartei unterschied sich besonders stark nach Alter und Geschlecht. Die Partei erzielte 3,1% der Stimmen in der Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik. In der Altersgruppe der unter 25-Jährigen kam sie sogar auf 6,6%, wobei der Anteil von Altersgruppe zu Altersgruppe stetig sank und bei den über 69-Jährigen mit 0,5% das Minimum erreichte. Je älter die Wählerschaft, desto niedriger war der Anteil der PIRATEN. Dieser Zusammenhang galt in beiden Teilen der Stadt und für beide Geschlechter, wobei das Niveau bei den Männern etwas höher lag. Bei den Männern gaben 4,0% ihre Stimme der Piratenpartei, bei den Frauen waren es nur 2,2%.

AfD schnitt bei den Männern im Alter von 60- bis unter 70 Jahre am besten ab

Die erst im Februar 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD) kam in Berlin aus dem Stand auf 7,9%. Bei den Männern konnte sie sogar 10,0% erringen, bei den Frauen 6,0%.

Nach Altersgruppen betrachtet, erzielte die AfD den höchsten Anteil in der Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen und den niedrigsten bei den Wählenden unter 25 Jahre mit 5,0%. Diese Altersstruktur gilt mit kleinen Ausnahmen auf unterschiedlichem Niveau für Männer und für Frauen und auch im Ost- und Westteil Berlins.

Anteil sonstiger Parteien bei jüngeren Wählerinnen und Wählern am höchsten

An der Europawahl 2014 haben in Berlin insgesamt 24 Parteien teilgenommen – über die sieben hier dargestellten Parteien hinaus also noch weitere 17. Diese 17 Parteien, von denen in Berlin keine mehr als 1,6% erzielen konnte, werden hier als Sonstige zusammengefasst. Nach dem Wegfall einer Prozenthürde bei der Europawahl haben es folgende Parteien sogar geschafft, entsprechend ihres Bundesergebnisses, einen Sitz im Europäischen Parlament zu erringen: FREIE WÄHLER, Tierschutz, FAMILIE, ÖDP, NPd und Die Partei.

7 | Differenz der Stimmen für ausgewählte Parteien bei den Europawahlen in Berlin-Ost und Berlin-West 2014 und 2009 nach Alter und Geschlecht in Prozentpunkten

Alter in Jahren	CDU	GRÜNE	SPD	DIE LINKE	FDP	PIRATEN	CDU	GRÜNE	SPD	DIE LINKE	FDP	PIRATEN
	Berlin-Ost insgesamt						Berlin-West insgesamt					
18 bis unter 25...	0,3	-3,7	-4,8	1,6	-4,6	3,0	-5,7	-0,3	-2,9	8,2	-7,6	2,8
25 bis unter 35...	1,0	-12,0	0,0	5,0	-5,9	2,6	-4,9	0,5	-3,2	8,8	-8,1	2,4
35 bis unter 45...	0,6	-10,1	3,5	1,3	-5,2	1,7	-4,4	-3,2	3,7	5,7	-7,4	2,6
45 bis unter 60...	1,2	-1,4	3,9	-8,9	-4,0	1,7	-3,2	-4,5	5,2	2,5	-6,5	1,8
60 und älter ¹	-1,7	-2,5	8,1	-9,2	-1,5	0,9	-12,4	-0,4	11,0	2,7	-5,3	0,7
Insgesamt	0,4	-7,0	4,5	-2,4	-3,9	1,3	-8,9	-0,5	5,3	4,5	-6,4	1,9
	Männer						Männer					
18 bis unter 25...	-0,7	-5,5	-3,9	2,1	-7,0	2,6	-5,9	-0,9	-2,3	6,8	-8,8	1,7
25 bis unter 35...	0,6	-14,6	1,1	6,0	-6,8	2,0	-5,6	-2,9	-0,5	9,7	-9,7	2,6
35 bis unter 45...	-1,7	-13,1	5,8	1,1	-6,0	2,0	-5,4	-4,5	3,6	5,4	-8,2	3,2
45 bis unter 60...	1,7	-2,5	5,1	-12,5	-3,9	1,9	-3,6	-4,8	5,5	0,7	-7,0	1,8
60 und älter ¹	-3,3	-2,0	7,6	-10,5	-1,4	1,0	-13,1	-1,2	9,6	2,6	-4,8	0,7
Insgesamt	-0,6	-8,3	5,1	-3,1	-4,5	1,1	-9,0	-1,9	5,1	3,8	-6,7	2,0
	Frauen						Frauen					
18 bis unter 25...	1,3	-1,7	-5,8	1,3	-2,7	3,1	-5,5	0,5	-3,6	9,5	-6,4	3,9
25 bis unter 35...	1,5	-9,8	-1,0	4,2	-5,2	3,3	-4,2	3,6	-5,6	8,1	-6,5	2,4
35 bis unter 45...	3,0	-7,1	1,0	1,6	-4,2	1,5	-3,5	-1,8	3,7	6,1	-6,6	1,9
45 bis unter 60...	0,7	-0,3	2,9	-5,4	-3,9	1,5	-2,8	-3,9	4,9	4,1	-6,2	1,7
60 und älter ¹	-0,3	-2,8	8,6	-8,1	-1,6	0,7	-11,7	0,1	12,2	2,9	-5,6	0,7
Insgesamt	1,3	-5,9	3,9	-1,8	-3,4	1,4	-8,7	0,9	5,6	5,1	-6,1	1,7

¹ Die beiden Altersgruppen „60 bis unter 70“ und „70 und älter“ sind hier zusammengefasst worden, da es 2009 nur die Altersgruppe „60 und älter“ gab.

Die Zustimmung zu diesen sonstigen Parteien lag in der Stichprobe bei insgesamt 6,4%. Den höchsten Anteil erzielten sie bei den 18- bis unter 25-Jährigen mit 11,3%. Ab dieser Altersgruppe fiel der Anteil von Altersgruppe zu Altersgruppe stetig und erreichte bei der Altersgruppe 70 plus das Minimum mit 2,7%.

Zusammenfassung

Ältere Menschen beteiligten sich stärker an der Europawahl 2014 als die jüngeren. Außerdem neigten sie stärker zur Briefwahl und damit weniger zur Wahl im Wahllokal.

In fast allen Altersgruppen lag die Wahlbeteiligung bei den Frauen höher als bei den Männern. Lediglich bei den ältesten Wahlberechtigten beteiligten sich prozentual weniger Frauen an der Wahl. Als Ursachen dafür werden die unterschiedliche Lebenserwartung und die unterschiedliche Morbidität von Männern und Frauen vermutet.

Es zeigten sich deutliche Zusammenhänge zwischen dem Alter der Wählenden und der Präferenz für einzelne Parteien.

Die CDU errang ihre besten Ergebnisse bei den Älteren, im Westteil und bei den Frauen.

Deutlich ausgeprägt ist auch das Altersprofil der GRÜNEN: Die Zustimmung zu den GRÜNEN war in der Altersgruppe der jüngsten Wählerinnen und Wähler überdurchschnittlich und stieg dann mit dem Alter weiter an. Der Höhepunkt lag bei den 25- bis unter 45-Jährigen. Danach fiel die Zustimmung zu den GRÜNEN stetig ab.

Die SPD erzielte die besten Ergebnisse bei den ältesten Wählerinnen und Wählern – hier erzielte sie auch die größten Gewinne. Bei den unter 25-Jährigen waren dagegen sogar Verluste zu verzeichnen. Gegenüber 2009 hat sich damit das Altersprofil der SPD, das damals kaum vorhanden war, stark ausgeprägt.

Die Partei DIE LINKE schnitt in beiden Stadtteilen sehr unterschiedlich ab, wobei ihre besten Werte bei den Älteren im Ostteil zu verzeichnen waren. Im Westteil votieren dagegen die Jüngeren stärker für DIE LINKE.

Im Vergleich zur letzten Europawahl 2009 verlor die FDP den größten Teil ihrer Wählerschaft. Bei den Männern konnte sie etwas bessere Ergebnisse erzielen als bei den Frauen.

Die Piratenpartei wurde besonders von den Jüngeren gewählt. Es gab einen deutlichen, fast linearen Zusammenhang mit dem Alter: je älter die Wählerschaft, desto niedriger der PIRATEN-Anteil. Außerdem erzielte sie im Ostteil und bei den Männern die besseren Ergebnisse.

Die neu gegründete AfD schnitt bei den Männern besser ab als bei den Frauen und erzielte den höchsten Anteil in der Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen.

Jüngere votierten zu einem deutlich höheren Anteil für die kleinen Parteien.

Geert Baasen ist Leiter der Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin für Berlin im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Quellennachweis

- [1] Der Bundeswahlleiter: Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 25. Mai 2014 – Heft 4, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen.
- [2] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Europawahl 2014 im Land Berlin, Repräsentative Wahlstatistik – Statistischer Bericht B VII 5-5 – 5j/14.
- [3] Baasen, Geert: Der unbekannteste Ungültigwähler: Protest oder Unvermögen? – Ergebnisse der Untersuchung ungültiger Stimmzettel bei der Europawahl 2004 in Berlin; „Berliner Statistik“ Monatsschrift 2005, Heft 9, S. 331–335.
- [4] Mayer, Karl Ulrich/Baltes, Paul B.: Die Berliner Altersstudie, Berlin 1996.
- [5] Die Landeswahlleiterin von Berlin: Wahl der Abgeordneten des 8. Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014, Endgültiges Ergebnis; Berlin 2014.

Fachgespräch mit Prof. Dr. Ulrike Rockmann

„Wahlverhalten abhängig vom Alter und Wohnort“



Prof. Dr. Ulrike Rockmann (Universitätsprofessorin bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin) ist die stellvertretende Landeswahlleiterin für Berlin. Sie war vom 1. August 2003 bis zum 28. Februar 2014 Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Prof. Dr. Rockmann, mit der repräsentativen Wahlstatistik soll ein noch detaillierteres Bild zum Wahlverhalten ermittelt werden, als es die allgemeine Wahlstatistik ermöglicht. Nach welchen Vorgaben wird das Stichprobenverfahren durchgeführt?

| Die Stichprobe zieht der Bundeswahlleiter nach Abstimmung mit den jeweiligen Landeswahlleiterinnen und Landeswahlleitern und den statistischen Ämtern. Die Basis sind die Wahlbezirksergebnisse der letzten Europawahl. Es wird eine geschichtete einfache Zufallsauswahl getroffen – separat für Brief- und Urnenwahlbezirke der Bundesländer. Eine Clusteranalyse dient dazu, möglichst ähnliche Wahlbezirke hinsichtlich ausgewählter Parteien einer Schicht zuzuweisen. Aus diesen Schichten werden dann nach dem Zufallsverfahren Wahlbezirke für die Erhebung gezogen. Nun sind jedoch fünf Jahre seit der letzten Europawahl vergangen, was Folgen hinsichtlich der Repräsentativität haben kann.

Welchen Mehrwert haben Sie sich von der Einteilung in nunmehr sechs statt bisher fünf Altersgruppen versprochen?

Die weitere Aufteilung der Altersgruppe der über 60-Jährigen trägt dem demografischen Wandel Rechnung. Die Gruppe der Älteren (60 plus) wächst und man hat festgestellt, dass junge Ältere (60 bis 70 Jahre) anders wählen als ältere Senioren (70 plus). Somit hat es Sinn, eine Differenzierung vorzunehmen.

Ganz Berlin feierte 2014 „25 Jahre Mauerfall“. Inwieweit ist die getrennte Auswertung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik für Berlin-Ost und -West noch sinnvoll?

| Die Differenzierung hat aus statistischer Sicht zunächst erst mal etwas mit dem Umstand zu tun, dass die Wählerinnen und Wähler, die innerhalb dieser regionalen Abgrenzungen wohnen, unterschiedlich wählen. Wäre dies nicht so, dann würde eine Fortführung dieser Unterscheidung auch keinen Sinn haben. Die inhaltliche Erklärung greift natürlich auf die Historie der Stadt zurück, wie man am Beispiel der LINKEN sieht, die im Osten von den Älteren und im Westen von den Jüngeren gewählt werden.

Welche Parallelen und Unterschiede gibt es beim Wahlverhalten der Berlinerinnen und Berliner bei der Europawahl im Vergleich zu beispielsweise Bundestags- oder Abgeordnetenhauswahlen?

| Die Wahlbeteiligung ist bei Bundestagswahlen am höchsten, gefolgt von der Abgeordnetenhauswahl und der Europawahl. Auch wenn die absoluten Zahlen bei der Wahlbeteiligung unterschiedlich sind, ist der Zusammenhang zwischen der Beteiligung und dem Alter sowie dem

Geschlecht immer ähnlich: Grundsätzlich steigt die Wahlbeteiligung mit dem Alter an; manchmal tritt der Effekt auf, dass die Beteiligung der Erstwähler (18 bis unter 21 Jahre) etwas höher ist als die der nachfolgenden Altersgruppe. In der höchsten Altersgruppe geht die Wahlbeteiligung dann wieder zurück, sicherlich auch bedingt durch Mobilitätsprobleme bei älteren Menschen. Ansonsten ist die Frage schwierig zu beantworten, da für die nicht ohnehin festgelegten Wählerinnen und Wähler auch die aktuellen Themen eine Rolle spielen.

Die Gruppe der Nichtwählerinnen und -wähler ist eine ernstzunehmende Größe. Wie setzt sich diese Gruppe in Berlin zusammen?

| In der Gruppe der Nichtwähler sind die jüngeren Wahlberechtigten überrepräsentiert, wobei die jüngeren Frauen noch eher wählen als die jungen Männer.

Inwieweit hat sich der Wegfall der 3 %-Hürde für Parteien bei Europawahlen in den Ergebnissen widerspiegelt?

| Es wäre zu erwarten gewesen, dass die kleinen Parteien gewinnen. Dies geben die Ergebnisse aber nicht her.

Ist abschätzbar, wie Wahlbeteiligung und Stimmverhalten in Berlin ausgesehen hätten, wenn in Berlin nicht parallel über die Zukunft des Tempelhofer Feldes abgestimmt worden wäre?

Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 lag bei 35 %. Nun verändert sich die Wahlbeteiligung immer etwas von Wahl zu Wahl, aber ein Anstieg auf 47 % ist eher unwahrscheinlich. Vermutlich wäre also die Wahlbeteiligung deutlich niedriger gewesen.

Wahlen

Wählerverhalten und soziales Umfeld bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 – eine Aggregatdatenanalyse

von Jörg Feilbach, Ricarda Nauenburg

Zusammengefasste Ergebnisse

Ist eine Partei dort überdurchschnittlich stark, wo eine andere unterdurchschnittlich abgeschnitten hat? Gibt es Wahlregionen, in denen jeweils zwei Parteien erfolgreich waren, während sie in anderen Gebieten beide ihre Diaspora erlebten? Diese Fragen beantwortet ein Blick auf die Zusammenhänge zwischen den Stimmenanteilen von jeweils zwei Parteien in den Wahlregionen.

Davon ausgehend, dass Wahlentscheidungen mit der sozialen Lage der Wählerinnen und Wähler verknüpft sind, lassen sich auf der Ebene der 180 Brandenburger Wahlregionen Zusammenhänge zwischen den Stimmenanteilen der Parteien und dem sozialen Umfeld in der Wahlregion erkennen.

Als Zusammenhangsmaß dient der Korrelationskoeffizient r nach Pearson, welcher Richtung und Stärke einer Beziehung anzeigt. Der Koeffizient r kann Werte zwischen -1 und $+1$ annehmen. Ein positiver Wert zwischen einem Strukturmerkmal und dem Abschneiden einer Partei bzw. zwischen den Stimmenanteilen zweier Parteien weist auf einen gleichgerichteten, ein negativer auf einen entgegengesetzten Zusammenhang hin. Koeffizienten nahe $+/-1$ deuten einen starken, Werte nahe 0 einen nicht vorhandenen Zusammenhang an.

Die Stimmenanteile für DIE LINKE zeigen bei dieser Europawahl weder Zusammenhänge mit dem Abschneiden der anderen Parteien noch mit der sozialen Situation in den Wahlregionen. Die Stimmen für die Sozialdemokraten standen ebenfalls in keinem Zusammenhang mit denen, die für die anderen Parteien abgegeben wurden. In sozialstrukturell begünstigten Gebieten und in Gebieten mit vielen Kirchgängern schnitt die SPD besser ab. Deutlicher noch als die SPD gewann die CDU die meisten Stimmen dort, wo viele Kirchgänger wohnen, aber auch bei einer hohen Wohneigentumsquote. Auch die GRÜNEN sind im Land Brandenburg eine Partei, die in den prosperierenden Wahlregionen ihre Hochburgen hat – ein Profil, das dort auch die PIRATEN zeigen. Die FDP schnitt noch am besten ab, wo auch die GRÜNEN am erfolgreichsten waren. In strukturell benachteiligten Gebieten wird die Partei AfD eher gemieden und die Nichtwahl bevorzugt. Sonstige Parteien können in Regionen mit viel Wohneigentum punkten.

Stimmenanteile für DIE LINKE nicht abhängig von Sozialindikatoren

Bei dieser Europawahl zeigen die Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE in den Brandenburger Wahlregionen keinen signifikanten Zusammenhang mit den Ergebnissen der anderen Parteien.

Auch mit den Sozialindikatoren der Wahlregionen ist kein Zusammenhang zu erkennen. DIE LINKE ist in strukturell benachteiligten Gebieten nicht überdurchschnittlich erfolgreich.

SPD dort erfolgreich, wo der konservative Mittelstand wohnt

Das Abschneiden der Sozialdemokraten bei dieser Europawahl steht mit den Ergebnissen der anderen Parteien in keinem deutlichen Zusammenhang. Am höchsten korrelieren die SPD-Anteile noch mit den Wahlergebnissen der CDU ($r = 0,48$). Immerhin war dort, wo die SPD am besten abgeschnitten hat, die Wahlbeteiligung besonders hoch, das heißt, der Anteil der Nichtwähler war dort am niedrigsten ($r = 0,75$).

Ein Zusammenhang der Stimmenanteile für die SPD mit dem sozialen Umfeld in der Wahlregion lässt sich nur für zwei Indikatoren nachweisen: Je höher der Anteil der Kirchenmitglieder war, desto mehr Stimmen gab es für die SPD ($r = 0,58$). Je höher der Anteil der Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II), desto weniger Wähler gaben der SPD ihre Stimme ($r = -0,57$).

CDU erfolgreich bei starkem christlichen Wählerklientel

Wo CDU gewählt wurde, liegen auch die „sonstigen Parteien“ über ihrem durchschnittlichen Stimmenanteil ($r = 0,58$). Ansonsten zeigen auch die Wahlergebnisse der Christdemokraten in den Wahlregionen keine klaren Zusammenhänge mit den Ergebnissen der anderen etablierten Parteien. Ein überdurchschnittliches Abschneiden der CDU ging wie bei der SPD einher mit einer besonders hohen Wahlbeteiligung ($r = -0,75$).

Dort, wo besonders wenige unter 30-Jährige wohnen, konnte die CDU überdurchschnittlich punkten ($r = -0,56$); auch bei einem hohen Anteil von 30- bis unter 65-Jährigen schnitt die CDU erfolgreich ab ($r = 0,57$). Viele Kirchenmitglieder in der Wahlregi-

on brachten der CDU ebenfalls Stimmen ($r = 0,74$). In gleicher Weise wirkte ein hoher Anteil an Wohneigentum ($r = 0,72$).

Stimmenanteile für GRÜNE weisen Zusammenhänge mit der FDP und den PIRATEN auf

Die GRÜNEN waren in den Regionen am stärksten, in denen auch die Freien Demokraten und die PIRATEN die höchsten Anteile an Wählerstimmen für sich verbuchen konnten ($r = 0,61$ bzw. $r = 0,69$). Außerdem profitierten die GRÜNEN – wenn auch nicht so klar wie CDU und SPD – von einer hohen Wahlbeteiligung in der Wahlregion ($r = -0,48$).

Hohe Anteile an über 65-Jährigen ($r = -0,52$), viele SGB II-Empfänger ($r = -0,54$) und ein hoher Wohnungsleerstand ($r = -0,51$) dämpften den Wahlerfolg der GRÜNEN. Während eine positive Einwohnerentwicklung, die ein Zeichen für Prosperität in der Wahlregion ist, den GRÜNEN überdurchschnittlich viele Stimmen einbrachte ($r = 0,73$).

FDP noch am stärksten dort, wo GRÜNE besonders erfolgreich sind

In Gebieten, wo auch die GRÜNEN ihre besten Ergebnisse erzielten, waren die Freien Demokraten, ungeachtet ihrer deutlichen Verluste, überdurchschnittlich erfolgreich ($r = 0,61$).

Zusammenhänge zwischen der Neigung zur Wahl der FDP und Indikatoren des sozialen Umfeldes sind nicht festzustellen. Den höchsten Korrelationskoeffizienten ($r = -0,48$) gab es für den negativen Zusammenhang mit dem Anteil der SGB II-Empfänger.

PIRATEN stärker in wachsenden Regionen

In den Wahlregionen, in denen die GRÜNEN den höchsten Wählerzuspruch erfuhren, konnten auch die PIRATEN ihre besten Ergebnisse erzielen ($r = 0,69$).

Strukturell schnitten die PIRATEN überdurchschnittlich in Gebieten mit einer positiven Einwohnerentwicklung ($r = 0,54$), einem geringen Anteil an SGB II-Empfängern ($r = -0,52$) und geringer Leerstandsquote ($r = -0,50$) ab.

a | Korrelationen zwischen den Stimmenanteilen ausgewählter Parteien bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014



AfD schwach in Gebieten mit hoher SGB II-Quote

Die Wahlerfolge der europakritischen Partei AfD in den einzelnen Gebieten weisen keine klaren Zusammenhänge mit dem Abschneiden der übrigen Parteien auf.

Es deutet sich jedoch an, dass die AfD keine Partei der sozial Benachteiligten ist. Dort, wo der Anteil an SGB II-Empfängern und an Nichtwählern relativ hoch ist, waren die Wahlerfolge dieser Partei eher gering ($r = -0,62$ bzw. $r = -0,55$).

Sonstige Parteien bei hoher Eigentumsquote erfolgreicher

Die sonstigen Parteien waren zusammen genommen am erfolgreichsten in Wahlregionen, in denen auch die CDU die meisten Wähler für sich mobilisieren konnte ($r = 0,58$).

Strukturell ist ein Zusammenhang in Gebieten mit einem hohen Anteil an Personen im Alter von 30 bis unter 65 Jahren ($r = 0,52$) sowie einer überdurchschnittlichen Wohneigentumsquote ($r = 0,58$) festzustellen.

Wahlbeteiligung in benachteiligten Gebieten geringer

Für die Parteien SPD ($r = -0,75$), CDU ($r = -0,75$), FDP ($r = -0,57$), AfD ($r = -0,55$) sowie die sonstigen Parteien zusammen genommen ($r = -0,58$) gilt, dass ihre Stimmenanteile umso höher sind, je geringer der Anteil der Nichtwähler in der jeweiligen Wahlregion war. Entsprechend erzielten diese Parteien in Regionen mit hohem Nichtwähleranteil niedrigere Stimmenanteile. Für die GRÜNEN ($r = 0,48$), die PIRATEN ($r = -0,47$) und vor allem DIE LINKE ($r = -0,24$) ist ein solcher Zusammenhang kaum feststellbar.

In Wahlregionen mit hohen Anteilen an Wohneigentum ($r = -0,69$), kirchlich Gebundenen ($r = -0,61$) und Personen mittleren Alters ($r = -0,54$) war die Neigung, sich an der Europawahl zu beteiligen, am stärksten ausgeprägt. Hingegen war Wahlabstinz in Gebieten mit vielen SGB II-Empfängern besonders verbreitet ($r = 0,72$).

Methodische Anmerkungen

Der Analyse liegen die Stimmenanteile der Parteien an den Wahlberechtigten bei der Europawahl am 25. Mai 2014 im Land Brandenburg zugrunde. Entgegen der üblichen Prozentuierung an den gültigen Stimmen lassen sich so auch Nichtwähler und ungültige Stimmen in die Betrachtung einbeziehen.

Die Korrelationen der Stimmenanteile der Parteien untereinander erfolgten auf Basis der 286 Briefwahlbezirke. Die Berechnung der Korrelationen zwischen Stimmenanteilen und dem sozialen Umfeld in den Wahlregionen erfolgte auf der Ebene der Ämter, amtsfreien Gemeinden und kreisfreien Städte, mit Ausnahme der Ämter, die in amtsübergreifenden Briefwahlbezirken zusammengefasst waren. Hier wurde auf die Ebene der Briefwahlbezirke ausgewichen. Daraus ergaben sich 180 Wahlregionen. In allen Wahlregionen lagen jeweils Wahlergebnisse sowohl von Urnen- als auch von Briefwählern vor.

Um Hinweise auf den Einfluss der Altersstruktur einer Region auf das Wahlergebnis zu erlangen, wurden als Indikatoren die Anteile der Personen in den Altersgruppen „18 bis unter 30 Jahre“, „30 bis unter 65 Jahre“ und „60 Jahre und älter“ an der Gesamtbevölkerung der regionalen Einheit am 31. Dezember 2012 gewählt. Quelle hierfür war die Bevölkerungsfortschreibung nach dem Zensus vom 9. Mai 2011. Der Indikator der Einwohnerentwicklung beschreibt die relative Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Regionen zwischen dem 30. Juni 2007 und dem 30. Juni 2012 nach der Bevölkerungsfortschreibung. Er kennzeichnet durch Zuzüge und Geburten begünstigte bzw. durch Einwohnerschwund benachteiligte Gebiete. Als Maß der sozialen Lage diente

die SGB II-Quote. Sie ist der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Statistik) der Bundesagentur für Arbeit entnommen und bildet den Anteil der melderechtlich registrierten Einwohner unter 65 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften zum 31. Dezember 2012 ab. Da religiöse Überzeugungen Wahlentscheidungen beeinflussen können, wurden evangelische und römisch-katholische Bevölkerungsanteile in die Untersuchung einbezogen. Eigentümerquote und Wohnungsleerstand weisen auf die Siedlungsstruktur bzw. die Attraktivität einer Region hin. Die Anteile der Kirchengehörigen sowie die Wohnungsleerstands- und Eigentümerquoten wurden aus Daten des Zensus 2011 berechnet.

Jörg Feilbach ist Mitarbeiter im Referat *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Ricarda Nauenburg ist Leiterin des Referates *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

b | Korrelationen der Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 mit verschiedenen Strukturindikatoren



Wahlen

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Europawahl 2014 in Brandenburg

von **Thomas Lehmann**

Vom 22. bis 25. Mai 2014 waren die rund 380 Mill. wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union aufgerufen, in den 28 Mitgliedstaaten die insgesamt 751 Abgeordneten des Europäischen Parlamentes zu wählen. Im Bundesland Brandenburg waren insgesamt 2 060 156 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Dies entspricht einem Anteil von rund 0,54 %.

Neben den Ergebnissen zum Abschneiden der Parteien und zur Sitzverteilung im neuen Parlament ist auch die Auswertung des Wahlverhaltens von erheblichem öffentlichem und medialem Interesse. Die repräsentative Wahlstatistik, die das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg auf Grundlage des Wahlstatistikgesetzes (WStatG) durchgeführt hat, stellt eine zuverlässige Grundlage dar, um sich über die Wahlbeteiligung und die Parteipräferenzen von jüngeren und älteren Wahlberechtigten sowie von Frauen und Männern zu informieren.¹ Im Unterschied zu Daten, die von Meinungsforschungsinstituten gewonnen werden, basieren die Ergebnisse dieser Statistik auf der Auszählung der Wählerverzeichnisse und der Stimmzettel, die in ausgewählten Wahllokalen und Briefwahlbezirken abgegeben wurden. Die hier zugrunde liegende Datenbasis ist wesentlich breiter als jene bei den Wahlbefragungen von Wählerinnen und Wählern am Wahltag. Ferner spiegelt sie nicht das erfragte, sondern das tatsächliche Wahlverhalten wider.

Der Bundeswahlleiter hat im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder eine neue Zufallsstichprobe gezogen, die bei der Europawahl 2014 zur Anwendung kam. Für die Europawahl 2014 in Brandenburg sind 128 der 3392 Urnenwahl- und 9 der 286 Briefwahlbezirke ausgewählt worden.² Zur Untersuchung der Stimmabgabe wurden in den ausgewählten Wahlbezirken Stimmzettel ausgegeben, die mit einem Unterscheidungsaufdruck für das Geschlecht und das Alter der Wählerinnen und Wähler (unterteilt in sechs Altersgruppen) versehen waren. Der Auswahlsatz lag, bezogen auf die Wahlberechtigten, bei 5,5 %. Um Rückschlüsse auf das Wahlverhalten einzelner, bestimmbarer Personen zu verhindern und das Wahlgeheimnis zu wahren, wurden die Wählerinnen und Wähler zu jeweils sechs Altersgruppen zusammengefasst. Darüber hinaus mussten in jedem Wahlbezirk mindestens 400 Personen wahlberechtigt sein sowie in jedem der ausgewählten Briefwahlbezirke mindestens 400 Wahlberechtigte bei der vorangegangenen Wahl per Brief gewählt haben. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger wurden beim Erhalt ihrer Wahlbriefe und beim Betreten des Wahllokals über die Teilnahme an der repräsentativen Wahlstatistik informiert.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik weichen von denen der Grundgesamtheit (endgültiges Wahlergebnis) ab, da sie auf der Basis einer Stichprobe gewonnen wurden. Die Abweichungen zum endgültigen Ergebnis können der Tabelle 1 entnommen werden. Die wesentlichen Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik für Brandenburg werden im Folgenden dargestellt.

Demografischer Wandel der Wählerschaft

In Deutschland lässt sich seit Jahren ein demografischer Wandel beobachten. Darunter ist die steigende Lebenserwartung in Verbindung mit einer abnehmenden Geburtenzahl zu verstehen, die im Ergebnis zu einer sinkenden Einwohnerzahl und einer Alterung der Gesellschaft führt. Innerhalb des gesellschaftlichen Diskurses wird diese Entwicklung meist vom tagespolitischen Geschehen überlagert, jedoch besitzt sie ein erhebliches Konfliktpotenzial im Hinblick auf das demokratische Instrument der Wahlen. Wie wählt eine stetig alternde Gesellschaft? Welche Angebote muss die Politik ihrer potenziellen Wählerschaft machen? Werden jüngere Menschen in Zukunft politisch aktiver sein müssen, um ihre Bedürfnisse zu artikulieren? Die folgenden Ausführungen

1 | Abweichungen zum endgültigen Wahlergebnis

Ergebnisse	Wahlbeteiligung	% der gültigen Stimmen								
		DIE LINKE	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN	AfD	NPD	Sonstige
Land Brandenburg										
Amtliches Ergebnis	46,7	19,7	26,9	25,0	6,1	2,1	1,7	8,5	2,6	7,4
Repräsentative Wahlstatistik.....	44,4	20,3	27,0	23,2	7,2	2,1	1,8	8,7	2,4	7,2

1 Wahlstatistikgesetz (WStatG): Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes aus der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 27. April 2013 (BGBl. I S. 962).

2 In zwei Gemeinden wurde irrtümlich statt des vorgegebenen Wahlbezirks ein anderer in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen. Außerdem wurden in drei Urnenwahlbezirken die gekennzeichneten Stimmzettel nicht an die richtigen Geschlechts-/Altersgruppen ausgegeben, sodass die Ergebnisse dieser Wahlbezirke nicht berücksichtigt werden konnten.

rungen können diese gesellschaftlichen Fragen und ihre demokratietheoretischen Implikationen nur anreißen.

Festzuhalten ist, dass die Wählerschaft in Brandenburg immer älter wird und die höchsten Zuwächse in der Altersgruppe 70 und älter zu verzeichnen sind (Tabelle 2).

Im Vergleich zum Wahljahr 2009 hat sich die Zahl der Wahlberechtigten in der Altersgruppe 70 und älter sowohl bei den Frauen (+4,0 Prozentpunkte) als auch bei den Männern (+4,4 Prozentpunkte) erhöht. In Verbindung mit den insgesamt rückläufigen Zahlen in den Altersgruppen 18 bis unter 21 (-1,7 Prozentpunkte) und 21 bis unter 25 (-2,4 Prozentpunkte) sowie in den Altersgruppen 35 bis unter 40 (-0,2 Prozentpunkte), 40 bis unter 45 (-2,6 Prozentpunkte) und 45 bis unter 50 Jahren (-1,8 Prozentpunkte) ergibt sich, dass die ältere Wählerklientel für die Parteien immer wichtiger wird. Dieser Zusammenhang zeigt sich noch deutlicher beim Anteil der Wahlberechtigten im Alter von 50 und mehr Jahren. Bei der Europawahl 2009 betrug der Anteil 50,7 % und ist im Jahr 2014, um 7,1 Prozentpunkte auf 57,8 %, gestiegen. Betrachtet man die jüngsten Altersgruppen, so fällt auf, dass die 18- bis unter 21-Jährigen nur noch 1,8 % und die 21- bis unter 25-Jährigen nur noch 3,6 % der Wahlberechtigten ausmachen. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass ein Vergleich zwischen der jüngsten (18 bis unter 21) und der ältesten Altersgruppe (70 und älter) gewissen Einschränkungen unterliegt, weil in der jüngsten Gruppe nur drei Geburtsjahre zusammengefasst werden, hingegen in der ältesten, nach oben offenen Altersgruppe, sehr viel mehr Geburtsjahre eingeschlossen sind. Die Zahlen der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, die von der repräsentativen Wahlstatistik erfasst wurden, veranschaulichen demnach den demografischen Wandel. Für die Parteien bedeutet dies eine Herausforderung, einerseits der alternden Klientel Rechnung zu tragen und andererseits den zukünftigen Generationen ein zukunftsweisendes Politikangebot zu machen, gerade im Hinblick auf die Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme.

Wahlbeteiligung steigt mit dem Alter

Allgemein lässt sich festhalten, dass die Wahlbeteiligung, im Vergleich zur letzten Europawahl 2009, im Jahr 2014 in Brandenburg auf 46,7 % gestiegen ist (+16,8 Prozentpunkte). Der starke Anstieg lässt sich mit der Tatsache erklären, dass die Europawahl zeitgleich mit den Kommunalwahlen in Brandenburg stattfand.

Innerhalb der repräsentativen Wahlstatistik liegt die Wahlbeteiligung um 2,3 Prozentpunkte niedriger, bei 44,4 %. Daher fällt auch der Anstieg der Wahlbeteiligung an dieser Stelle etwas geringer aus (+15,2 %) (Tabelle 3). Auffallend ist hierbei, dass Frauen (25,6 %) und Männer (28,0 %) im Alter von 21 bis unter 25 am wenigsten von ihrem Recht zur Stimmabgabe Gebrauch machten. Insgesamt ist diese Altersgruppe mit 26,8 %, verglichen mit den anderen, in der Beteiligung deutlich unterrepräsentiert. In Hinblick auf die benachbarten Altersgruppen fällt auf, dass die jüngsten Wählerinnen und Wähler deutlich stärker an der Europawahl teilgenommen haben. In der Altersgruppe 18 bis unter 21 Jahre wurden insgesamt 34,2 % Wahlbeteiligung gemessen, wobei Frauen (34,5 %) und Männer (34,0 %) in etwa gleichauf lagen. Im Unterschied dazu ist bei der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen ebenfalls eine höhere Beteiligung zu erkennen (29,6 %). Frauen (30,2 %) und Männer (29,1 %) liegen hier in etwa auf dem gleichen Niveau. Gleichwohl sind die jüngeren Wahlberechtigten immer noch zurückhaltender als die älteren, was die Ausübung ihres Grundrechts

2 | Wahlberechtigte bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht

Alter in Jahren	Wahlberechtigte						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
%						% - Punkte			
18 bis unter 21	1,8	2,0	1,7	3,5	3,7	3,3	-1,7	-1,7	-1,6
21 bis unter 25	3,6	3,7	3,4	6,0	6,6	5,4	-2,4	-2,9	-2,0
25 bis unter 30	7,1	7,6	6,6	6,6	7,1	6,1	0,5	0,5	0,5
30 bis unter 35	7,1	7,6	6,6	6,1	6,5	5,7	1,0	1,1	0,9
35 bis unter 40	6,4	6,8	6,1	6,6	7,0	6,2	-0,2	-0,2	-0,1
40 bis unter 45	6,8	7,2	6,5	9,4	9,8	9,1	-2,6	-2,6	-2,6
45 bis unter 50	9,4	9,6	9,2	11,2	11,7	10,7	-1,8	-2,1	-1,5
50 bis unter 60	21,1	22,0	20,3	18,9	19,4	18,4	2,2	2,6	1,9
60 bis unter 70	14,6	14,5	14,6	14,0	13,7	14,2	0,6	0,8	0,4
70 und älter.....	22,1	18,9	25,0	17,8	14,5	21,0	4,3	4,4	4,0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	x	x	x

3 | Wahlbeteiligung bei der Euroawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
%						% - Punkte			
18 bis unter 21	34,2	34,0	34,5	24,8	23,9	25,7	9,4	10,1	8,8
21 bis unter 25	26,8	28,0	25,6	19,5	20,9	17,9	7,3	7,1	7,7
25 bis unter 30	29,6	29,1	30,2	18,2	18,0	18,5	11,4	11,1	11,7
30 bis unter 35	32,7	30,8	34,7	20,7	20,0	21,6	12,0	10,8	13,1
35 bis unter 40	39,1	38,5	39,7	24,0	23,4	24,6	15,1	15,1	15,1
40 bis unter 45	43,2	41,3	45,2	28,1	26,8	29,4	15,1	14,5	15,8
45 bis unter 50	45,0	44,2	45,7	29,7	28,7	30,7	15,3	15,5	15,0
50 bis unter 60	46,3	45,2	47,4	30,7	29,8	31,7	15,6	15,4	15,7
60 bis unter 70	53,2	53,1	53,2	37,1	36,8	37,4	16,1	16,3	15,8
70 und älter.....	50,5	54,7	47,6	34,8	39,6	31,7	15,7	15,1	15,9
Insgesamt	44,4	44,1	44,6	29,2	29,0	29,4	15,2	15,1	15,2

betrifft. Dies zeigt sich deutlich bei der Entwicklung der Wahlbeteiligung, die mit zunehmendem Alter ansteigt: Ausgehend von 32,7 % bei den 30- bis unter 35-Jährigen bis zum Maximum von 53,2 % in der Gruppe der 60- bis unter 70-Jährigen. Nimmt man zur Unterscheidung neben den Altersgruppen noch das Geschlecht hinzu, so liegt das Maximum der Wahlbeteiligung bei den Frauen mit 53,2 % (60 bis unter 70 Jahre) und bei den Männern mit 54,7 % (70 Jahre und älter). Dabei ist hervorzuheben, dass Männer im Alter von 70 plus allgemein die höchsten Beteiligungsraten aufweisen, die Frauen in derselben Altersgruppe hingegen mit einer Differenz von 7,1 Prozentpunkten deutlich weniger von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Im Hinblick auf die letzte Gruppe (70 Jahre und älter) lassen sich verschiedene Erklärungsansätze anführen, unter anderem die möglicherweise fehlende Mobilität, die jedoch von der optionalen Briefwahl abgefangen werden sollte, ein nachlassendes Interesse an der politischen Partizipation oder die psychische und physische Beeinträchtigung durch Krankheit.

Briefwahl wird immer beliebter

Um ihre Teilnahme an der Europawahl sicherzustellen, nehmen immer mehr Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit der Briefwahl wahr. Dieser Trend lässt sich bei allen Wahlen auf Bundes- oder Landesebene beobachten. Im Vergleich zum Jahr 2009 (4,0 %; endgültiges Ergebnis) stieg die Anzahl der Wahlberechtigten mit Wahlschein um 5,3 Prozentpunkte auf 9,3 % (endgültiges Ergebnis). In der Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik lag der Anteil der Wahlscheinempfängerinnen und -empfänger bei 9,4 %. Verstärkt wurde die Möglichkeit zur Briefwahl von älteren Menschen (ab 50 Jahren; 9,5 % oder mehr) genutzt (Tabelle 4).

Dabei nahmen Frauen (9,9 %) im Vergleich zu 9,0 % bei den Männern die Briefwahlmöglichkeit in Anspruch. Diese Tatsache lässt sich in allen Altersgruppen feststellen, mit Ausnahme der im Alter von 70 und mehr Jahren. Auffällig ist, dass junge Menschen

(in den ersten drei bis vier Altersgruppen) weniger Wahlscheine beantragt haben als beispielsweise bei der Bundestagswahl 2013. Den geringsten Anteil bei den Wahlscheinempfängern bilden die Männer im Alter zwischen 21 bis unter 25 Jahren mit 4,6 Prozentpunkten. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Wahlberechtigten mit Wahlschein, sodass es nicht verwundert, dass sich die Maxima in den ältesten Gruppen finden lassen. Beachtlich erscheint, im Vergleich zu den anderen Altersgruppen, das hohe Niveau der Jahrgänge, die vor 1955 geboren wurden. Bei den 60- bis unter 70-Jährigen und in der Gruppe 70 plus beantragten insgesamt 12,5 % und 13,0 % der Wählerinnen und Wähler einen Wahlschein. Sind bei den 60- bis unter 70-Jährigen noch die Frauen leicht in der Mehrzahl (13,1 %; Männer: 11,8 %), so dreht sich in der Gruppe 70 plus das Verhältnis zu den Männern (14,0 %; Frauen: 12,3 %). Vor allem für ältere Menschen (60 Jahre und älter) stellt die Briefwahl eine sinnvolle und mitunter notwendige Alternative dar. Im Flächenland Brandenburg gibt es zwar in jeder Gemeinde ein Wahllokal, jedoch stellt selbst ein kurzer Weg in einigen Fällen ein unüberbrückbares Hindernis dar, um im Wahllokal vom Wahlrecht auch im fortgeschrittenen Alter Gebrauch zu machen.

Die Jüngeren (18 bis unter 25 Jahre) machten bei der Europawahl 2014 eher verhalten von ihrem Recht auf Briefwahl Gebrauch. Zwar erhöhte sich prozentual der Antrag von Wahlscheinen, aber im Vergleich mit den anderen Altersgruppen bleiben sie leicht zurück, obwohl die Voraussetzungen denkbar günstig waren, da die Wahlscheine über das Internet oder das Smartphone angefordert werden konnten.

Rückblick auf das amtliche Endergebnis

Zur Erinnerung wird vorab noch einmal kurz das amtliche Endergebnis (vgl. Tabelle 1) beschrieben. Als Gewinner der Europawahl in Brandenburg ging die SPD mit 26,9 % der Stimmen hervor. Sie erzielte mit diesem Wert im bundesweiten Vergleich der errungenen SPD-Stimmen ein durchschnittliches Ergebnis. Im Vergleich zum Wahlergebnis 2009 konnten die Sozialdemokraten rund 109 Tsd. Stimmen mehr für sich verbuchen. Hierbei muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass insgesamt mehr als 308 Tsd. gültige Stimmen im Vergleich zu 2009 auf die Parteien zu verteilen waren und die Wahlbeteiligung um 16,8 Prozentpunkte höher lag als bei der vorangegangenen Wahl zum Europäischen Parlament. Ebenso wie die SPD konnte die CDU ihr Vorwahlergebnis verbessern. Die Christdemokraten erhielten 2014 insgesamt 25,0 % der gültigen Stimmen, was einem Zuwachs von mehr als 92 Tsd. Stimmen entspricht. Verluste musste hingegen die Partei DIE LINKE hinnehmen. Sie bekam insgesamt 19,7 % der gültigen Stimmen. Aufgrund der oben beschriebenen Tatsache, dass mehr gültige Stimmen zu

4 | Wahlscheinempfänger bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Alter in Jahren	Wahlscheinempfänger ¹						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
%						% - Punkte			
18 bis unter 21	5,9	5,6	6,3	2,6	2,1	3,2	3,3	3,5	3,1
21 bis unter 25	5,1	4,6	5,7	3,0	2,8	3,3	2,1	1,8	2,4
25 bis unter 30	6,0	5,5	6,5	2,9	2,7	3,1	3,1	2,8	3,4
30 bis unter 35	5,8	5,1	6,6	3,0	3,3	2,6	2,8	1,8	4,0
35 bis unter 40	6,8	6,4	7,3	3,2	3,4	3,0	3,6	3,0	4,3
40 bis unter 45	6,9	6,4	7,4	3,4	3,3	3,4	3,5	3,1	4,0
45 bis unter 50	7,4	6,7	8,0	3,3	3,0	3,6	4,1	3,7	4,4
50 bis unter 60	9,5	8,9	10,2	4,4	4,1	4,6	5,1	4,8	5,6
60 bis unter 70	12,5	11,8	13,1	5,3	5,1	5,5	7,2	6,7	7,6
70 und älter.....	13,0	14,0	12,3	6,0	6,3	5,8	7,0	7,7	6,5
Insgesamt	9,4	9,0	9,9	4,2	4,0	4,4	5,2	5,0	5,5

¹ bezogen auf die Wahlberechtigten

Im Vergleich mit den anderen Parteien zeigt sich, dass sie in allen Altersgruppen einen Stimmanteil zwischen 14,2 und 23,8 Prozentpunkten für sich verbuchen. Die Höchstwerte liegen hierbei bei der Generation 60 bis unter 70 Jahre mit 23,7 % und in der Altersgruppe 70 plus bei 23,8 %. Im Ergebnis sichern die drei ältesten Gruppen der Linkspartei den dritten Platz bei der Europawahl in Brandenburg. Diese und die oben getroffene Annahme werden bestätigt, wenn man die Struktur der Wählerschaft der Partei analysiert (Tabelle 6). Wie bereits bei den vorgenannten Parteien machen die jüngsten Wähler (18 bis unter 25 Jahre) den geringsten Anteil (2,9 % insgesamt) an den für die Partei DIE LINKE abgegebenen Stimmen aus. Festzuhalten bleibt, dass die Partei DIE LINKE insgesamt an Zuspruch, bei der Europawahl im Vergleich zu 2009, in nahezu allen Altersgruppen verloren hat (-6,5 Prozentpunkte). Einzige Ausnahme bilden Frauen zwischen 25 bis unter 35 Jahren mit einem Plus von 0,6 Prozentpunkten. Besonders deutlich wird dies in der Generation 60 plus mit einem Verlust von 9,4 Prozentpunkten und hierbei besonders bei Männern in diesem Alter (-11,9 Prozentpunkte) (Tabelle 9).

Der beschriebenen Entwicklung, dass sich die Wählerschaft der Partei DIE LINKE, der SPD und in Teilen der CDU aus den älteren Generationen rekrutiert, stehen die Ergebnisse der kleineren Parteien entgegen. Die GRÜNEN/B 90 werden in Brandenburg vor allem von jüngeren Menschen (bis unter 45 Jahre) gewählt. Mit fortschreitendem Alter sinkt die Bereitschaft, grün zu wählen, recht deutlich. Ausgehend von der Altersgruppe 18 bis unter 25 Jahre, die mit 14,0 % die GRÜNEN/B 90 wählte, sinkt dieser Wert fast stetig bis zur Gruppe 70 plus, die mit 2,0 % den GRÜNEN ihre Stimme gab. Besonders treten bei den GRÜNEN/B 90 die Frauen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren mit einem Zuspruch von 16,6 % hervor. Im Vergleich dazu schnitten die GRÜNEN/B 90 bei den Männern in derselben Altersgruppe mit 11,9 % etwas schlechter ab. Insgesamt mussten die GRÜNEN/B 90 in fast allen Altersgruppen Verluste im Vergleich zu 2009 hinnehmen. Besonders deutlich wird dies in der Gruppe der 25- bis unter 35-Jährigen mit einem Minus von 3,5 Prozentpunkten. Die einzige Ausnahme in diesem Zusammenhang bilden die jüngsten Wählerinnen (+2,0 Prozentpunkte) und Wähler (+2,6 Prozentpunkte), die verstärkt ihr Kreuz bei den Grünen setzten (Tabelle 10). Insgesamt betrachtet ist auch bei der Europawahl 2014, im bundesweiten Vergleich, der Zuspruch für die GRÜNEN/B 90 in den ostdeutschen Bundesländern immer noch als gering zu beschreiben. Brandenburg bildet hierbei keine Ausnahme.

Wie bei der vorangegangenen Bundestagswahl 2013 musste die FDP erneut in allen Altersgruppen starke Einbrüche hinnehmen. Im Vergleich mit den anderen Parteien erhielt sie nur in drei Altersgruppen (18 bis unter 25 Jahre, 35 bis unter 45 Jahre, 45 bis unter 60 Jahre) über 2 % der gültigen Stimmen. In den anderen Gruppen reichte der Zuspruch von 1,5 % bis 1,8 %. Betrachtet man die Ergebnisse im Zusammenhang mit der Vorwahl, so müssen die Liberalen sowohl bei den Frauen (insgesamt -5,0 Pro-

zentpunkte) als auch bei den Männern (insgesamt -7,0 Prozentpunkte) deutliche Einbußen hinnehmen. Gerade bei der Klientel der 25- bis unter 45-jährigen Männer sind die Verluste im zweistelligen Bereich (25 bis unter 35: -11,9 Prozentpunkte; 35 bis unter 45: -12,1 Prozentpunkte). Somit sind die 2009 erzielten Ergebnisse in weite Ferne gerückt und es wird sich zeigen, ob der Partei ein Wiedererstarken gelingen kann (Tabelle 11).

Als ein Gewinner der Europawahl in Brandenburg ging die Alternative für Deutschland (AfD) hervor. Das Ergebnis von 8,7 % der gültigen Stimmen – in der repräsentativen Wahlstatistik – lässt sich als ein Achtungserfolg beschreiben. Die AfD konnte in allen Altersgruppen bis 70 Jahre über 9 % der Stimmen einfahren. Einzig die über 70-Jährigen blieben mit 5,8 % eher verhalten. Ihren Spitzenwert erreicht sie bei den 18- bis unter 25-Jährigen mit 10,3 % im parteiweiten Vergleich. Interessant erscheint in Bezug auf die AfD die Tatsache, dass über alle Altersgruppen hinweg mehr Männer als Frauen der Partei ihre Stimme gaben. So lag der AfD-Anteil bei den Männern mit 11,1 % deutlich über dem der Frauen (6,3 %). Erst in der Gruppe 70 plus verringert sich die Differenz auf 3 Prozentpunkte (Männer: 7,5 % und Frauen: 4,5 %).

Zusammenfassung

Ältere Menschen beteiligen sich stärker an der Wahl als die Jüngeren und nutzen dabei eher die Möglichkeit der Briefwahl. Im Zusammenhang mit dem Alter lassen sich durchaus Präferenzen für einzelne Parteien erkennen. Jüngere Menschen wählten verstärkt kleine Parteien, wie beispielsweise die GRÜNEN/B 90 oder die PIRATEN. Demgegenüber bevorzugten Ältere eher die SPD und die CDU sowie DIE LINKE. Innerhalb einer Parteiwählerschaft zeigen sich weitere Auffälligkeiten. So steigt die Bereitschaft zur Wahl der Partei DIE LINKE und der SPD mit dem Alter an. Bei den GRÜNEN/B 90 und den sonstigen Parteien verhält es sich genau entgegengesetzt. Einzig die CDU kann über alle Altersgruppen hinweg gleichmäßig mobilisieren. Die erstmals zur Europawahl angetretene AfD konnte sich in Brandenburg direkt vor den GRÜNEN/B 90 positionieren. Ihre Wählerschaft weist einen deutlich höheren Anteil an Männern auf, ebenso wie bei den PIRATEN und der NPD. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die zeitgleichen Europa- und Kommunalwahlen sich positiv auf die Beteiligung ausgewirkt haben, ungeachtet von Alter und Geschlecht.

Für weitere Informationen und Ergebnisse steht der Statistische Bericht zur repräsentativen Wahlstatistik auf der Homepage des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zur Verfügung:

https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/2014/SB_B07-05-05_2014j05_BB.pdf

Thomas Lehmann ist Mitarbeiter des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg im Bereich *Wahlen* Brandenburg. Er berät die Verwaltungen beim Einsatz der Wahlsoftware, organisiert Testwahlen und koordiniert in der Ergebniszentrale.

6 | Für einzelne Parteien abgegebene Stimmen bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 nach Alter und Geschlecht der Wähler

Alter in Jahren	Insgesamt	DIE LINKE	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	PIRATEN	AfD	NPD	Sonstige
	%									
Insgesamt										
18 bis unter 25.....	3,8	2,9	2,6	3,1	7,3	4,0	13,0	4,5	7,3	4,6
25 bis unter 35.....	9,9	7,5	6,6	9,5	13,6	7,6	28,5	10,8	27,8	15,7
35 bis unter 45.....	12,9	9,0	9,8	13,5	22,6	16,3	18,9	14,8	19,5	17,2
45 bis unter 60.....	32,2	32,3	28,1	31,6	39,6	39,8	29,0	35,9	28,6	36,4
60 bis unter 70.....	17,3	20,2	20,0	16,9	10,2	15,3	7,1	18,0	9,2	12,8
70 und älter.....	23,9	28,0	32,9	25,4	6,8	16,9	3,6	16,1	7,5	13,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer										
18 bis unter 25.....	4,2	3,4	2,9	3,3	7,7	4,8	13,7	4,7	7,3	5,1
25 bis unter 35.....	10,1	6,9	6,9	10,4	12,0	5,6	28,2	11,2	26,4	14,6
35 bis unter 45.....	13,4	8,9	9,6	14,4	22,3	17,7	21,3	15,4	20,7	18,6
45 bis unter 60.....	32,6	32,0	28,3	33,4	40,4	40,1	27,9	36,0	28,9	36,4
60 bis unter 70.....	17,7	20,8	21,0	16,8	11,2	15,4	6,9	17,9	9,3	13,0
70 und älter.....	22,1	28,0	31,3	21,8	6,4	16,4	2,0	14,8	7,4	12,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Frauen										
18 bis unter 25.....	3,3	2,6	2,2	2,9	7,0	3,2	11,7	4,2	7,5	4,3
25 bis unter 35.....	9,8	8,1	6,4	8,7	14,9	9,9	28,9	10,2	31,0	16,4
35 bis unter 45.....	12,5	9,1	10,0	12,8	22,8	14,7	13,9	13,7	17,0	16,2
45 bis unter 60.....	31,8	32,6	27,9	30,1	39,0	39,5	31,2	35,6	27,8	36,5
60 bis unter 70.....	16,9	19,6	19,0	16,9	9,4	15,2	7,5	18,2	9,0	12,6
70 und älter.....	25,7	28,0	34,4	28,5	7,0	17,5	6,8	18,1	7,8	14,0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

7 | Gültige Stimmen für die SPD bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht der Wähler

Alter in Jahren	SPD						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
	%						% - Punkte		
18 bis unter 25	18,4	18,2	18,7	17,6	18,5	16,5	0,8	-0,3	2,2
25 bis unter 35	18,1	17,8	18,3	22,2	22,8	21,6	-4,1	-5,0	-3,3
35 bis unter 45	20,4	18,7	22,2	22,6	22,3	22,9	-2,2	-3,6	-0,7
45 bis unter 60	23,6	22,8	24,5	20,7	21,3	20,0	2,9	1,5	4,5
60 und älter ¹	35,0	34,4	35,0	23,3	21,3	25,1	11,7	13,1	9,9
Insgesamt	27,0	26,1	27,8	21,9	21,4	22,4	5,1	6,0	2,6

¹ Aus Vergleichsgründen sind für 2014 die beiden Altersgruppen „60 bis unter 70“ und „70 und älter“ zusammengefasst worden, da es 2009 nur die Altersgruppe „60 und älter“ gab.

8 | Gültige Stimmen für die CDU bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht der Wähler

Alter in Jahren	CDU						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
	%						% - Punkte		
18 bis unter 25	19,2	17,2	21,4	23,3	21,2	25,8	-4,1	-4,0	-4,4
25 bis unter 35	22,2	22,4	22,0	17,2	16,4	18,1	5,0	6,0	3,9
35 bis unter 45	24,3	23,4	25,2	17,2	16,5	18,0	7,1	6,9	7,2
45 bis unter 60	22,8	22,3	23,3	19,9	18,9	20,9	2,9	3,4	2,4
60 und älter ¹	23,8	21,1	26,1	25,5	24,6	26,3	-1,7	-3,5	-0,2
Insgesamt	23,2	21,7	24,6	21,8	20,7	22,8	1,4	1,0	1,8

9 | Gültige Stimmen für DIE LINKE bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht der Wähler

Alter in Jahren	DIE LINKE						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
	%						%Punkte		
18 bis unter 25	15,9	16,2	15,5	18,1	17,7	18,7	-2,2	-1,5	-3,2
25 bis unter 35	15,3	13,9	16,7	15,7	15,3	16,1	-0,4	-1,4	0,6
35 bis unter 45	14,2	13,6	14,8	17,9	18,0	17,8	-3,7	-4,4	-3,0
45 bis unter 60	20,4	20,0	20,8	27,5	28,7	26,3	-7,1	-8,7	-5,5
60 und älter ¹	23,7	25,0	22,7	33,1	36,9	29,9	-9,4	-11,9	-7,2
Insgesamt	20,3	20,3	20,3	26,8	28,3	25,3	-6,5	-8,0	-5,0

10 | Gültige Stimmen für die GRÜNE bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht der Wähler

Alter in Jahren	GRÜNE						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
	%						%Punkte		
18 bis unter 25	14,0	11,9	16,6	11,7	9,3	14,6	2,3	2,6	2,0
25 bis unter 35	9,9	7,7	12,1	13,4	11,0	15,8	-3,5	-3,3	-3,7
35 bis unter 45	12,6	10,8	14,5	14,8	14,2	15,3	-2,2	-3,4	-0,8
45 bis unter 60	8,9	8,1	9,8	10,4	9,2	11,5	-1,5	-1,1	-1,7
60 und älter ¹	3,0	2,9	3,1	4,1	3,7	4,5	-1,1	-0,8	-1,4
Insgesamt	7,2	6,5	8,0	8,9	8,0	9,7	-1,7	-1,5	-1,7

11 | Gültige Stimmen für die FDP bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht der Wähler

Alter in Jahren	FDP						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
	%						%Punkte		
18 bis unter 25	2,2	2,6	1,8	9,0	11,1	6,5	-6,8	-8,5	-4,7
25 bis unter 35	1,6	1,2	1,9	11,1	13,1	9,1	-9,5	-11,9	-7,2
35 bis unter 45	2,6	3,0	2,3	12,4	15,1	9,9	-9,8	-12,1	-7,6
45 bis unter 60	2,6	2,8	2,4	8,9	9,7	8,2	-6,3	-6,9	-5,8
60 und älter ¹	1,6	1,8	1,5	5,0	5,4	4,6	-3,4	-3,6	-3,1
Insgesamt	2,1	2,2	1,9	8,0	9,2	6,9	-5,9	-7,0	-5,0

12 | Gültige Stimmen für Sonstige bei der Europawahl im Land Brandenburg am 25. Mai 2014 und am 7. Juni 2009 nach Alter und Geschlecht der Wähler

Alter in Jahren	Sonstige ²						2014 mehr oder weniger (-) als 2009		
	2014			2009			insgesamt	Männer	Frauen
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
	%						%Punkte		
18 bis unter 25	30,2	33,8	26,0	20,3	22,2	17,9	10,0	11,6	8,1
25 bis unter 35	32,9	37,0	28,9	20,4	21,5	19,3	12,5	15,5	9,6
35 bis unter 45	25,8	30,5	21,1	15,0	13,9	16,1	10,9	16,6	5,0
45 bis unter 60	21,6	24,1	19,2	12,6	12,1	13,2	9,1	12,0	6,0
60 und älter ¹	13,2	14,9	11,6	9,0	8,2	9,7	4,2	6,7	3,3
Insgesamt	20,1	23,0	17,4	12,7	12,5	12,9	7,4	10,5	4,5

¹ Aus Vergleichsgründen sind für 2014 die beiden Altersgruppen „60 bis unter 70“ und „70 und älter“ zusammengefasst worden, da es 2009 nur die Altersgruppe „60 und älter“ gab.

² Summe aller Parteien ohne CDU, DIE LINKE, SPD, GRÜNE und FDP

Neuerscheinungen

Statistische Jahrbücher 2014 für Berlin und Brandenburg

Mit den Statistischen Jahrbüchern stellt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ein umfassendes Nachschlagewerk für Berlin und Brandenburg und die Regionen bereit. Auf jeweils über 600 Seiten können sich interessierte Datennutzerinnen und -nutzer detailliert über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in beiden Bundesländern informieren.

Die Bandbreite der in insgesamt 23 Kapiteln gesammelten Themen reicht von A wie Abfallwirtschaft über Bevölkerung, Preise, Sozialleistungen, Umwelt und Wirtschaft bis Z wie Zuzüge.

Im Kapitel 3 beispielsweise wird dem Wahljahr 2014 Rechnung getragen. Neben den Ergebnissen zur Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments enthält die Ausgabe für Berlin Daten zum Volksentscheid über den Erhalt des Tempelhofer Feldes, die Ausgabe für Brandenburg die Ergebnisse der Kommunalwahlen und der Wahl zum 6. Brandenburger Landtag.

Kapitel 22 ist den Ergebnissen des Zensus 2011 gewidmet. Wegen der herausgehobenen Bedeutung des Zensus wurden die exemplarischen Zusammenstellungen zur Demografie, zur Struktur der Privathaushalte und zum vorhandenen Wohnraum nicht in den jeweiligen Fachkapiteln, sondern an dieser Stelle konzentriert.

Anschauliche Grafiken und Karten ergänzen die Tabellen und illustrieren die Statistiken. Die Vorbemerkungen, die jedem Kapitel vorangestellt sind, erleichtern das inhaltliche Verständnis. Es werden die gesetzlichen Grundlagen für die jeweilige Statistik dargelegt, Merkmale erläutert und ggf. auch vorhandene Brüche in Zeitreihen erklärt. Angaben aus externen Datenquellen runden das breit gefächerte Datenangebot ab.



Ein Druckexemplar des Statistischen Jahrbuches kostet je Land 30,00 Euro und kann beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg unter der E-Mail-Adresse vertrieb@statistik-bbb.de bzw. unter der Faxnummer 030 9028-4091 bestellt werden. Außerdem stehen die Jahrbücher im PDF-Format zum Herunterladen unter www.statistik-berlin-brandenburg.de zur Verfügung.



Historisches

Die Volkszählung am 1. Dezember 1905

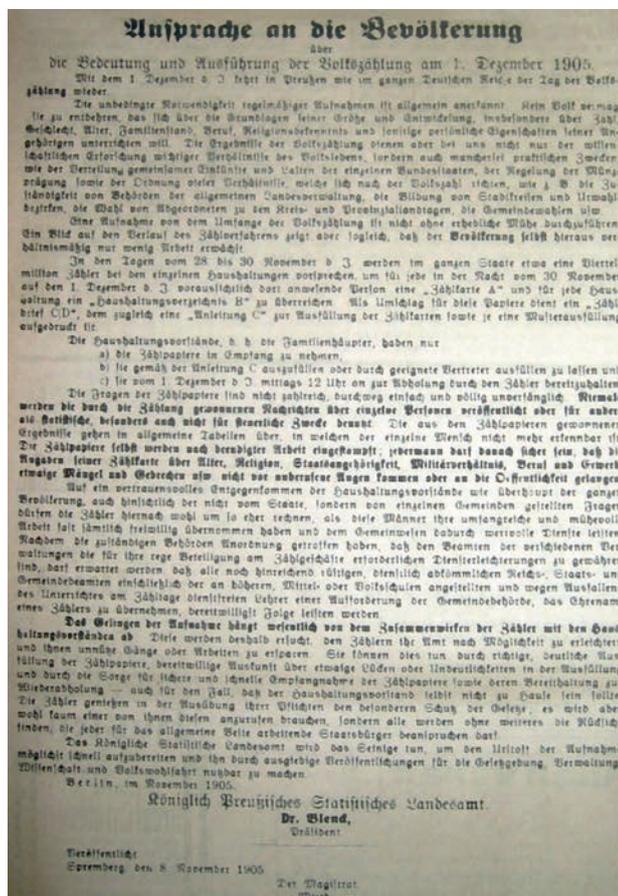
von Jürgen Hübner

Volkszählungen fanden im Deutschen Kaiserreich alle fünf Jahre statt: jeweils am 1. Dezember 1871, 1875, 1880, 1885, 1890, 1900, 1905, 1910 und am 2. Dezember 1895. Wenn der 1. Weltkrieg nicht 1914 begonnen hätte, wäre am 1. Dezember 1915 vermutlich wieder gezählt worden. Alle Zählungen fanden nach dem gleichen Schema statt. Beispielhaft

sei deshalb einmal die Vorbereitung der preußischen Zählung im Jahr 1905 dokumentiert. Dazu werden die Beiträge aus einer kleinen Provinzzeitung, dem Spremberger Stadtanzeiger, ausgewertet, der gleichzeitig das Amtsblatt war und täglich – außer sonntags – erschien.

Alles begann mit einer „Ansprache an die Bevölkerung über die Bedeutung und

Ausführung der Volkszählung am 1. Dezember 1905“ (Abbildung a). Diese wurde etwa einen Monat vor dem Stichtag mit der Signatur des Präsidenten des Königlich preußischen Statistischen Landesamtes und des Magistrates im Amtsblatt veröffentlicht. Nach einer nicht so neu anmutenden Begründung für die Notwendigkeit der Zählung, die mit der Kenntnis von Anzahl, Geschlecht, Alter, Familienstand, Beruf, Religionsbekenntnis der Menschen verbunden wurde, folgten Absichtserklärungen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum Volksleben zu erlangen und die bessere Bewältigung der administrativen Aufgaben zu bewerkstelligen. Nach Betonung des hohen Aufwandes einer Volkszählung erging der Hinweis, „daß der Bevölkerung selbst hieraus verhältnismäßig nur wenig Arbeit erwächst“. Drei Tage vor dem Stichtag sollten preusenweit 250 000 Zähler bei den einzelnen Haushalten vorsprechen und für jede in der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember voraussichtlich anwesende Person eine „Zählkarte A“ und für jeden



a | Ansprache an die Bevölkerung über die Bedeutung und Ausführung der Volkszählung am 1. Dezember 1905

Haushalt ein „Haushaltsverzeichnis B“ übergeben. Das alles sollte nach dem Ausfüllen in einen „Zählbrief C/D“, dem eine „Anleitung“ und eine „Musterausfüllung“ aufgedruckt waren, gesteckt werden. Die „Haushaltsvorstände, d.h. die Familienoberhäupter“ hatten die Zählpapiere in Empfang zu nehmen, auszufüllen und am 1. Dezember mittags von 12 Uhr an zur Abholung durch den Zähler bereitzuhalten. Dann folgte eine Bemerkung, die auch heute noch aktuell ist: „Niemals werden die durch die Zählung gewonnenen Nachrichten über einzelne Personen veröffentlicht werden oder für andere als statistische, besonders auch nicht für steuerliche Zwecke benutzt.“ Die Zählpapiere wurden nach beendeter Erhebung vernichtet. Auch durften die Gemeinden den einheitlichen Fragebogen um eigene Fragen ergänzen. Die Zähler arbeiteten auf freiwilliger Basis. Beamten wurden durch die Dienstherren „Arbeiterleichterungen“ gewährt. Es gab für den Stichtag schulfrei und die Ämter hatten geschlossen, da die betroffenen Personen ihrer Tätigkeit als Zähler nachzugehen hatten. Zum Abschluss stellte Dr. Blenck, Präsident des Königlich Preußischen Statistischen Landesamtes, fest: „Das Gelingen der Aufnahme hängt wesentlich von dem Zusammenwirken der Zähler mit den Haushaltsvorständen ab.“

10 Tage vor dem Stichtag wurden dann auf einer ganzen Seite der Tageszeitung die Zählbezirke mit Nummer, Umfang (Straße und Hausnummer) und der Name und Stand des Zählers bekanntgemacht (Abbildung b). Es fällt auf, dass ein breites Spektrum von Tätigkeiten vertreten war: Lehrer (23), Kaufmann (12), Bürogehilfe (6), Hausvater (3), Droguist (2), Kassengehilfe (2), Polizeisergeant (2),



b | Bekanntmachung zu Zählerbezirken im Stadtbezirk Spremberg

Die Volkszählung.

Am ersten Dezember wird wieder „gezählt“. Ebensovienig, wie alle möglichen Arten von Aberglauben durch Vernunftgründe zu bannen sind, ebensovienig wird sich der Irrtum, Volkszählungen und Steuern hingen eng mit einander zusammen, ganz aus allen Bevölkerungsschichten vertreiben lassen, und hieran werden auch alle „Ansprachen“ der Behörden an die zu zählende Bevölkerung nichts ändern. Erfreulicherweise ist die Angst ganz umsonst, und wer sie sich nicht nehmen läßt, nun, der macht sich eben Privatsorgen, die sich andere lachend vom Rücken schütteln. Ebenso unbegründet sind die Annahmen, daß die Zähler, die aus den Zählpapieren allerlei Tatsachen ersehen können, diese den lieben Nächsten weiter erzählen möchten. Ebenso wenig wie z. B. ein Arzt anderen Leuten intime Einzelheiten eines Krankheitsfalles mitteilen darf, ebensovienig darf ein Zähler das beim Zählamt zu seiner Kenntnis Gekommene weiter berichten. Er hat auch keinen Anlaß dazu, denn „geklatscht“ wird im deutschen Vaterlande leider Gottes zu allen Zeiten genug, dazu braucht keine Volkszählung abgewartet zu werden. Und am Ende hat ein Zähler wirklich mehr zu tun!

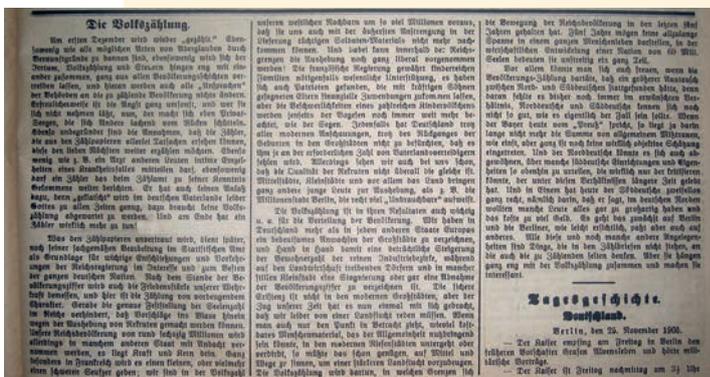
Was den Zählpapieren anvertraut wird, dient später, nach seiner sachgemäßen Bearbeitung im Statistischen Amt als Grundlage für wichtige Entscheidungen und Vorkehrungen der Reichsregierung im Interesse und zum Besten der ganzen deutschen Nation. Nach dem Stande der Bevölkerungsziffer wird auch die Friedensstärke unserer Wehrkraft bemessen, und hier ist die Zählung von vorbeugendem Charakter. Gerade die genaue Feststellung der Seelenzahl im Reiche verhindert, daß Vorschläge ins Blaue hinein wegen der Aushebung der Rekruten gemacht werden können. Unsere Reichsbevölkerung von

rund sechszig Millionen wird allerdings in manchem anderen Staat mit Andacht genommen werden, es liegt Kraft und Kern drin. Ganz besonders in Frankreich wird es einen kleinen, oder vielmehr einen schweren Seufzer geben; wir sind in der Volkszahl unseren westlichen Nachbarn um so viel Millionen voraus, daß sie uns auch mit der äußersten Anstrengung in der Lieferung tüchtigen Soldaten—Materials nicht mehr nachkommen können. Und dabei kann innerhalb der Reichsgrenzen die Aushebung noch ganz liberal vorgenommen werden! Die französische Regierung gewährt kinderreichen Familien nötigenfalls wesentliche Unterstützung, es haben sich auch Patrioten gefunden, die mit kräftigen Söhnen gesegneten Eltern finanzielle Zuwendungen zukommen lassen, aber die Beschwerlichkeiten eines zahlreichen Kindervölkchens werden jenseits der Vogesen noch immer weit mehr beachtet, wie der Segen. Jedenfalls hat Deutschland trotz aller modernen Anschauungen, trotz des Rückganges der Geburten in den Großstädten nicht zu befürchten, daß es ihm je an der erforderlichen Zahl an Vaterlandsverteidigern fehlen wird. Allerdings sehen wir auch bei uns schon, daß die Qualität der Rekruten nicht überall die gleiche ist. Mittelstädte, Kleinstädte und vor allem das Land bringen ganz andere junge Leute zur Aushebung, als z. B. die Millionenstadt Berlin, die recht viel „Unbrauchbare“ aufweist.

Die Volkszählung ist in ihren Resultaten auch wichtig u. a. für die Verteilung der Bevölkerung. Wir haben in Deutschland mehr als in jedem anderen Staate Europas ein bedeutsames Anwachsen der Großstädte zu verzeichnen, und Hand in Hand damit eine beträchtliche Steigerung der Bewohnerzahl der reinen Industriebezirke, während auf den Landwirtschaft treibenden Dörfern und in mancher stillen

Kleinstadt eine Stagnierung oder gar eine Abnahme der Bevölkerungsziffer zu verzeichnen ist. Die sichere Existenz ist nicht in den modernen Großstädten, aber der Zug unserer Zeit hat es nun einmal mit sich gebracht, daß wir leider von einer Landflucht reden müssen. Wenn man auch nur den Punkt in Betracht zieht, wieviel kostbares Menschenmaterial, das der Allgemeinheit nutzbringend sein könnte, in den modernen Riesenstädten untergeht oder verdirbt, so müßte das schon genügen, auf Mittel und Wege zu sinnen, um einer stärkeren Landflucht vorzubeugen. Die Volkszählung wird dartin, in welchen Grenzen sich die Bewegung der Reichsbevölkerung in den letzten fünf Jahren gehalten hat. Fünf Jahre mögen keine allzulange Spanne in einem ganzen Menschenleben darstellen, in der wirtschaftlichen Entwicklung einer Nation von 60 Mill. Seelen bedeuten sie unstrittig ein ganz Teil.

Vor allem könnte man sich auch freuen, wenn die Bevölkerungs—Zählung dartäte, daß ein größerer Austausch zwischen Nord— und Süddeutschen stattgefunden hätte, denn daran fehlte es bisher noch immer im erwünschten Verhältnis, Norddeutsche und Süddeutsche kennen sich noch nicht so gut, wie es eigentlich der Fall sein sollte. Wenn der Bayer heute vom „Preuß“ spricht, so liegt ja darin lange nicht mehr die Summe von allgemeinem Mißtrauen, wie einst, aber ganz ist noch keine wirklich objektive Schätzung eingetreten. Und der Norddeutsche könnte es sich auch abgewöhnen, über manche süddeutsche Einrichtungen und Eigenheiten so obenhin zu urteilen, die wirklich nur der kritisieren könnte, der unter diesen Verhältnissen längere Zeit gelebt hat. Und in Einem hat heute der Süddeutsche zweifellos ganz recht, nämlich darin, daß er sagt, im deutschen Norden wollten manche Leute alles gar zu großartig haben und das koste zu viel Geld. Es geht das zunächst auf Berlin und die Berliner, wie leicht ersichtlich, paßt aber auch auf anderes. Alle diese und noch manche andere Angelegenheiten sind Dinge, die in den Zählbriefen nicht stehen, an die auch die zu Zählenden selten denken. Aber sie hängen ganz eng mit der Volkszählung zusammen und machen sie interessant.



Tuchfabrikant (2), Fabrikant (2), Buchhalter (2), Polizeiwachtmeister, Restaurateur, Stationsassistent, Eichmeister, Fahrradhändler, Sparkassengehilfe, Malermeister, Webemeister, Küster, Stadtbahngelhilfe, Meldeamtsvorsteher, Tischlermeister, Sattlermeister, Uhrmacher, Geschirr=Fabrikant, Agent, Prokurist, Geschäftsführer, Zigarrenfabrikant, Tuchmachermeister, Hausbesitzer, Fuhrwerksbesitzer, Gärtnerbesitzer. Insgesamt gab es 79 Zählbezirke mit ebenso vielen Zählern. Damit kam in der kleinen Stadt Spremberg mit 11 706 Einwohnern (am 1. 12. 1910) auf 148 Einwohner ein Zähler, während es in Preußen durchschnittlich etwa 320 Einwohner pro Zähler waren.

Ein redaktioneller, nicht unterzeichneter Beitrag – „Die Volkszählung“ überschrieben – folgte drei Tage später (Abbildung c). Darin wurde noch einmal auf die Wichtigkeit dieser Zählung hingewiesen. Nebenbei erfahren wir einige interessante Details aus dem damaligen Leben, die z.T. auch heute noch gültig sein könnten. Andere Dinge sind heute zum Glück nicht mehr so wichtig, wie die Anzahl der Soldaten und einige nationalistische Aussagen.



d | Bekanntmachung vom 24. November 1905:
Aufforderung an die Zähler

Zeitgleich wurden per Anzeige die Zähler aufgefordert, sich zu einer kurzen Besprechung und zur Entgegennahme der Unterlagen im Rathaus einzufinden (Abbildung d). Zwei Tage vor dem Stichtag wurden dann „diejenigen Haushaltungsvorstände und einzellebenden Personen“, die bisher noch keine Unterlagen erhalten hatten, ersucht, sich diese im Rathaus unverzüglich abzuholen (Abbildung e).

Am 18. Februar 1906, also etwa zehn Wochen nach Stichtag, wurden die ersten vorläufigen Ergebnisse für die kleine Stadt Spremberg in der örtlichen Zeitung veröffentlicht. Nach zehn Monaten waren die Ergebnisse dann preußenweit offiziell.



e | Bekanntmachung mit Anweisungen für „Haushaltsvorstände und einzellebende Personen“

Einladung zum Symposium

Big Data – Big Brother oder Big Chances?

Freitag, 24. April 2015

Veranstaltungsort**Beuth Halle**

Beuth Hochschule
für Technik Berlin
University of Applied Sciences
Luxemburger Str. 10
13353 Berlin-Wedding

Teilnahmebeitrag

Mitglieder einer Gesellschaft der DAGStat	30 EUR
Professoren und Mitarbeiter der Beuth Hochschule	30 EUR
Lehrer im Rahmen der Weiterbildung	30 EUR
Sonstige	100 EUR
Journalisten	Frei

Anmeldung

bis zum 19.04. 2015 unter:

<http://www.dagstat.de/aktivtaeten/symposium/big-data/>**organisiert und
veranstaltet von**

Beuth Hochschule
für Technik Berlin
University of Applied Sciences

Deutsche Arbeitsgemeinschaft
Statistik – Geschäftsstelle

E-Mail: kontakt@dagstat.de

»Big Data« steht für das massenhafte Sammeln, Speichern und Analysieren von Daten. Dies wird ermöglicht durch immer leistungsfähigere Computer und Smartphones sowie durch immer weiter verbreitete Online-Dienste und Sensoren im Alltag. Nach Bekanntwerden der NSA-Affäre besteht der Eindruck, dass überall der »Big Brother« mitlauscht und die Daten in seinem Sinne missbraucht. Aber muss das so sein oder gibt es auch »Big Chances« bei der Verwendung der massenhaften Daten? Unter dem Titel **Big Data – Big Brother oder Big Chances?** beschäftigt sich das diesjährige DAGStat-Symposium mit der Frage, unter welchen Bedingungen »Big Data« eine Chance sein kann und was technologisch überhaupt möglich ist. Dabei spielt die Statistik eine große Rolle, da sie die Werkzeuge für das Analysieren der Daten liefert. Daher wird insbesondere die Frage behandelt, was die Statistik in den verschiedensten Anwendungsfeldern von der Medizin über die amtliche Statistik bis zum Marketing dazu beitragen kann, dass aus »Big Data« kein »Big Brother«, sondern »Big Chances« werden.

**Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Statistik**

(DAGStat) steht für das umfassende Anwendungsspektrum und die Vielseitigkeit statistischer Methoden. Statistik ist heute eine breit gefächerte Wissenschaft, die eine enge Kooperation und einen engen wissenschaftlichen Austausch mit den unterschiedlichsten Disziplinen erfordert. Die DAGStat vertritt Statistiker und mit statistischen Methoden arbeitende Wissen-

schaftler und Anwender in Industrie und Behörden. Sie bündelt die verschiedenen Ausrichtungen der Disziplin Statistik, von amtlicher Statistik bis zu Epidemiologie, von Biometrie bis zur Wirtschaftsstatistik, von Psychologie bis zur Soziologie.

Die DAGStat wurde im Jahr 2005 gegründet. Ihr erklärtes Ziel ist es, Wissenschaftler und Anwender zusammenzubringen, ihnen ein offenes und produktives Forum zu gewähren sowie die Wahrnehmung der Statistik in der Öffentlichkeit zu erhöhen. Mit ihren jährlichen Symposien stellt die DAGStat die Vielseitigkeit statistischer Methoden und ihren öffentlichen Nutzen unter Beweis. Das Symposium **Big Data – Big Brother oder Big Chances?** ist das achte in einer Reihe von Symposien, die sich an eine Öffentlichkeit von Bürgern, Lehrern, Journalisten, Politikern und Wissenschaftlern richten.

www.dagstat.de**Die Beuth Hochschule für Technik**

ist in Berlins Mitte der Standort für praxisnahe Lehre und anwendungsbezogene Forschung und ein ausgewiesener Partner für Industrie und Wirtschaft. »Studiere Zukunft!« ist das Motto der Traditionshochschule. Sie bietet ihren über 12 000 Studierenden in mehr als 70 akkreditierten Bachelor- und Masterstudiengängen das größte ingenieurwissenschaftliche

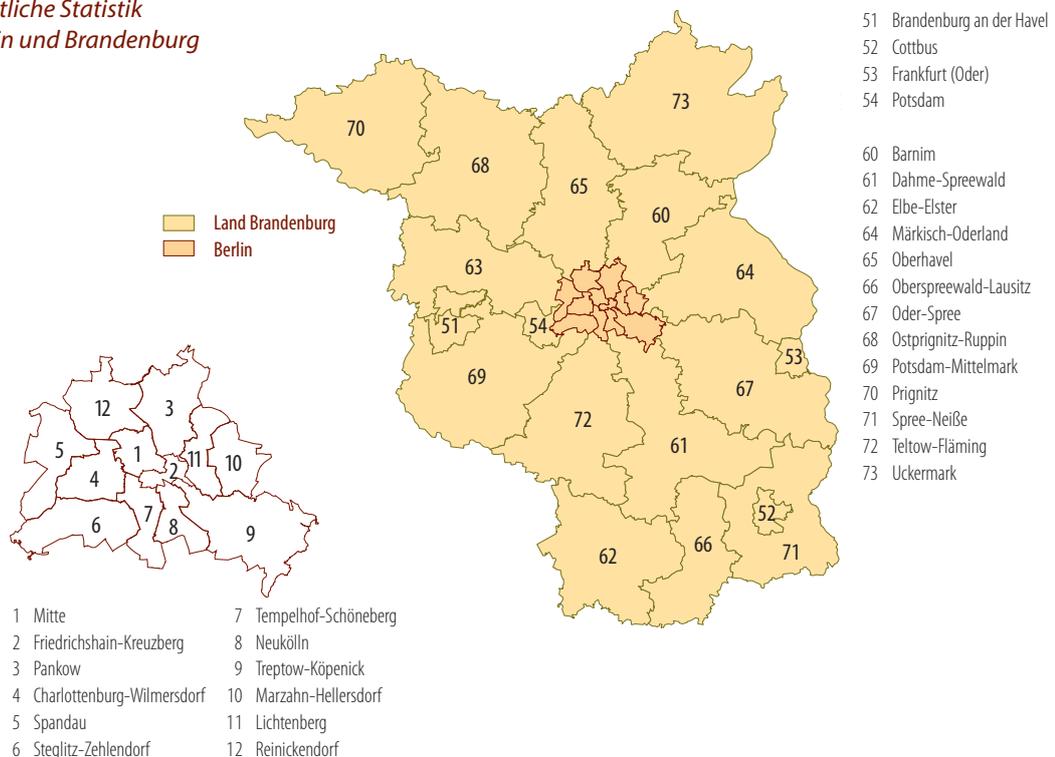
Angebot aller Berliner und Brandenburger Hochschulen und ein qualitativ hochwertiges Studium mit hervorragenden beruflichen Perspektiven. Rund 30 % der Studierenden sind Frauen.

www.beuth-hochschule.de

statistik Berlin Brandenburg

- | Wir berichten fachlich unabhängig, neutral und objektiv über die Ergebnisse der amtlichen Statistik.
- | Wir haben den gesetzlichen Auftrag zur Datenerhebung mit der Möglichkeit zur Auskunftspflicht.
- | Wir garantieren die Einhaltung des Datenschutzes.
- | Wir wenden adäquate statistische Methoden und Verfahren an und erhöhen kontinuierlich das erreichte Qualitätsniveau.
- | Wir gewährleisten regionale und zeitliche Vergleichbarkeit unserer Statistiken durch überregionale Kooperation.
- | Wir ermöglichen jedermann Zugang zu statistischen Ergebnissen.

Wir sind der führende Informationsdienstleister für amtliche Statistik in Berlin und Brandenburg



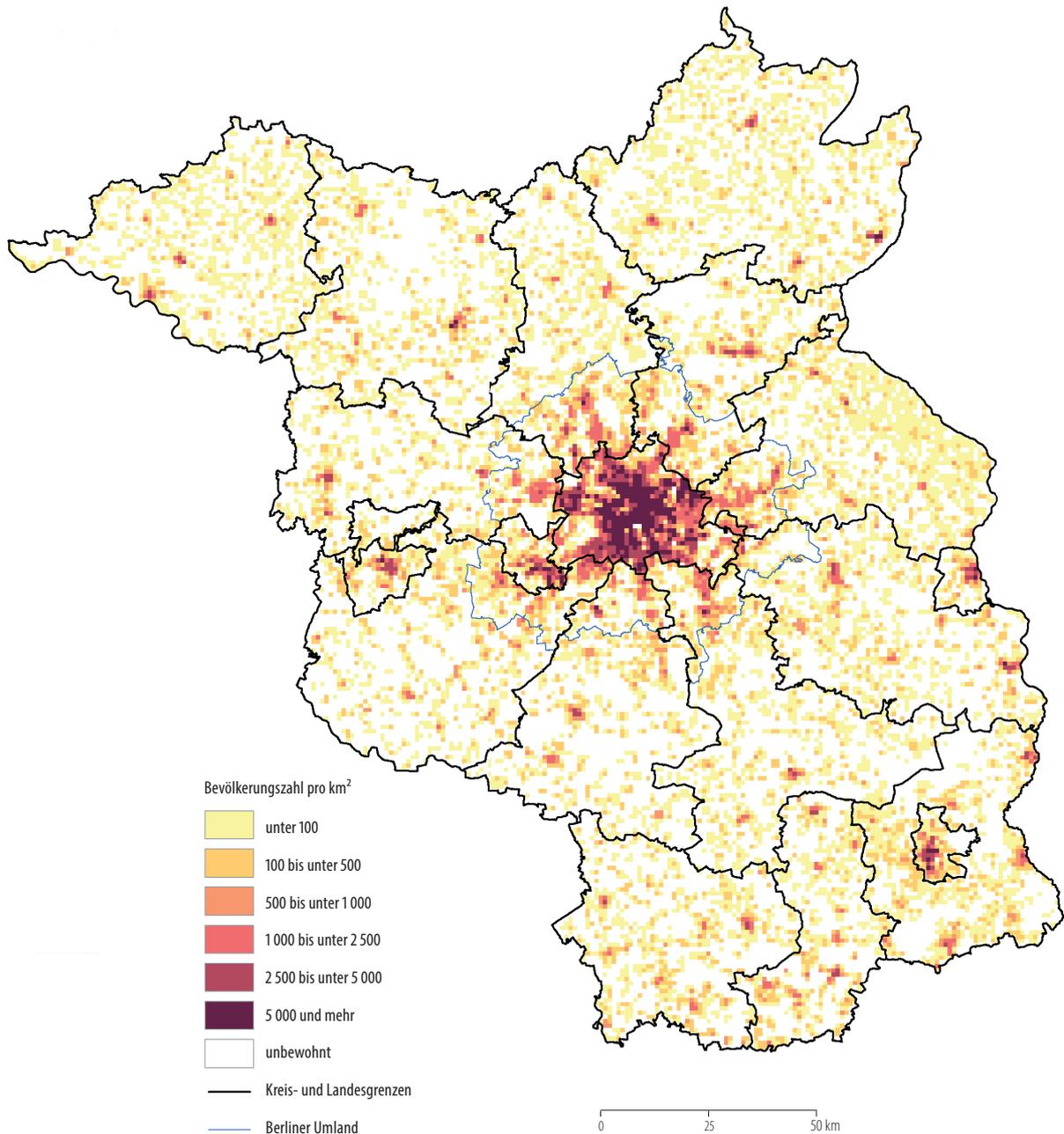
Unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

finden Sie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes mit aktuellen Daten, Pressemitteilungen, Statistischen Berichten, regionalstatistischen Informationen, Wahlstatistiken und -analysen.

Zensus 2011

▣ **Bevölkerungsverteilung in Berlin und Brandenburg
am 9. Mai 2011 als Rasterdarstellung in der Auflösung 1 km x 1 km**



Datengrundlage: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Zensus 2011
Kartengrundlage: Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg